

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschläge: Aus Protest gegen die Einlagerung von radioaktivem Abfall in das Zwischenlager Gorbelen rissen Atomkraftgegner auf der Strecke Uelzen-Dannenberg Bahnschwellen aus dem Gleiskörper und legten Baumstämme auf die Gleise. Die Polizei nahm zwei Verdächtige fest.

Rote Armee Fraktion: Nach Meinung von Bundesanwalt Löchner ist die RAF „personell und logistisch“ zu Gewaltbrechen in der Lage. Auf einer internationalen Terrorismus-Konferenz in Münster sagte er, sichergestellt „Aktionspläne“ bewiesen, daß die RAF „Bestrafungsaktionen“ gegen Symbolfiguren des Staates und NATO-Offiziere plane. (S. 6)

Wehrstat: Trotz der Austeritätspolitik steigerte Paris seinen Wehrhaushalt gegenüber 1984 um nominal 5,7 Prozent auf rund 50 Milliarden Mark. Verteidigungsminister Herry kündigte an, die Streitkräfte erhalten mehr Panzer, Hubschrauber und Kanonen. Außerdem sei die „Eingreiftruppe“ bis Juli 1985 aufgestellt. (S. 7)

Polen-Besuch: Als erster hoher Regierungsbeamter Londons wird Staatssekretär Rifkind aus dem Foreign Office seit Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 in Polen Warschau am 4. November besuchen.

Arabische Manöver: Heeres- und Luftwaffenverbände der sechs im Kooperationsrat vereinten arabischen Ölländer proben bis Ende Oktober im Nordosten Saudi-Arabiens ihre Verteidigungsbereitschaft.

Eagere Beziehungen: In einem Schreiben an Italiens Ministerpräsident Ciriaco De Mita, das der albanische Gesundheitsminister Alusani bei einem Besuch übermittelte, schlägt Titina Rom den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen vor. (S. 7)

Botschafter-Einführung: Der Botschafter Madrids in Libanon, Aristegui, ist vor der Botschaft im muslimischen Stadtteil Hakkari getötet worden.

Kurden-Überfall: Aufständische Kurden haben eine Woche nach der Ermordung zweier türkischer Soldaten erneut acht Soldaten einer türkischen Militärpatrouille in der südöstlichen Provinz Hakkari getötet.

Geldstrafen: Wegen Mißachtung eines Richterspruchs, der den Bergarbeitersstreik für illegal erklärt hatte, verurteilte das Londoner Hohe Gericht die Bergarbeitergewerkschaft NUM und ihren Vorsitzenden Scargill zu einer Geldstrafe von 200 000 Pfund. Scargill muß 1000 Pfund zahlen.

ZITAT DES TAGES



„Wer die deutsche Staatsangehörigkeit als wichtigstes Element der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik auf Spiel setzen will, gefährdet in unverantwortlicher Weise die vitalen Lebensinteressen Berlins und seiner Bürger.“

Der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz.
FOTO: HANS HOF

WIRTSCHAFT

Seehäfen: Bei einer Verschärfung des Seehafenwettbewerbs werden die deutschen Häfen nach Meinung von Fachleuten zu einer zentralen Frage der nationalen Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Auf dem 10. Transport-Forum in Bremerhaven hieß es, ein Kompromiß zwischen Transportbetriebe und Seehäfen müsse gefunden werden. (S. 11)

US-Kapitalimport: Hohe Renditen privater Dollaranlagen und gesunkene Bank-Ausleihen in Dritt-Welt-Länder führten in den USA zu einem höheren Kapitalimport als -export. Die Attraktivität der Wertpapiere sei so groß, daß US-Unternehmen im September...

ber erstmals mehr Obligationen im Ausland als zu Hause abgesetzt hätten. (S. 11)

Arbeitsplätze: Mit Finanzhilfen von insgesamt 42 Millionen Mark für die Mikroelektronik-Forschung will Bayern bis 1989 20 000 neue Arbeitsplätze in der Elektronik-Industrie schaffen.

Börse: Fehlende Kaufaufträge aus dem Ausland ließen die Aktienkurse leicht abbrechen. WELT-Aktienindex 156,1 (156,4). Auch am Rentenmarkt gaben die Notierungen etwas nach. Dollar-Mittelkurs 3,0976 (3,0723) Mark. Goldpreis je Feinunze 337,75 (341,00) Dollar.

KULTUR

„Kaiser Jones“: Mit einer ungewöhnlichen Orchestrierung erlebte die Königlich Oper Stockholm die Uraufführung der neu bearbeiteten Oper „Kaiser Jones“ nach dem gleichnamigen Drama von O'Neill. Nur vier Musiker gaben dem Stück den musikalischen Rahmen. (S. 21)

Film-Kritik: Mit Überraschungen wartet Regisseur Gloor in seinem neuesten Kriminalstück „Mann ohne Gedächtnis“ auf. Einerseits erlaubt er Blicke in die Schreckenskammern des psychischen Terrors, andererseits entwirft er die Utopie einer menschenwürdigen Psychiatrie. (S. 21)

SPORT

Rallye-Weltmeister: Audi-Werksfahrer Stig Blomqvist (Schweden) steht als neuer Rallye-Weltmeister fest. Nach dem Lancia-Verzicht auf einen Start bei der Rallye Elfenbeinküste ist er in der Wertung nicht mehr einzuholen.

Radsport: Dietrich Thurau will 1985 wieder am Giro d'Italia und an der Tour de France teilnehmen. Der 30 Jahre alte Profi steht kurz vor dem Abschluß eines Vertrages mit einem italienischen Rennstall. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Spiel-Festival: Rund 15 000 Besucher erwarteten Essen zum 2. Deutschen Spielertag. Das Interesse zeigt den Trend: weg vom langweiligen Fernsehspiel, hin zum Familien-Spiel. (S. 22)

den Mark (von 1975 bis 1983) zeigen sich die Italiener als Meister des Betrugs. In einem Weißbuch des Finanzministeriums heißt es, die hinterlegene Summe betrage 75 Prozent der erklärten Beträge.

Meister-Beträger? Mit Steuerhinterziehungen von rund 232 Milliarden Mark...

Weiter: Wolkig mit Aufheiterungen. 14 bis 20 Grad.

Anßerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wird das Alter für Reagan doch zu einem Problem? - Von Thomas Kiehlner S. 2

Fußball: Die Sehnsucht nach der alten Regionaliga wächst - Schlechte Bilanz S. 9

Italien: Mafia-Bekämpfung - Der Pate aus Palermo geht in die Verbannung S. 3

Studienplatzbörse: 123 Tausch-wünsche Medizin, Architektur, Agrarwissenschaften S. 19

Landesbericht Bayern: Der „Schwarze Peter“ weiß sich in Szene zu setzen S. 2

Fernsehen: 20 Jahre Aktion Sorgenkind - Unterhaltung mit gutem Gewissen S. 26

Aus der Presse von drüben: Plan-ziel Retortenbabys erreicht - Von H. R. Karutz S. 5

Berlin: WELT-Interview mit Kultursenator Hassemer - Ohne Risiko kein Wandel S. 21

Forum: Personalien und Leser-briefe an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 8

Gedenken an Eleanor Roosevelt: Sie war Auge, Ohr und Gewissen des Präsidenten S. 22

Kreml baut Gorbatschow als Tschernenko-Nachfolger auf

Prawda-Chef nennt den 53jährigen „zweiten Sekretär“ der KPdSU

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Die sowjetische Führung will den Nachfolger Tschernenkos dem Westen gegenüber bereits zu Lebzeiten des Generalsekretärs aufbauen. So bezeichnete Viktor Afanasjew, Chefredakteur der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“, den 53jährigen Michail Gorbatschow, als „zweiten Generalsekretär“ der sowjetischen Partei.

Diese im offiziellen sowjetischen Sprachgebrauch weder vorgesehene noch übliche Titulierung benutzte Afanasjew in einem Gespräch mit japanischen Zeitungsleuten. Afanasjew ließ gegenüber den Japanern - von denen einer fließend Russisch spricht - durchblicken, Gorbatschow habe seine Position als „zweiter Sekretär“ konsolidiert.

Die Möglichkeit, daß es auf dem vorgezogenen ZK-Plenum der KPdSU zu einem Rücktritt Tschernenkos kommen werde, schloß der „Prawda“-Chefredakteur allerdings aus. Der Generalsekretär, so sagte er, erfreue sich guter Gesundheit und arbeite normal. Allerdings sei nicht aus-

zuschließen, daß es zu kleineren personellen Veränderungen kommen könne.

Auf dem ZK-Plenum sollen nach den Ausführungen Afanasjews vor allem landwirtschaftliche Probleme behandelt werden. Es wird für möglich gehalten, daß Gorbatschow, der bisher im Politbüro für Landwirtschaftsfragen zuständig ist, von dieser Aufgabe entbunden werden wird. Dies würde jedoch keineswegs eine Absetzung oder Zurücksetzung, sondern vielmehr eine Entlastung des 53jährigen bedeuten, weil Gorbatschow sich in diesem Falle zentralen politischen Themen zuwenden könnte. Die Mißerfolge der sowjetischen Agrarpolitik der vergangenen vier Jahre scheinen seine Position nicht geschwächt zu haben.

In manchen osteuropäischen Hauptstädten - vor allem in Budapest und Warschau - setzen einflussreiche Parteikreise ihre Hoffnungen auf den kommenden „Benjamin“. Bereits kurz nach dem Tod Andropows hatte der Chefredakteur der ungarischen Parteizeitung „Nepszabadsag“, Janos

Berecz, zu erkennen gegeben, daß man in Budapest der Person Gorbatschows große Bedeutung beimesse. Gorbatschow gilt als konsequenter, technokratischer Politiker, der vor allem modernen Methoden der Wirtschaft gegenüber aufgeschlossen ist.

Hintergrund der Lancierung Gorbatschows als „zweiter Sekretär“ der KPdSU ist der schlechte Gesundheitszustand des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko. Wie aus Moskau zu Beginn dieses Monats zu hören war, sei sein Leben durch zunehmende Herzschwäche akut gefährdet. Infolge nachlassender Herzleistung verschlimmerte sich das schwere Lungemphorem, unter dem der Kremlchef leidet. Der 73jährige stehe an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

Die Vermutungen, daß Tschernenko zu größeren Aktionen nicht mehr fähig sei, wurden durch die Tatsache bestätigt, daß die Moskauer Delegation zu den Ostberliner Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Gründung der „DDR“ am 7. Oktober von Außenminister Gromyko geleitet wurde.

Peking: Erfolg für deutsche Wirtschaft

1,3-Milliarden-Zuschlag für Ausbau eines Stahlwerks? / VW faßt in China festen Fuß

HERBERT KREMP, Peking

Bundeskanzler Kohl beendete gestern seinen dreitägigen Aufenthalt in Peking mit einem bemerkenswerten Erfolg für die deutsche Wirtschaft. Mit der per Unterschrift vollzogenen Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens nahe Shanghai ist es dem Volkswagenwerk gelungen, auf dem Automobilmarkt Chinas festen Fuß zu fassen. Auch das deutsche Konsortium unter Führung von Schloemann und Siemag liegt hinsichtlich der zweiten Ausbaustufe des Stahlwerks Baoshan bei Shanghai gut im Rennen. Das Volumen des Geschäfts beträgt 1,3 Milliarden Mark.

Am Vormittag war Kohl mit dem starken Mann Chinas, Deng Xiaoping, zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Unter dem Eindruck der Begegnung mit dem 68jährigen agilen Politiker sprach der Kanzler in einer anschließenden Pressekonferenz von einem „gewaltigen Aufbruch Chinas“, das für sein „Jahrhundertwerk der Modernisierung“ Partner suche und in den Deutschen finden könne.

Karlsruhe: Die RAF bleibt eine Bedrohung

AP, Münster
Die Sicherheitsbehörden registrieren nach Angaben von Bundesanwalt Gerhard Löchner einen verstärkten Zulauf zur terroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Eine Reihe von Indizien lasse, so Löchner gestern auf einem Terrorismus-Seminar der internationalen Vereinigung der Polizeigewerkschaft bei Münster, befürchten, daß die Zahl der Kadernmitglieder größer ist, als bisher angenommen wurde.

Die RAF sei noch immer zu schweren Gewaltverbrechen, insbesondere zu Aktionen gegen „Symbolfiguren“ unseres Staates und der NATO in der Lage. Aus dem Umfeld der RAF habe sich ein militanter Teil entwickelt, der eine Reihe von Brand- und Sprengstoffanschlägen begangen habe. Der Bundesanwalt lehnte den von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf ab, den Straftatbestand des „Werbens für eine terroristische Vereinigung“ ersatzlos zu streichen.

Seite 5: Besorgnis

Deng hatte wie vor ihm andere hohe Funktionäre die Öffnung des Landes zur Welt als „unumkehrbaren Prozeß“ dargestellt. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei wird in nächster Zeit ein wirtschaftspolitisches Dokument verabschieden, das diese Entscheidung bestätigt und für das Land verbindlich machen soll. Wie zu erfahren war,

SEITE 2:
China und der Markt
SEITE 11:
Gemeinsames Unternehmen

werden darin Elemente der Marktwirtschaft zur Richtlinie erklärt.

Nach einer Vereinbarung der Regierungschefs wird das Abkommen über Wirtschaftskooperation, das 1985 ausläuft, um weitere zehn Jahre verlängert. Außerdem soll nach langen Verhandlungen das Doppelbesteuerungsabkommen endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Bereits für diese Woche zielt Kohl eine deutsche Delegation von Bonn nach Peking. Ohne Abkommen müßten zum Beispiel von der 1,3-Milli-

den-Mark-Summe des Baoshan-Geschäfts 45 Millionen Mark an den chinesischen Fiskus entrichtet werden.

China mit seinen unüberschaubaren Ressourcen und das moderne Industrieland Bundesrepublik Deutschland sind nach Ansicht beider Seiten ideale Partner für eine enge Zusammenarbeit. Für deutsche Produkte war Deng des Lobes voll. So erwähnte er, daß nach dem schweren Erdbeben im nordchinesischen Tangshan 1976 - die Stadt wurde zerstört, 240 000 Menschen kamen um - alle Grubenmaschinen zerstört waren, nur die deutschen hätten die Katastrophe überstanden.

Besonderen Wert legte Kohl auf die Feststellung, daß er die Zusammenarbeit mit China „auf eine neue Ebene“ bringen wolle. Sie soll nicht nur auf das „gewaltige Entwicklungspotential“ gerichtet sein, sondern auch die Gebiete „Technologie, Wissenschaft und Kultur umfassen. Beide Seiten planen, die Zahl der Austauschstudenten zu erhöhen. Vor Studenten der Peking-Beida-Universität wies Kohl am Mittwoch auf die Notwen-

Fortsetzung Seite 10

Dollinger will sich politischem Druck nicht beugen

DW, Bonn
Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) will sich in der Frage der Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Landstraßen und Autobahnen „nicht einem politischen Druck beugen“. In einem Interview der „Zeit“ erklärte Dollinger, das gute Wollen für die Umwelt genüge nicht. Es komme auch darauf an, was das „Wirkungsvolle für die Umwelt“ sei. Um das herauszufinden, habe das Kabinett den Großversuch in Sachen Tempolimit beschlossen.

„Wir sollten außerdem jetzt nichts tun, was den Umstellungsprozeß auf Katalysatoren negativ beeinflusst“, sagte Dollinger, der sich in der Vergangenheit wiederholt gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgesprochen hat. Wenn gesagt werde, die Abgaswerte würden durch Tempolimits sowieso heruntergedrückt, dann werde die Neigung der Autofahrer, sich auf Katalysatoren umzustellen, dadurch wieder vermindert. Das sollte man nicht unterschätzen.

Kairo und Amman kündigen Initiative an

dpa/DW, Kairo
Ägypten und Jordanien werden nach den Worten des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak im kommenden Jahr eine gemeinsame Nahostinitiative starten. Vor der Presse in der jordanischen Hauptstadt Amman sagte Mubarak, die Konsultationen Kairo mit Jordanien würden „ständig fortgesetzt und in Hinblick auf die koordinierte Initiative im nächsten Jahr intensiviert“ werden. Nähere Angaben machte er nicht.

Nach den Worten Mubarak ständen „die Zukunft der Palästinenserfrage“ und „künftige Initiativen“ zu ihrer Lösung im Mittelpunkt seiner Gespräche mit König Hussein in Jordanien. Die Palästinenser forderte der ägyptische Staatspräsident auf, ihre Reihen zu schließen.

Mubarak dementierte Berichte, er werde von Jordanien nach Irak reisen. Ihn könne allerdings nichts von einer Reise nach Bagdad abhalten, sagte der Ägypter.

EG-Schlagabtausch um saubere Autos

WILHELM HADLER, Luxemburg
Der Beschluß der Bundesregierung zur Einführung umweltfreundlicher Autos ist im EG-Ministerrat - erwartungsgemäß - auf Kritik gestoßen. Die Äußerungen der betroffenen Regierungen ließen jedoch darauf schließen, daß auf allen Seiten noch Verhandlungsbereitschaft besteht.

Anlaß für den ersten politischen „Schlagabtausch“ nach dem Bonner Kabinettschluß gab eine Sitzung der für Binnenmarktförderung zuständigen Minister in Luxemburg. Dabei verlas Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann eine Erklärung, in der es als „oberstes Ziel“ der Bundesregierung bezeichnet wird, eine EG-einheitliche Lösung für die Reduzierung der Schadstoffemissionen zu finden.

Nach den Worten Bangemanns begrüßt Bonn zwar die Zielsetzung der Kommissionsvorschlüsse für eine Emissionsbegrenzung, kann aber die

von der EG-Behörde in Aussicht genommene Frist von über zehn Jahren (1995) „nicht akzeptieren“. In der Bundesrepublik sei „mit großer Schärfe“ eine Diskussion über eine einseitige nationale Festsetzung strengerer Abgasbestimmungen entbrannt. „In Öffentlichkeit, Bundesrat und Bundestag drängen starke Kräfte auf 1988 als obligatorischen Einführungstermin.“

Bangemann sagte, Bonn habe sich zunächst für eine Lösung auf freiwilliger Basis entschieden, um den EG-Partnern entgegenzukommen und der gesamten europäischen Kfz-Industrie die Umstellung zu erleichtern. Die steuerlichen Vergünstigungen würden ohne Unterscheidung für deutsche wie für eingeführte Autos gewährt. Dabei sei eine Diskriminierung ausländischer Hersteller von vornherein ausgeschlossen.

Nach dieser Erklärung kam es im Rat noch zu keiner Diskussion in der

Sache. Sie ist vor allem den Umweltministern vorbehalten, die am 6. Dezember in Brüssel zusammentreffen. Frankreichs Verbrauchermন্ত্রী Catherine Lalumière nutzte jedoch die Gelegenheit, „Überraschung“ und „Erstaunen“ über das einseitige Bonner Vorgehen zum Ausdruck zu bringen. Der britische Handelsminister Paul Channon warnte davor, den europäischen Kraftfahrzeugmarkt „in zwei Teile zu spalten“.

Große Bedeutung messen EG-Kreise jetzt der im November geplanten Debatte des Europaparlaments zu. Dabei gehen sie davon aus, daß sich die Abgeordneten für kürzere Fristen aussprechen werden. Eine entsprechende Entscheidung würde den politischen Druck auf Frankreich, Italien und Großbritannien verstärken. Auch die Kommission könnte sich dadurch veranlaßt sehen, ihre bisherigen Vorschläge zu ändern.

DER KOMMENTAR

Neuer Titel

CARL GUSTAF STRÖHM

Nichts ist schwerer, als im sowjetischen Machtsystem ein „Kronprinz“ zu sein. Da gibt es gebündelte Erwartungen und Befürchtungen, sicher auch Intrigen - und es gibt die Gefahr, vorzeitig abgestürzt zu werden. Michail Gorbatschow, der mit 53 Jahren immer noch relativ „junge Mann“ aus dem Politbüro, mag an das Schicksal anderer designierter Parteiführer denken: an Schdanow und Malenkow in der Stalin-Ära, an den jungen Wosnessenskij, der erschossen wurde - oder in jüngerer Zeit an Koslow, der mit Chruschtschow, oder an Schelepin, der mit Breschnew über Kreuz geriet.

Wenn der Chefredakteur der „Prawda“, Afanasjew, im zwanglosen Gespräch für Gorbatschow den amtlich nicht vorhandenen Titel eines „zweiten Generalsekretärs“ erfindet, so kann das nur zweierlei bedeuten: Entweder gibt es jemanden, der das „Benjamin“ des Politbüros eine Art Todeskuß verpaßt - oder aber die Stellung des derzeit Herausgehobenen ist wirklich bereits so stark, daß er nicht nur der kommende, sondern bereits heute der eigentliche Mann ist.

Eine Stärke Gorbatschows

könnte sein, daß die Riege der vier alten Männer - Tschernenko, Gromyko, Ustinow, Tichonow - die Probleme nur noch dilatorisch zu behandeln vermag. Selbst ein so eingefahrenes System wie die Sowjetmacht benötigt aber Dynamik, Erkennen neuer Probleme, Sachkunde und für den Mann an der Spitze auch körperliche Ausdauer. Irgendwie muß das russische Reich, das sich heute Sowjetunion nennt, schließlich regiert werden. Die Probleme türmen sich auf, nach innen wie nach außen.

Gorbatschow, wenn er wirklich der starke Mann im Kreml werden sollte, wird kein Wundermann sein. Das System wird er so wenig ändern können wie die äußeren Bedingungen, unter denen der Sowjetstaat existieren muß. Aber wenn der unvermeidliche Generationenschnitt in Moskau eine Pragmatisierung und damit eine Verschärfung der sowjetischen Politik sowie ein rationales Verhalten der Sowjets gegenüber der Umwelt bewirken würde, wäre schon einiges gewonnen. In diesem Sinne darf man auf den „zweiten Generalsekretär“ gespannt sein.

USA unterstützen Israels neue Wirtschaftspolitik

DW, Washington

Die amerikanische Regierung ist bereit, das Programm zur Sanierung der israelischen Wirtschaft des neuen Kabinetts in Jerusalem zu unterstützen. Nach einem Treffen mit Premier Shimon Peres sagte US-Präsident Reagan in Washington, er sei beeindruckt von den „kühnen und weitreichenden Plänen“ Israels. Reagan sagte, eine amerikanisch-israelische Arbeitsgruppe solle gebildet werden, um Israel bei der Bewältigung seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen.

Washington hatte Jerusalem keine neuen konkreten Hilfsmaßnahmen zugesagt. Man sei jedoch bereit, „mit Israel eng zusammenzuarbeiten“, um eventuell auftretende Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu lösen, sagte der Präsident.

Peres hatte die USA ersucht, die für das laufende Etatjahr vorgesehene Wirtschaftshilfe für Israel in Höhe von umgerechnet rund 3,6 Milliarden Mark bereits im ersten Quartal voll auszuzahlen.

Israel wird nach den Worten von Peres in den nächsten drei bis vier Wochen über einen Abzug seiner Truppen aus Libanon entscheiden. In einem Interview des Fernsehsenders ABC sagte Peres, bis zum Abschluß des Abzuges würden allerdings noch mehrere Monate vergehen. Im Kabinett in Jerusalem herrsche Übereinstimmung, daß Israel sich aus Libanon zurückziehen müsse. Allerdings müßten noch Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz Israels getroffen werden, sagte Peres.

Seite 2: Offenes Ohr

„DDR“ fragt nach den Namen der Flüchtlinge

Co, Bonn

Konkrete Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der „DDR“-Regierung über das Schicksal der in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geflüchteten „DDR“-Einwohner haben noch nicht begonnen. Nach zuverlässigen Informationen hat Ost-Berlin als Voraussetzung eine Namensliste der Betroffenen angefordert. Eine solche Liste ist inzwischen übergeben worden, ohne daß die „DDR“ darauf bisher konkret reagiert hat. Bonn erstrebt Ausreisegenehmigungen für die in der Botschaft Wartenden.

Offiziell beschränkte sich Regierungssprecher Jürgen Sudhoff gestern auf die Mitteilung, das Bundeskabinett habe sich mit der Angelegenheit befaßt. Die Bundesregierung bleibe im Interesse einer Lösung bei ihrer Linie äußerster Zurückhaltung. Die Bonner Bemühungen, mit der „DDR“ zu einer Regelung zu kommen, gingen weiter. Wie Sudhoff mitteilte, wird der konsularische Verkehr in Prag auch nach der Schließung der Botschaft für Besucher fortgesetzt. Visa würden jetzt über ein Prager Reisebüro erteilt.

Sudhoff dankte dem österreichischen Bundeskanzler Sinowatz im Namen der Bundesregierung dafür, daß er eine Aufnahme der in die Prager Botschaft geflüchteten „DDR“-Einwohner in Österreich angeboten habe. Bonn schätze das darin zum Ausdruck kommende Verständnis hoch ein. Aber die Regelung des Problems bleibe eine Frage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“.

Den Haag: Moskautreuer KP-Flügel will eigene Partei

„Der Klassenkampfgedanke gerät in Vergessenheit“

BODO RADKE, Den Haag
Die immer heftiger gewordenen Flügelkämpfe in der kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) zwischen „Orthodoxen“ und „Erneuerern“ haben jetzt zu der Ankündigung einer Gruppe von Fundamentalisten geführt, bis spätestens zum Herbst nächsten Jahres eine eigene Partei zu gründen, die dann für die Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 eigene Kandidaten aufstellen werde.

Hauptvorwurf der Dissidenten an die CPN-Führung: Der Klassenkampfgedanke geräte immer mehr in Vergessenheit. Statt dessen wende sich die von Reformern beherrschte Parteispitze sozialdemokratischen Theorien zu und träume von der Bildung eines Volksfront-Blocks mit anderen Linksparteien einschließlich der sozialistischen „Partei der Arbeit“ des früheren Regierungschefs Joop den Uyl.

Die Kommunisten erreichen bei allgemeinen Parlamentswahlen in den Niederlanden in der Regel einen Stimmenanteil von drei bis vier Prozent. In der derzeitigen Abgeord-

tenkammer verfügen sie über drei (von insgesamt 150) Mandaten. Kommunalwahlen in manchen Großstädten bescherten der CPN jedoch schon Stimmenanteile bis zu 15 Prozent und damit auch Deputierten-Posten.

Da in den Niederlanden schon 0,75 Prozent der bei allgemeinen Wahlen landesweit abgegebenen Stimmen genügen, um ein Mandat zu erhalten, können sich die kommunistischen Dissidenten mit der Gründung einer eigenen Partei durchaus Chancen ausrechnen, 1986 in der Haager Abgeordnetenkammer vertreten zu sein.

Ein Sprecher des CPN-Parteivorstandes nannte allerdings die eventuelle Gründung einer zweiten kommunistischen Partei ein „totgeborenes Kind“. Die Dissidenten versuchten, auf etwas „in primitiver Sprache zurückzugreifen, was es in Holland niemals gegeben hat“. Er spielte damit auf die Tatsache an, daß die niederländischen Kommunisten niemals revolutionäre Parolen gebräuteten, sondern sich stets als Vertreter der Interessen sozial Benachteiligter ausgaben. (SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Martschenkos Tod

Von Carl Gustaf Ström

Die Nachricht kam nicht unerwartet, und doch wirkt sie wie ein Schock: Waleri Martschenko, der ukrainische Dissident und Bürgerrechtskämpfer, ist in einem Leningrader Gefängnis Krankenhaus qualvoll an Nierenversagen gestorben. Er wurde nur 37 Jahre alt.

Im März hatte man ihn zu zehn Jahren Lagerhaft des „besonderen Regimes“ sowie zu fünf Jahren inneren Exils, also Verbannung, verurteilt. Begründung: Er hatte Informationen über politische Gefangene gesammelt und weitergegeben. Andere Dissidenten behaupten, das Leiden, an dem er jetzt starb, sei in der Haft ungenügend und zu spät behandelt worden.

Wenn wir von sowjetischen Dissidenten und Oppositionellen sprechen, denken wir meist an Sacharow und seine Frau. Denen geht es schlecht genug, aber sie können wenigstens mit der stetigen Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit rechnen. Das gibt ihnen einen gewissen Schutz. Viel zahlreicher sind dagegen die im Westen Unbekannten – jene, die keinen glanzvollen internationalen Namen besitzen, für die es keine Solidaritätskomitees gibt. Martschenko, obwohl nicht ganz unbekannt, gehörte zu diesen Menschen.

Was ist das Leben eines Menschen wert, der die Frage nach der Existenz seiner Nation, nach menschlicher und nationaler Freiheit gegenüber dem herrschenden System zu stellen wagt? Muß es das Schicksal eines Menschen sein, der nach den politischen Gefangenen fragt, selber zum politischen Gefangenen zu werden?

Im Westen kommt mancher Raubmörder mit weniger als fünfzehn Jahren davon. In der Sowjetunion wird ein Mann, der niemandem etwas zu Leide getan hat, für anderthalb Jahrzehnte aus dem Verkehr gezogen. Und dann läßt man ihn sterben, weil ein politischer Häftling keinen Anspruch auf erstklassige medizinische Versorgung hat.

Alle schönen Worte über Humanismus und Menschenfreundlichkeit müßten den Exponenten des sowjetischen Regimes im Halse stecken bleiben. Die Schmach lastet nicht auf den Opfern, sondern auf jenen, die so mit Menschenleben umgehen und dann noch von Frieden sprechen wollen.

Schafft viele Grenadas

Von Werner Kahl

International ist der Terrorismus durchaus weiter präsent; seine neuen Bombenanschläge in westeuropäischen Metropolen und seine mobilen Attentatskommandos zeigen es. Auf dem deutschen Schauplatz allerdings überläßt er anscheinend den militanten Umfeldgruppen die Szene. Ohnehin werden die Detonationen kaum wahrgenommen; Formaldehyd und Tempolimit und die Lage der FDP sind viel aufregender. Dennoch äußerten sich Experten aus europäischen Ländern, die am stärksten vom Terrorismus betroffen sind, auf einer Tagung in der Bundesrepublik besorgt über Anzeichen neu formierter und weltweit operierender Terrorbrigaden aus Mitgliedern verschiedener Nationalitäten. Diese Zusammensetzung schafft bessere Logistik und kürzere Fluchtwege.

So macht in diesem Herbst eine „Karibische Aktion“ in Frankreich von sich reden. Sie erinnert an Parolen nach der Vertreibung linksradikaler Eilandputschisten im Karibischen Meer, viele kleine Grenadas zu schaffen. Bei den Sicherheitsbehörden weiß man so gut wie nichts darüber, wie sie sich finanziert. Aber man kennt die ideologische Leitlinie für die Inselwelt in Mittelamerika.

Kreml-Propagandist Wadim Sagladin hat sie soeben in seinem Werk über die „Internationale kommunistische Bewegung“ gezogen: Die karibischen Kommunisten meinen, „daß die Volksmassen lernen müssen, mit Waffen umzugehen und diese, wenn nötig, auch zu gebrauchen“.

Und nun sieht sich zudem der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, durch Erfahrungen ausländischer Kollegen bei der Bekämpfung des Linksterrorismus bestätigt: In seiner 1982 in Rom aufgestellten und von vielen kritisierten These, daß terroristische Strömungen durch politische Macht und Doktrin beeinflusst werden. Eine auf der Tagung der Terrorismus-Experten vorgelegte Analyse aus Italien belegt, daß es das Ziel der Roten Brigaden war, alle revolutionären Kräfte im Land unter einem Programm zu vereinen, das den Namen einer „Kämpfenden kommunistischen Partei“ verdienen würde. Diese Wechselbeziehung KP-Terrorismus verdient also weiter größte Aufmerksamkeit.

Wendung in El Salvador?

Von Günter Friedländer

Kolumbiens Präsident Belisario Betancur hatte erwartet, daß der Waffenstillstand seiner Regierung mit der kolumbianischen Guerrilla zu ähnlichen Versuchen in El Salvador führen würde. Mit Recht: Lateinamerikas Guerrillagruppen hängen zusammen und stimmen ihre Politik aufeinander ab.

Die Bitte der Aufständischen, daß Betancur die Rolle des Vermittlers übernehmen solle, bestätigt diese internationale Dimension ebenso wie die von der Guerrilla veröffentlichte Mitteilung, daß sie bereits im Mai, als der Waffenstillstand in Kolumbien Tatsache wurde, José Napoleon Duarte Verhandlungen vorgeschlagen habe, ohne damals Antwort zu erhalten. In diese Richtung weist auch, daß die große Herbstoffensive der salvadorianischen Guerrilla in diesem Jahr unterblieb.

Duarte überraschte die Guerrilla nun mit der dramatischen Geste, sie in einer Rede vor der UNO nach La Palma einzuladen, wo am Montag die ersten Unterhaltungen stattfinden werden. Die politische Führung der Guerrilla ist darüber verstimmt. „Wir nehmen (die Gespräche) ernst“, sagt Guillermo Manuel Ungo in ihrem Namen. „Wir wissen nicht, ob Duarte sie ernst nimmt, da er stets doppelzüngig spricht.“ Weil es eher umgekehrt ist, macht Duarte die Weltpresse und die Kirche zum Zeugen seiner ersten Unterhaltung.

Man sollte keine dramatischen Wendungen erwarten. Betancurs Waffenstillstandsverhandlungen in Kolumbien dauerten zwei Jahre, und die Durchsetzung des Waffenstillstands stößt immer noch auf Schwierigkeiten. Aber das kolumbianische Modell erlaubt Konzessionen der Guerrilla, die bisher vor Neuwahlen ihre Teilnahme an der Regierung forderte, darauf aber nun zu verzichten scheint. Dafür würde Duarte, ebenfalls nach kolumbianischem Muster, von der Entwaffnung der Guerrilla absehen, bis sie sich durch Teilnahme an Wahlen in das politische Leben El Salvadors eingegliedert hat.

Jeder würde ein Ende der Metzelei begrüßen. Die Verhandlungen in La Palma sind aber auch im besten Fall nur der erste Schritt auf einem langen Weg, der schließlich auch zur Befriedung Nicaraguas und Guatemalas und zu Garantien für Costa Rica und Honduras führen müßte, um erfolgreich zu sein.



„Natürlich bleibt er!“

KLAUS BÖHLE

China und der Markt

Von Herbert Kremp

Die Fassade war immer glänzend. Ob zu den Zeiten der Kaiser, ob unter Mao oder heute unter Deng Xiaoping – die Chinesen wußten ihre Gäste stets zu beeindrucken. Sie genossen das Ansehen des Älteren, und sie lebten aus einem Stolz, der den Gast unachtsichtig einen Fremden bleiben läßt. Unter dieser imprägnierten Haut entfaltet China seine Gegensätze: Die Jungen wollen Hongkong, die Alten reiben wieder ihre Schmelzsteine, und die Maoisten, stark in der mittleren Funktionärgeneration, wünschen sich die Fugbarkeit der Massen zurück. Für den, der sich nichts vormachen läßt, sind die Gegensätze sichtbar.

Sie lassen sich als „Prozess der Öffnung“ deuten. Davon ist viel die Rede, auch beim Besuch des Bundeskanzlers und seiner namhaften Begleiter aus Wirtschaft und Kultur, denn auf diesen Wenner bringt das offizielle China heute seine Politik. Der große kleine Mann Chinas, Deng, sprach am Mittwoch in der Unterredung mit dem Kanzler sogar von einer Revolution, die zu erwarten sei, wenn nach der Zulassung privater Initiative in der Landwirtschaft nun auch die Städte unter den Wandel desselben Prinzips gestellt würden. Die Politiker und Industriellen, die das Land gegenwärtig bereisen, aber auch einige der professionellen China-Beobachter sprechen mit Verwunderung und noch mehr Hoffnung vom Einzug der Marktwirtschaft in das Reich der einst schärfsten Revolution. Und in der Tat: Ohne die Wiederentdeckung der alten Erfindung des Marktes wäre der Wirtschaftsaufschwung nicht zu erklären.

Aber birgt dieses Urteil, für das erkennbare Ansätze, keineswegs aber schon eine freie Entfaltung der Marktkräfte sprechen, nicht die Gefahr eines Irrtums? Zu Recht warnen der Kanzler und seine Begleiter (sich selber) vor einer „Euphorie“, die ja infolge der offiziellen Selbstdarstellungskunst der chinesischen Nomenklatur so leicht entstehen kann. Man möchte gern nüchtern bleiben, aber ein bißchen „Alice im Wunderland“ scheint doch durch. Das Land ist imponierend groß, seine Führer sind durch wilde Experimente ernüchtert, pragmatische, lernbegierige und zum Teil fachkundige Männer, und die Besucherdelegationen ziehen wie Karawanen auf geübten Wegen dahin. Dabei wird leicht übersehen, daß sich erhebliche Teile der mächtigen Armee und die Schicht der mittleren und unteren Funktionäre in der Tiefe des Landes den modernen Maßstäben verändernden Sozialbefehlen von oben verweigern.

Was das bedeutet, kann man an den Gewerkläufen ablesen. Traditionell sind die chinesischen Provinzen schwer zu regieren. Die Parteigeschichte weist eine unübertreffliche Begabung zum Machtkampf aus. Die einflussreichen Seilschaften der Kader pflegen Ideologie in die Schlagworte zu laden. „Bereichert euch“ – dieser Aufruf Dengs an die Bauern gleicht einer Waffe. Diese löst den Gegenschlag aus: „Bleibt gleich“. Er kann Wirkung entfalten, weil der Milliardengeleitete der Chinesen sich unter dem Druck des unterschiedlichen Entwicklungstempors der Regionen, Begabungen und Chancen weit auseinanderzieht. Es ist also kein Risiko, Spannungen vor auszusagen.

Sie sind so natürlich und uns so gut bekannt, daß man aus ihnen kein Gegenargument gegen den spürbaren Aufbruch und vor allem keine schwarze Prognose herleiten sollte. Der überwiegende Teil der Chinesen befürwortet die Politik der Öffnung und Selbstentfaltung – es bedürfte einer furchterlichen Neuaufgabe der Kulturrevolution, um die heute schon geweckten Antriebe und Hoffnungen zu unterdrücken. Aber man kann das Prinzip des Mehrheitswillens, seine Aktions- und Verteidigungskräfte, auf China nicht übertragen – es kommt in seiner Geschichte nur in der Form des überwältigenden Aufbruchs vor. Das Land wurde stets von Minderheiten regiert, weshalb den Führern der Leninismus sehr gut gefällt. Aber sie müssen auf der anderen Seite wie seit je auch eine neue Harmonie herstellen, die heute nicht mehr in der faulenden Utopie des Marxismus bestehen kann.



Nichts hindert das Zusammenspiel: Deng, Kohl

Das der Weg, auf den sich China begibt, mit einer defensiven, also auf Selbstbehauptung, Integrität und Ruhe gegründeten Außenpolitik verbunden ist, hat Helmut Kohl deutlich feststellen können. Der Sowjetunion begegnet Peking mit einer anhaltenden zuverlässigen Skepsis. Die Deutschen hält man für eine unzerstörte, wieder zu einigende Nation, weil man unter Spaltungen selber lange gelitten hat, ohne sich je mit ihnen abzufinden. Die härteren, scharfen Töne der Mao-Zeit sind verklungen. In der Distanz zwischen den Staaten liegt nichts, was das enge Zusammenspiel ihrer Interessen behindern könnte.

Die Pariser Zeitung beschäftigt sich mit der Armut in Frankreich:

Es hat sich zwar die Armut geändert, doch die Art, darüber zu sprechen, blieb gleich. Ausmaß und Ernst des Phänomens bleiben unberücksichtigt. Man sieht weiterhin in der Armut eine Art Einzelschicksal, obwohl es sich bei dieser Form des sozialen Ausschlusses, wie auch bei der Arbeitslosigkeit, deren Endstation sie ist, um eine kollektive Realität handelt, die jederzeit jeden von uns treffen kann. Aus diesem Unterschied zwischen Bild und Wirklichkeit erklärt sich, daß die angebotenen Antworten unzureichend sind. Es gilt immer noch die gute alte Wohltätigkeit, obwohl eine echte Politik gegen den sozialen Ausschluss notwendig wäre.

Das Bild überlagert, wie den Deutschen in der Frage Botschaft gehalten werden könnte:

Unter unwürdigen Verhältnissen müssen 140 Deutsche in stickigen, überfüllten Zimmern unserer Botschaft leben. Wie Mäuse hocken sie in der Falle. Ost-Berlin rührt das nicht. Das SED-Regime glaubt offenbar, die Bundesrepublik durch Sturheit müde machen zu können. Aber es gibt Mittel dagegen: Wann werden Fernsehfilme, Fotos, Reportagen aus der Botschaft in die Welt geschickt? Wann dürfen die 140 der Welt sagen, warum sie die „DDR“ verlassen haben?

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Und so haben die Republikaner plötzlich mit einer Thematik zu kämpfen, die sie längst ad acta gelegt glaubten: das Alter des Präsidenten (er wäre am Beginn seiner zweiten Amtszeit 74 Jahre alt). Plötzlich rechnen alle Medien, beginnend mit dem seit langem überaus reaganfreundlichen „Wall Street Journal“ (sogar auf Seite eins) mit dem Alter als einem neuen Faktor im Wahlkampf.

Natürlich wird hier übertrieben und überinterpretiert. Die Ursache seiner zeitweiligen Artikulationschwäche, darin sind sich die meisten Exegeten einig, lag unzweifelhaft bei Reagans Beratern, allen voran Haushaltsdirektor David Stockman, die ihren Champion mit Zahlen und Statistiken über seine Amtszeit so vollstopften, daß er die eigene Botschaft seiner vier Jahre, die Ausstrahlung der Reagan-Revolution, schier vergaß. Aber in den USA ist das Medium nur zu oft

auf unerwartete Fragen rasch die richtigen Antworten hervorzubringen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreiben direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Dem kleinen Hospital droht der Tod

Deutschlands kleinen Krankenhäusern steht das Wasser bis zum Hals. Wächst ihre Überlebenschance durch die Reform der Krankenhausfinanzierung, die gestern im Bundeskabinett beraten wurde?

Von PETER JENTSCH

Montag, 31. Dezember 1975: Aus dem katholischen „Drei-Königinnen-Hospital“ in Köln-Mühlheim werden Patienten in umliegenden Kliniken gebracht. Grund: Das 320-Betten-Spital ist pleite; es drückt eine Schuldenlast von fünf Millionen Mark. An diesem Tag lehnt der Kölner Richter Wilhelm Uhlendörfer einen von der Krankenhausleitung beantragten Vergleich ab. Ein Konkursverfahren kommt mangels ausreichender Masse nicht zustande. Der Vermögensstand der Klinik: 15 000 Mark.

November 1982: Die Kinderklinik „Rothensburg“ in Hamburg schließt für immer ihre Pforten. Verluste aus der Minderung der Einweisungsbefugnis durch die niedrigeren Ärzte und einer Senkung der Verweildauer hat das Krankenhaus nicht mehr finanzieren können. Erst in diesen Tagen hat der Hamburger Senat noch einmal 500 000 Mark zur Tilgung von Folgekosten bereitstellen müssen.

Ende dieses Jahres wird das Hamburger „Elisabeth-Krankenhaus“ geschlossen. Im Bedarfsplan der Hansestadt war kein Platz mehr für die 160-Betten-Klinik. Glück für Ärzte und Pflegepersonal: Sie werden von einer anderen Klinik übernommen.

Die drei Beispiele beweisen: Deutschlands kleinen Krankenhäusern geht es an den Kragen. Sarkastisch drückt es Franz Spiegelhalter, Finanzdirektor des Caritas-Verbandes, aus: „Die Kliniken sterben im Würgegriff des Staates.“

In der Tat, 1973 zeigte die Krankenhauslandschaft in der Bundesrepublik noch folgendes Bild: Es gab 3519 Hospitäler mit insgesamt 701 263 Betten, und zwar

- 1322 öffentliche Krankenhäuser mit 381 315 Betten,
- 1239 freigemeinnützige Kliniken mit 255 002 Betten und
- 958 privat getragene Hospitäler mit 64 946 Betten.

Dabei verfügten 39,1 Prozent aller Akutkrankenhäuser über weniger als 100 Betten, weitere 12,8 Prozent der Spitäler besaßen bis zu 150 Betten, und 11,1 Prozent hielten 150 bis 200 Betten vor. Anders ausgedrückt: 63 Prozent aller Krankenhäuser besaßen nicht mehr als 200 Betten.

Heute hat sich dieses Bild völlig geändert. Das 1972 eingeführte und als „Jahrhundertwerk“ gepriesene Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) förderte den Trend zum Großklinikum à la Aachen und führte viele kleinere, vor allem nicht öffentlich-rechtlich getragene Hospitäler in den Existenzkampf. Sie konnten nicht wie Städte, Länder und Gemeinden ihre Häuser mit Milliardenbeträgen aus Steuermitteln subventionieren.

Der Zeitgeist heißt: „Aachener Dimensionen“

In der Folge dieses Gesetzes, das unter dem Zwang entstanden war, das Defizit von rund zwei Milliarden Mark, das die Kliniken 1972 „erwirtschafteten“, zu beseitigen, wurden die kleinen Kliniken nicht mehr öffentlich gefördert. Der Zeitgeist forderte „Aachener Dimensionen“, das KHG schrieb vor, die Investitionen aus öffentlichen Mitteln (ein Drittel Bund, Rest Länder und Gemeinden) zu bemessen (Mischfinanzierung) und die Benutzerkosten über die Pflegesätze aufzubringen (duales Finanzierungssystem).

Folge: Bis heute mußten rund 400 Krankenhäuser, das sind 17 Prozent aller Akutkrankenhäuser, aufgeben. Es waren fast ausschließlich Kliniken mit weniger als 100 Betten.

Die einzelnen Trägergruppen wurden davon unterschiedlich getroffen: Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Kliniken sank um 12,1 Prozent, die der freigemeinnützigen um 16,2 und die der privaten um 26 Prozent. Dabei stieg die durchschnittliche Größe ei-

nes Akutkrankenhauses von 200 auf 250 Betten.

Franz Spiegelhalter bescheinigt dem Krankenhaus-Finanzierungsgesetz sogar eine Art „Vernichtungsautomatik“, der gerade die freigemeinnützigen Häuser ausgeliefert sind, da sie nicht den finanziellen Rückhalt eines öffentlichen Haushalts haben. Deutlicher: da sie nicht auf Kosten des Steuerzahlers subventioniert werden können.

Um das Faß nicht zum Überlaufen zu bringen und die bürgernahe Krankenhausversorgung zu gewährleisten, wurde 1981 im Zuge des Krankenhaus-Kostendämpfungs-Gesetzes (KHKG) die 100-Betten-Grenze, unter der die Förderung ausgeschlossen war, aufgehoben. Aber auch das nutzte wenig. Wie das Beispiel Kinderklinik „Rothensburg“ beweist, hat das Klinikum Verluste etwa aus geringerer Einweisungsbefugnis durch die niedrigeren Ärzte, aus Verweildauerverkürzung oder falscher Bedarfsplanung selbst zu tragen. Mögliche Gewinne werden aber von den Krankenkassen kassiert, weil sie bei der Pflegesatzberechnung von den Selbstkosten des folgenden Jahres abgezogen werden.

Das führt dazu, daß konfessionelle, private oder freigemeinnützige Kliniken von ihrer Substanz, das heißt vom Eigenkapital leben müssen. Dieses Kapital wird ihnen aber durch ein Abschreibungsverbot des KHG auf investierte Eigenmittel entzogen.

Hier will die von Bundesgesundheitsminister Norbert Blum vorgeschlagene Reform der Krankenhausfinanzierung Abhilfe schaffen. Das Gesetz, zu dem der Bundesrat eine Alternativversion vorgelegt hat, will unter anderem Gewinn- und Verlustmöglichkeiten für die Kliniken zulassen. Blum: „Die plurale Trägerstruktur ist für alle Reformansätze eine unverzichtbare Vorgabe. Freigemeinnützige Krankenhäuser müssen in ihrem originalen Auftrag gestärkt werden.“

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Wunsch mit dem Reformwerk in Erfüllung geht. Denn mehr und mehr spielen die Kosten im Krankenhaus die größte Rolle. Und auf ihre Ent-

wicklung, besser gesagt auf ihre Bremsung, sollen die Krankenkassen erheblichen Einfluß bekommen.

Schon heute überbieten die Marktkliniken die Bettenpreise des Luxushotels um das Mehrfache. Die Einrichtung eines Bettes kostet 600 000 Mark. Die Gesundheitsfabriken bieten zwar alles, was das Medizinerherz höher schlagen läßt. Aber in einem solchen Bett liegt, wenn es nicht gerade leer steht, später wohnhaft ein Gipsbein- oder Blinddarmpatient seine Zeit ab.

50 Milliarden Mark für die Krankenhauspflege

Da wird dann verständlich, daß sich – gemessen an den Gesamtausgaben für die Krankenhauspflege von jährlich rund 50 Milliarden Mark – die Schließung von 400 Kliniken nicht bemerkbar gemacht hat. Denn die Betriebskosten des Krankenhauses entstehen vor allem durch die Behandlung und Pflege von Patienten. Sie sind größtenteils unabhängig davon, auf wie viele Betten sich diese Patienten verteilen.

Andererseits reduziert der Rückgang der Verweildauer und der Pflegezeit die notwendigen Bettenzahl. Von 50 000 überflüssigen Betten spricht selbst der Bundesgesundheitsminister. Da aber, so die Sorge der freigemeinnützigen Träger, niemand auf den Gedanken kommen wird, etwa das Großklinikum Aachen zu opfern, ist das Ende der kleinen Hospitäler abzusehen.

Und das kann an sich nicht im Sinne des Reformers sein. Denn die Vorteile der kleinen Krankenhäuser liegen nicht nur in ihrer größeren Humanität, sondern vielmehr in ihrer kostengünstigeren Leistungserbringung. Billiger deshalb, weil weniger Betten weniger Personal brauchen, weil die kleinen Kliniken medizinisch-technisch weniger anspruchsvoll ausgerüstet sind oder weil sie über Ordensschwestern verfügen, die nicht wie teure Fachkräfte bezahlt werden, obgleich sie nicht weniger leisten.



Ronald Reagan und Shimon Peres: Die erste Reise als Regierungschef ging zum Freund nach Washington. FOTO: AP

In Washington findet Peres ein offenes Ohr für Israels Probleme

Es war sein erster Besuch als Premierminister in den USA, und es war ein schwerer Gang. Shimon Peres hat in Washington um mehr wirtschaftliche Hilfe für sein in Bedrängnis geratenes Land. Es gab keine Beschlüsse, aber die Zusage wohlwollender Prüfung.

Von THOMAS KIELINGER

Wenn ein israelischer Premierminister vier Wochen vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl Washington einen Besuch abstattet, dann setzt er sich mehreren Interpretationen aus: Er will noch rasch in die Wiederwahl des Amtsinhabers im Weißen Haus investieren, oder die Lage zu Hause, in Israel selber, ist wirtschaftlich so verzweifelt, daß keine Aufschub der Reise nach Washington geduldet werden kann, jede Hilfe gesucht werden muß, die sich anbietet. Es gibt noch eine dritte Interpretation: daß man in diesen Oktobertagen 1984 aus beiden Gründen an den Potomac kommt.

Shimon Peres, kaum vier Wochen als Israels neuer Premier im Amt, wußte von dieser Vermutung, denn bei jeder Gelegenheit vor seinem und während seines jetzt beendeten Besuches in Washington demonstrierte er sie. Im ersten Fall kündigt das Dementi glaubhafter als im zweiten. In der Tat arrangierte Peres auch ein ausgiebiges Treffen mit Walter Mondale in New York, um den überparteilichen Charakter seiner USA-Reise zu betonen.

In Sachen israelische Wirtschaft dagegen ragen die Fakten allzu stark hervor, um viele Umschweife zuzulassen: Die Lage ist ernst, das Land im Teufelskreis einer 400prozentigen Inflation, sinkender Produktivität, bedrohlich geschwächter Zahlungsbilanz. Peres selber hatte darauf bestanden, schon jetzt, noch vor der Präsidentschaftswahl, nach Washington zu kommen und nicht erst im Februar, dem anderen in Betracht gezogenen Termin.

Aber was kann ihm ein Präsident anbieten, der selber mit einem erdrückenden Haushaltsdefizit von über 175 Milliarden Dollar zu kämpfen hat? Mehr Hilfe für Israel – das Land empfängt im laufenden Haushaltsjahr von den USA 2,6 Milliarden Dollar Wirtschaft- und Militärhilfe, das meiste davon praktisch als Geschenk – ist zwar immer ein dem Wei-

ßen Haus und der Legislative am Herzen liegendes Anliegen. Aber Ronald Reagan sah sich angesichts des Besuches von Peres in einem Dilemma: Mehr Geld würde die jüdisch-amerikanischen Wähler beeindrucken, die Vertreter fiskalischen Konservatismus aber vor den Kopf stoßen.

Aus der nicht beneidenswerten Lage befreite sich das Weiße Haus, indem es tat, was man angesichts unappetitlicher Alternativen in Washington immer tut: Man gründete eine Kommission. Diesmal eine gemischt amerikanisch-israelische Beraterkommission, die dem Präsidenten nach 30 Tagen einen Untersuchungsbericht vorlegen soll, wie die USA der angeschlagenen israelischen Wirtschaft am besten helfen können.

Peres war vorsichtig genug, in seinen Gesprächen mit Außenminister Shultz, dem Luncheon-Treffen mit dem Präsidenten und während seiner Aussprachen auf dem Capitol keine konkreten Geldsummen als neue amerikanische Medizin für Israels Wirtschaft zu erbitten. Aber der israelische Gast ließ keinen Zweifel, daß er in der nächsten Legislaturperiode mehr von den USA erwartet. Er knüpfte daran eine Hoffnung, die manche Beobachter für kühn halten. Vermehrte amerikanische Unterstützung, so meinte Peres, sei nötig, „als Hilfe, damit wir uns selber helfen können...“, so daß wir einst jenen Tag erreichen, an dem wir nicht mehr von der außerordentlich gültigen und generösen amerikanischen Hilfe abhängig sind.“

So wie die Dinge laufen, vermehrt sich diese Abhängigkeit eher, als daß sie abnimmt. Ein großer Freund Israels, der Kolumnist William Safire, malte daher in einem scharfen Kommentar die Gefahr israelischen Vassallentums an die Wand. „Für die Musik muß jetzt bezahlt werden, und zwar von allen Israelis, damit aus dem Wohlfahrtsstaat kein Vassallenstaat wird.“ Und erneut: „Die Gefahr besteht, daß Israels gegenwärtiger wirtschaftlicher Verfall in politisches Vassallentum mündet.“ Erpreßbarkeit ist das Wort, das der Kolumnist nicht verwendet, aber mit dem er ständig spielt.

Wie Safire in seinem Aufsatz in der „New York Times“ fragen sich auch verschiedene Berater des Präsidenten, ob die neue Regierung in Jerusalem genug an Einsparmaßnahmen verordnet hat, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Im

Grunde reiben sich die Amerikaner an der israelischen Praxis der Indexierung, wonach Löhne und Ersparnisse den jeweiligen Preissteigerungen laufend angepaßt werden. „Das verheimlicht der Öffentlichkeit nur die Verheerungen, die der Nation angetan werden“, kritisierte Safire.

Es ist nicht unerinnlich, daß irgend ein Besuch der israelischen Führung in Washington in den letzten Jahren so von der wirtschaftlichen Diskussion dominiert gewesen ist wie dieser Auftritt des „an sich ungleichen Paares“ (ein US-Beamter) Peres-Shamir. Daran läßt sich auch ablesen, wie zurückhaltend ja, wie fast nicht vorhanden die USA derzeit ihre Rolle im übergreifenden arabisch-israelischen Konflikt sehen. Präsident Reagan machte keine neuen Avancen zugunsten seines eigenen Friedensplans vom 1. September 1982, der ein palästinensisch-jordanisches Kondominium auf dem Westjordanufer und im Gaza-Streifen vorgesehen hatte.

Die Zeit für derartige Avancen wäre auch denkbar ungünstig, wo Jordanien gerade wieder jede Verhandlung mit Israel ausgeschlagen hat und Israel selber aus seiner fortgesetzten Ablehnung des Reaganschen Friedensplans keinen Hehl macht – auch nicht unter einer von Peres geführten Koalition.

Für amerikanische Initiativen derzeit ebenfalls ungeeignet scheint die Frage des israelischen Truppenrückzugs aus Libanon. Es gebe zwar „neue Töne“ aus Syrien, meinte ein höherer US-Regierungsbeamter; doch kann Washington darin noch keine Melodie erkennen. So blieb ein Erfolg des Peres-Besuchs nur im bilateralen Bereich zu erhoffen. Schließlich wollte man auf amerikanischer Seite auch testen, ob man mit der Koalition in Jerusalem etwas besser vorankommen könne als mit der alten, meist sehr stacheligen Nur-Likud-Regierung. Und siehe da: In der Tat ließen sich die Besucher im Gegenzug für die erwartete zusätzliche Hilfe Washingtons einige kleine Konzessionen in Themenbereich der Palästinenser abhandeln.

„Wir werden unser Haus in Ordnung bringen“, versprach Shimon Peres mehrmals seinen Zuhörern in Washington. Und, an Reagan gewandt, sagte er zum Abschied: „Unser Land ist kein Land der Skeptiker, sondern der Gläubigen.“ Doch überwogen unter den Gastgebern diesmal eindeutig die Skeptiker.

Der Pate aus Palermo geht in die Verbannung

Die Rechtspraxis in Italien kennt eine in der westlichen Welt einmalige Strafe: die Verbannung. Jetzt traf diese Maßnahme einen mutmaßlichen Mafia-Boss.

Von F. MEICHSNER

Dem christdemokratischen Ex-Bürgermeister von Palermo, Vito Ciancimino, ist durch richterliche Entscheidung ein „provisorischer Zwangswohnsitz“ zugewiesen worden. Er mußte seine palermitanische Wohnung verlassen und in ein Hotel nach Patti, einem kleinen, westlich von Messina gelegenen Ort, umziehen, der in Italien vor allem als Geburtsort des Mafia-Bankiers Michele Sindona bekannt wurde. Er muß sich dort in regelmäßigen Abständen auf dem Polizeirevier melden.

Die „Sektion Vorbeugungsmaßnahmen“ des palermitanischen Tribunals verfügte die „Verbannung“ auf der Grundlage gesetzlicher Sonderbestimmungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus. Ciancimino steht im Verdacht, einer der politischen „Paten“ der Mafia zu sein. Die Möglichkeit, „Personen, die die

Sicherheit und die öffentliche Moral gefährden“, ohne ordentlichen Prozeß einen Zwangswohnsitz zuzuweisen, war in Italien 1966 durch ein generelles Gesetz gegen die Untriebe von „Arbeitsscheuen“, „Gewohnheitsvagabunden“ und solchen Personen geschaffen worden, von denen aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Lebensführung „angenommen werden muß, daß sie aus dem Erlös von Verbrechen oder deren Begünstigung leben...“, zu Verbrechen neigen... gewohnheitsmäßig und notorisch illegalen Geschäften ergeben sind... die Prostitution begünstigen oder daraus Nutzen ziehen“ sowie „gewöhnheitsmäßig anderen der öffentlichen Moral und den guten Sitten zuwiderlaufenden Tätigkeiten nachgehen“.

Dieses Gesetz wurde 1965, 1979 und 1980 noch durch speziell auf die Mafia und den Terrorismus bezogene gesetzliche Sonderbestimmungen ergänzt. Mit ihm wurde an die während der faschistischen Zeit weithin geübte Praxis der Verbannung (confino) angeknüpft – mit dem grundlegenden Unterschied allerdings, daß die neuen Gesetze ausschließlich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, nicht mehr der Unterdrückung

politisch oppositioneller Strömungen dienen. In der Rechtspraxis der westlichen Welt sind sie trotzdem wahrscheinlich ebenso einmalig wie es das Phänomen der Mafia ist.

Die gegen Ciancimino ergriffene „provisorische Vorbeugungsmaßnahme“ geht auf einen Antrag des palermitanischen Polizeipräsidiums an die Staatsanwaltschaft zurück, der von dieser „Sektion Vorbeugungsmaßnahmen“ des Tribunals weitergeleitet wurde. Das Polizeipräsidium hatte sogar Vorbeugung und nur im Ablehnungsfall Zuweisung eines Zwangswohnsitzes beantragt. Die Richter entschieden sich für das mildere „Provisorium“, das sie bis zum 30. Oktober begrenzen. Am Tage darauf wollen sie nach Anhörung Cianciminos eine definitive Entscheidung auf der Grundlage des bis dahin vorliegenden Ermittlungsmaterials treffen. Einige der Richter plädierten jetzt schon für einen Haftbefehl. Die Mehrheit sprach sich jedoch für behutsames Vorgehen aus, um nicht durch unbedachte Aktionen, die dann unter Umständen wieder rückgängig gemacht werden müßten, die Glaubwürdigkeit der ganzen, gegen die politischen Drahtzieher der Mafia gerichteten Operation zu gefährden.

Der 60jährige Ciancimino war lange Zeit Assessor für öffentliche Arbeiten und dann für einige Monate Bürgermeister von Palermo gewesen. Während seiner Amtszeit als Assessor für öffentliche Arbeiten war er zu erstaunlichem Wohlstand gelangt. Von den 4000 Baulizenzen, die während dieser Zeit von seinem Assessorat vergeben wurden, gingen 2500 an drei alte, völlig mittellose Pensionäre, deren einzige Funktion offensichtlich darin bestand, als Strohmänner für die wirklich, wahrscheinlich Mafia-abhängigen Bauunternehmer zu dienen.

Als die parlamentarische Anti-Mafia-Kommission diese und andere Praktiken aufdeckte, verschwand Ciancimino zwar von der politischen Bühne, konnte aber gerichtlich nicht belangt werden.

Erst die Aussagen des gesprächigen Mafia-Bosses Tommaso Buscetta ermöglichten der Justiz das Eingreifen. Laut Buscetta befand sich der Ex-Bürgermeister ganz in der Hand der Mafia-„Familie“ der „Cordercos“. Buscetta machte dazu offenbar derart dezidierte Angaben, daß ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Notabeln der palermitanischen DC eingeleitet werden konnte.



Unabhängigkeit können Sie Stück für Stück erwerben: mit dem Gold Maple Leaf aus Kanada.

Gute Gründe sprechen – besonders langfristig – dafür, einen Teil Ihrer Rücklagen in Gold anzulegen. Für den Gold Maple Leaf aus Kanada sprechen noch ein paar Gründe mehr.

Der Gold Maple Leaf enthält genau eine Unze (31,1 g) reines Gold – Feingehalt 999,9. Das heißt, keine Goldmünze ist reiner. Beim Gold Maple Leaf bekommen Sie viel Gold für Ihr Geld. Schon weil der Aufpreis

sehr gering ist. Das gilt natürlich auch für die 1/4- und 1/10-Unze-Münzen.

Der Gold Maple Leaf ist in allen unseren Geschäftsstellen leicht zu kaufen – selbstverständlich auch mehrwertsteuerfrei in Luxemburg. Der Verkauf ist genauso einfach.

Sprechen Sie mit unserem Kundenberater über die goldrichtige Anlage: den Gold Maple Leaf aus Kanada.

Deutsche Bank



Nürnberg rechnet 1985 mit weniger Arbeitslosen

dpa, Nürnberg
Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg geht für das kommende Jahr von deutlich weniger Arbeitslosen und Kurzarbeitern aus, für die sie Leistungen erbringen muß. In dem gestern festgestellten Etat für 1985 sind nur noch 810 000 Empfänger von Arbeitslosengeld (1984: 1 036 000) und 400 000 (750 000) Kurzarbeiter vorgesehen. Bei Unterhaltsgeld wird mit 123 000 (114 400) Empfängern gerechnet, bei Beschäftigung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ABM mit 80 000 (70 000) Personen.

Bei der Bundesanstalt heißt es dazu, daß sich in den neuen Beträgen für Unterhaltsgeld und ABM das Bemühen der Bundesanstalt widerspiegeln, den Arbeitsmarkt 1985 - mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen noch stärker zu entlasten als in diesem Jahr. Hierunter fallen auch die erstmals in diesem Haushalt berücksichtigten Zahlungen für 80 000 Empfänger von Vorruhestandsgeld. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1985 umfaßt 34,2 Milliarden Mark, das sind 600 Millionen Mark weniger als im vergangenen Jahr.

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt ging davon aus, daß das Brutto-Produkt im kommenden Jahr real um zwei Prozent (Ansatz 1984: 2,5 Prozent) steigen und das Bruttoeinkommen für jeden beschäftigten Arbeitnehmer um 3,5 Prozent (3,4) zunehmen wird. Die Zahl der Beitragspflichtigen ist auf 20,3 Millionen (20,15) vorausgeschätzt worden.

Kontroverse um Kritik Wetzels

AP, Wiesbaden
Die Auseinandersetzungen zwischen der hessischen Landesregierung und dem amerikanischen General Robert Wetzels während der NATO-Herbstmanöver in Ostessen haben gestern im Landtag in Wiesbaden zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Oppositionsparteien CDU und FDP sowie SPD und Grünen geführt. Sprecher der CDU-Fraktion, die eine aktuelle Stunde zur „Mißbilligung des Verhaltens des Innenministers Winterstein wegen amerikafindlicher Äußerungen“ beantragt hatte, erklärte, der Minister habe mit seiner Kritik am Kommandierenden General des V. US-Korps, der deutsch-amerikanischen Freundschaft einen bösen Dienst erwiesen.

SPD-Innenminister Horst Winterstein sagte, er stehe zu seiner damaligen Aussage gegenüber dem General, die nicht amerikafindlich sei. Wetzels habe mittlerweile den Einsatz der Polizei als hervorragend bezeichnet, damit betrachte er, die Kontroverse für erledigt. Auch Ministerpräsident Börner dankte Wetzels für seine abschließende Erklärung zum Einsatz der Polizei. Die Zusammenarbeit zwischen den Amerikanern und den deutschen Behörden werde „vertrauensvoll und gut hießen“.

General Wetzels hatte Ende September gewalttätige Demonstrationen als Kriminelle und Anarchisten bezeichnet. Der Innenminister hatte daraufhin von einem „ungeheuren pauschalen Vorwurf“ gegenüber der Friedensbewegung gesprochen und erklärt, die Bundesrepublik Deutschland sei „Verbündeter, aber kein Versall der Vereinigten Staaten“.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Ernst Welteke unterstützte die Notwendigkeit, daß „beide Seiten die innere Ordnung des Partners achten“.

OIE WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to OIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Schwarzer Peter“ weiß sich in Szene zu setzen

Von PETER SCHMALZ

Das 174. Münchner Oktoberfest gehört seit Sonntag der Vergangenheit an und wird in die Stadtschicht eingeht als das Bierfest der Besucher, Trink- und Bärekorde, bei dem auch noch die Ungeheuerlichkeit geschah, daß ein Wies'n-Wirt wegen Unzuverlässigkeit des Zeltes verwiesen wurde. Dem oberflächlichen Beobachter verborgen, hatten die spektakulären Umstände dieses Bierfestivals zugleich aber eine politische Dimension, die aufschlußreiche Einblicke gibt in die Strömungen in einem der größten unter den deutschen Rathäusern. Bier und Politik wagen ja bekanntlich an der Isar gerne eine Liebschaft miteinander.

Schon zu Beginn der Wies'n wurde in München gemunkelt, der erst 36jährige CSU-Politiker Peter Gauweiler wolle sein Amt als Kreisverwaltungsreferent, in das er vor drei Jahren zu Zeiten der absoluten CSU-Mehrheit vom Stadtrat auf sechs Jahre gewählt wurde, zur poli-

mehr zwei Wochen alltäglichen Gauweiler-Fotos in mindestens einer der fünf Münchner Zeitungen aber zeigte sich CSU-Fraktionschef Erich Kiesl, der den Medien-Favoriten vor versammelten CSU-Stadträtern stellte: Die Kontrollen seien zu streng - und überhaupt: „Man sollte nicht so viel tun, daß man immer groß in der Zeitung steht.“

Das war schon deshalb ein denkwürdiger Satz Kiesls, da allgemein bekannt ist, daß dieser zu der Zeit, als er im Rathaus Oberbürgermeister war, die Qualität der täglichen Nachrichtenlage an der Zahl der veröffentlichten Kiesl-Fotos zu messen beliebte.

Gauweiler jedenfalls nahm den Fehdehandschuh auf und begründete in 20 Minuten aus dem Stegreif seine Aktivitäten mit solcherzeugungskraft, daß er anschließend offenen Beifall erhielt. Kiesl verließ daraufhin schweigend die Sitzung und soll seither erheblich verärgert sein.

Er scheint den Verlust des Oberbürgermeisterstuhls im März noch immer nicht verwunden zu haben, weshalb nicht wenige der CSU-Stadträte glauben, daß erst dann wieder Ruhe in ihre Fraktion einkriechen wird, wenn Kiesls Wunsch in Erfüllung gegangen ist, bei der Landtagswahl im Herbst 1988 in das Maximilianeum zu wechseln.

Wer aber wird die Rathaus-CSU in die Zukunft führen? Ein Teil der Partei baut auf Walter Zöller, Fraktions-Vize und vielbeschäftigter Notar mit ruhig-behaglichem Habitus, andere würden eher Werten für Gauweiler annehmen, dessen Chancen bei diesem Oktoberfest erheblich gestiegen sind.

Mit 22 Jahren war Gauweiler einst der jüngste Stadtrat, der jemals in diesem Rathaus saß, und machte mit strammen Worten auf sich aufmerksam. Er reiste zum Widerspruch und lächelte darüber: „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker.“ Nicht verwundlich mußte Erich Kiesl ihn, den Vertreter des rechten Fraktionsflügels, als Kreisverwaltungsreferent in seine engere Mitarbeitermannschaft aufnehmen. Mit über 3000 Beschäftigten führt Gauweiler seitdem das größte der Münchner Referate und nutzt das Instrumentarium zum Feldzug für ein „sauberes München“.

Dabei legt er stets Wert darauf, alle Fraktionen von der Notwendigkeit seiner Aktivitäten zu überzeugen, was ihm meist sogar auch bei der SPD gelingt. „Sie sind zwar ein harter Gegner“, sagte ein SPD-Stadtrat zu ihm, „aber auf Vereinbarungen mit Ihnen kann man sich wenigstens verlassen.“

Dem Vernehmen nach wollen sich die Sozialdemokraten nicht querlegen, wenn Gauweiler in drei Jahren zur Wiederwahl antritt. Und er selbst bestreitet nicht, mit dem Posten des Oberbürgermeisters zu liebäugeln, denn Ehrgeiz, so sagt er, muß ein Politiker haben.

Entscheidung über IG Bau vertagt

tr, Frankfurt

Um die Rechtmäßigkeit der Wahlen zum Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden ist gestern in zweiter Instanz vor dem Frankfurter Oberlandesgericht gestritten worden, ohne daß ein Urteil verkündet wurde. Wie der 19. Zivilsenat in der mündlichen Verhandlung bekanntgab, soll die Entscheidung am 8. Dezember fallen. Es geht bei dem Verfahren um die Klärung der Umstände, unter denen die Wahl auf dem Gewerkschaftstag am 12. Oktober 1982 in Frankfurt stattgefunden hat.

CSU in Schwaben nicht hinter Kiechle

tr, München

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle ist wegen der umstrittenen Beschlüsse zur Eindämmung der Milchproduktion auch in seiner schwäbischen Heimat unter Druck seiner Partei geraten. Der Vorsitzende der CSU-Bereichs Schwaben, Bayern und des Bundes, Ministerpräsident Strauß, hat Kiechle gestützt und damit eine andere Linie vertreten als der bayerische Ministerpräsident Strauß.

Düsseldorf: OB per Losentscheid?

Bruno Reht (FDP) will wieder Bürgermeister werden / Er droht „auszupacken“

WILM HERLYN, Düsseldorf
Vorsichtiges Abtasten des Gegners oder möglichen Koalitionspartners mag in den späten Abendstunden des Dienstag die Devise der Grünen und der Sozialdemokraten gewesen sein. Sie trafen sich zur ersten Runde im großen Sitzungssaal des Düsseldorfer Rathauses. Symbolcharakter haben diese Verhandlungen nicht nur für die Landeshauptstadt. Die SPD mit Spitzenkandidat Klaus Bungert ist mit ihren 34 Mandaten auf die acht Sitze der Grünen angewiesen, will sie nach fünf Jahren wieder die CDU/FDP-Koalition unter Oberbürgermeister Josef Kürten ablösen. Aber so einfach ist die Rechnung nicht, denn schon signalisierte eine grüne Dame, sie wolle aus grundsätzlichen Erwägungen überhaupt keinen OB wählen. Also am 18. Oktober ein Patt von 41:41 und nach dreimaliger Wahl ein Losentscheid?

Die Verwirrung wird sich nicht vor dem Abend des 17. Oktober lösen, wenn Grüne und SPD getrennt darüber befinden, welchen Weg sie nun einschlagen werden. Denkbar: Modelle, etwa einen OB Kürten, einen

Bürgermeister Bungert und einen zweiten Bürgermeistersessel für die SPD-Kandidatin Marlies Smeets, scheiterten an dem FDP-Mann Bruno Reht. Der sieht seine Pfünde dahinschwinden und droht gar, würde er nicht berücksichtigt, werde er auspacken. Nun rätselt Düsseldorf, was Bruno Reht so Schlimmes über Kürten oder Bungert weiß. Kürten selbst scheint inzwischen gar bereit, der FDP einen vierten Bürgermeistersessel einzuräumen, nur um ein „rot-grünes Bündnis“ zu vermeiden. Für die Regierbarkeit der Landeshauptstadt wäre dies ein hilfreicher Ausweg, denn bei den Grünen ist bislang schwer auszumachen, ob sie überhaupt bereit sind zur Verantwortung.

Der vorsichtige Auftakt der öffentlichen Gespräche zwischen Rot und Grün beweist das ebenfalls. Auf dem Programm stand das Thema Umweltschutz, und es wäre einem Wunder gleichgekommen, wenn sich darob ein Streit entzündet hätte. Nach dem Verteilen von süßen Alternativplätzen forderten die Grünen eine ökologische Abfallbeseitigung, einen

Tauschstop und mehr Recyclingbetriebe. Wer sollte da nein sagen?

Mittags zuvor hatten sich die gewählten Ratsvertreter schon darauf verständigt, daß in jedem Ausschuss zwei Grüne, aber nur ein Liberaler sitzen soll - schmerzhaft für die FDP. Aber verdutzt waren doch alle, als die Alternativen auch einen Frauenausschuss nur von Frauen besetzt verlangten. Über den Sinn gal's noch keine einhellige Meinung.

Nach dem Vorgeplänkel werden in den kommenden fünf Runden die wirklichen Probleme aufgetischt. „Dann geht's ans Eingemachte“, seufzte ein SPD-Mann und dachte dabei an den Grünen-Katalog: denn Bungert soll danach gegen eine Parallelbahn des Flughafens sein, die dringend als Ausweichmöglichkeit benötigt wird, gegen den U-Bahn-Bau, der inzwischen die halbe Innenstadt aufwühlt, und gegen den Zaun um den Volksgarten, der zur Bundesgartenschau 1987 errichtet werden soll. Noch ist sich Bungert schlüssig: „Gibt es keine Übereinstimmung, sage ich: dann eben nicht.“

Auch „Untaugliche“ zur Bundeswehr?

Würzburg: Kein Konflikt zwischen Union und FDP in Frage der Wehrdienstverlängerung

DW, München
Das Bundesverteidigungsministerium bemühte sich gestern, den Anschein eines Koalitions-Konflikts in der Frage der Wehrdienstverlängerung herunterzuspielen. Hier gehe es zwischen der Union und der FDP keine Widersprüche und keine Probleme, sagte der parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) in München.

Er spielte auf Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher an, der gesagt hatte, für seine Partei stehe eine Verlängerung des Wehrdienstes „nicht an der Spitze der Prioritätenliste, sondern eher am Ende“. Das gilt nach Darstellung des Staatssekretärs auch für den Maßnahmenkatalog seines Ministeriums.

Eine Verlängerung des Wehrdienstes, die angesichts der „Tatsache“ der gehirntschwachen Jahrgänge in vier bis fünf Jahren notwendig sei, misse ohnedies vom Bundestag be-

schlossen werden. An erster Stelle eines Katalogs zur Bundeswehrplanung, den Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) am 17. Oktober dem Kabinett zur Beschlussfassung vorlegen wird, steht nach Angaben von Würzbach die Einberufung von „angenehm untauglichen jungen Männern“ zur Bundeswehr.

Danach sollen zur personellen Stärkung der Truppe in Zukunft auch Verheiratete eingezogen werden, darauf wurde bisher aus finanziellen Gründen verzichtet. Die Bundeswehr denkt auch daran, künftig mehr Zeitsoldaten zu verpflichten und die Dienstzeit der „Langdiener“ von 15 auf 20 Jahre zu verlängern.

Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, anstelle des Wehrdienstes bei Polizei, Rotem Kreuz, Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk den Dienst abzuleisten. Nach Berechnungen des Ministeriums könnten dadurch rund 25 000 Wehrpflichtige für

die Bundeswehr gewonnen werden. Würzbach will außerdem mehr Reservisten zu Wehrübungen einberufen.

In den Jahren 1982 bis 1985, so sagte Würzbach weiter, könne daran gedacht werden, eine bestimmte Zahl von Stellen bei der Bundeswehr für Frauen zu planen, die sich freiwillig melden. Anfang der 90er Jahre müßte hierüber eine Entscheidung gefällt werden.

Schon heute liege „eine ungewöhnlich hohe Zahl“ von Bewerbungen von Frauen vor. Voraussetzung zur Einstellung von Frauen sei unbedingte Freiwilligkeit. Der Staatssekretär schätzte die Zahl der möglichen Stellen für Frauen auf 15 000 bis 20 000.

Würzbach wollte sich jedoch nicht festlegen, ob das Kabinett nächste Woche schon das gesamte Konzept beschließen wird und die Regierung den Wehrdienst noch vor der Bundestagswahl 1987 hiltigt.

Ein Transferbüro für die Bremer Uni

W. WESSENDORF, Bremen

Ein anderer Wind soll künftig durch Bremen in Richtung Universität wehen, um das schlechte Klima zu verbessern. Dafür will der Initiativkreis „Bremer und ihre Universität“ sorgen. Diese überparteiliche Vereinigung will Zeichen setzen, aber auch mittels Informationsveranstaltungen

Brücken schlagen zwischen der ungeliebten Alma mater und der Bevölkerung der Hansestadt. Denn die Initiative ist davon überzeugt: „Die Bremer Universität ist besser als ihr Ruf.“ Zahlreiche wissenschaftliche Beiträge und Untersuchungen hätten inzwischen weit über das Bundesland hinaus Anerkennung gefunden.

Bei dieser Initiative werden unkonventionelle Wege beschritten, es soll ein sogenannter Transfer geschaffen werden, eine Zusammenarbeit zwischen Praxis und Wissenschaft. Für diese Zwecke wurde eigens ein Transferbüro eingerichtet, das an der Universität und im Stadtkern angesiedelt ist. Über das Transferbüro sollen beispielsweise Betriebsstudierende als Praktikanten vermittelt werden, die für Lösungen konkreter Projekte einsetzbar sind. Unternehmen und Professoren können gemeinsam Diplomarbeitsthemen formulieren, die eine praxisbezogene Analyse und gegebenenfalls Lösungen anstehender Probleme ermöglichen.

Einerseits brauche die Wissenschaft Kontakte zur Bevölkerung, zur Wirtschaft und der allgemeinen Ök-

fentlichkeit, um Bedarf und Bedürfnisse für wissenschaftliche Forschung besser zu erkennen, meint der Initiativkreis. Andererseits benötige die Praxis gutausgebildete Studenten, die in der Lage seien, ihr Wissen schnell in Können umzusetzen und den Zugang zu ihrem Berufsleben zu finden.

Die Kostenfrage für die Problemstellungen soll von Fall zu Fall entschieden werden. „Kleinere Anfragen“, so meint Rektor Jürgen Timm, „werden auch künftig kostenlos sein.“ Falls sich Unternehmen allerdings aufwendigen wissenschaftlichen Rat holen, müssen sie dafür bezahlen. Die Universität hofft, bei interessanten Fragestellungen zusätzliche Drittmittel kassieren zu können.

Unterstützt wird dieser Vorstoß durch ein vielseitiges Informationsblatt des Initiativkreises mit dem Titel „Transfer“. Es erscheint viermal im Jahr in einer Auflage von 15 000 Exemplaren; angesprochen seien damit alle, die Sachprobleme bätten, zu deren Lösung Wissenschaft und Forschung einen sinnvollen Beitrag leisten könnten. Der Sprecher des Initiativkreises, der ehemalige Bremer Finanzsenator Rolf Speckmann: „Vor allem auch mittelständische Betriebe sind die Zielgruppe. Ihnen soll 'Transfer' zeigen, was die Universität an Problemlösungspotential zu bieten hat.“

„Transfer“ soll den Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis aber auch in der umgekehrten Rich-

tung bewerkstelligen helfen. „Problemlöse“ heißt die Rubrik, die dazu beitragen soll. Leser sind aufgefordert, Probleme beispielsweise aus der betrieblichen Praxis vorzustellen.

Die Universität Bremen wurde 1971 gegründet, mit ihr sollten die Reformvorstellungen in der Bundesrepublik konsequent verwirklicht werden. Reformziel war die Schaffung eines leistungsfähigen sozialverpflichteten und demokratischen Hochschulwesens. Bald nach ihrer Gründung erhielt die Bremer Uni allerdings den Stempel aufgedrückt, eine rote Kadernschmiede zu sein. Ihr schärfster Gegner, die Bremer CDU, sprach und spricht von einer „Politisierung“ der Universität, bescheinigte ihren Gremien „Volksfrontcharakter“.

Viele Bremer Bürger distanzieren sich von der Universität. 1982 wurde das Hochschulgesetz novelliert, dessen Schwerpunkt die Zentralisierung der Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen war. Mit dem neuen Rektor Timm hat sich dann der scharfe Wind ein wenig gelegt.

In diese Zeit fällt auch die Gründung des Initiativkreises, der bislang mehr im stillen versuchte, das schlechte Image der Universität aufzulockern. Sein Sprecher: „Die Gründung der Universität war keine Fehlentscheidung, sicherlich gab es aber Fehlentwicklungen.“ Immerhin unterstützen inzwischen alle Parteien die Ziele des Initiativkreises „Bremer und ihre Universität“.

Genscher warnt vor Gedanken an Große Koalition

tr, Bonn

Der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, hat die Unionsparteien vor Überlegungen über Große Koalitionen mit der SPD in den Ländern gewarnt. In einem gestern im FDP-Presseamt veröffentlichten Artikel vertrat Genscher die Ansicht, daß die Bonner Koalitionsparteien aufeinander angewiesen seien. Die Chancen für absolute Mehrheiten würden geringer im Vier-Parteien-System. Die früher allein der FDP aufgebürdete Koalitionstrage stelle sich heute mindestens genauso der Union, der SPD und den Grünen. Von allen werde Klarheit erwartet.

Wenn die CDU entsprechend den Empfehlungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in den Ländern mit Koalitionen „liebäugeln“ sollte, setzt sie nach Ansicht Genschers in den Landtagswahlen „auf Platz und nicht auf Sieg“. Das verwirre die Wähler und könne den Sieg kosten.

Strauß hatte am Montag nach einer CSU-Vorstandssitzung in München eine Große Koalition auf Bundesebene derzeit ausgeschlossen, nicht jedoch ein Zusammengehen der Union mit der SPD in den Ländern.

Dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Kappel, der am Dienstag erneut eine Große Koalition ins Gespräch gebracht hatte, warf Genscher vor, ihm gehe es „um Gefälligkeitspolitik ohne Rücksicht auf Staatsfinanzen“. Allerdings mache sich „der gestandene Sozialdemokrat“ Rappe auch Sorgen um das „Abdriften seiner Partei in das Kielwasser der Grünen“.

Im übrigen sollten sich die Gewerkschaften, wenn sie sich als Einheitsgewerkschaften verstanden, in der Frage von Koalitionen zurückhalten, schrieb Genscher.

„Steuerentlastung viel zu gering“

dpa, Osnabrück

Die Steuerentlastung der Bürger wird bei der bevorstehenden Tarifreform nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler um mehrere Milliarden Mark niedriger ausfallen, als von der Bundesregierung zugesagt wurde.

In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erklärte der Präsident der Organisation, Armin Feit, eigene Berechnungen hätten Differenzbeträge für 1986 in Höhe von 700 Millionen Mark und für 1988 sogar von 3,6 Milliarden Mark ergeben. „Die von uns berechnete Steuerentlastung fällt viel zu gering aus, um volkswirtschaftlich etwas bewegen zu können“, sagte Feit.

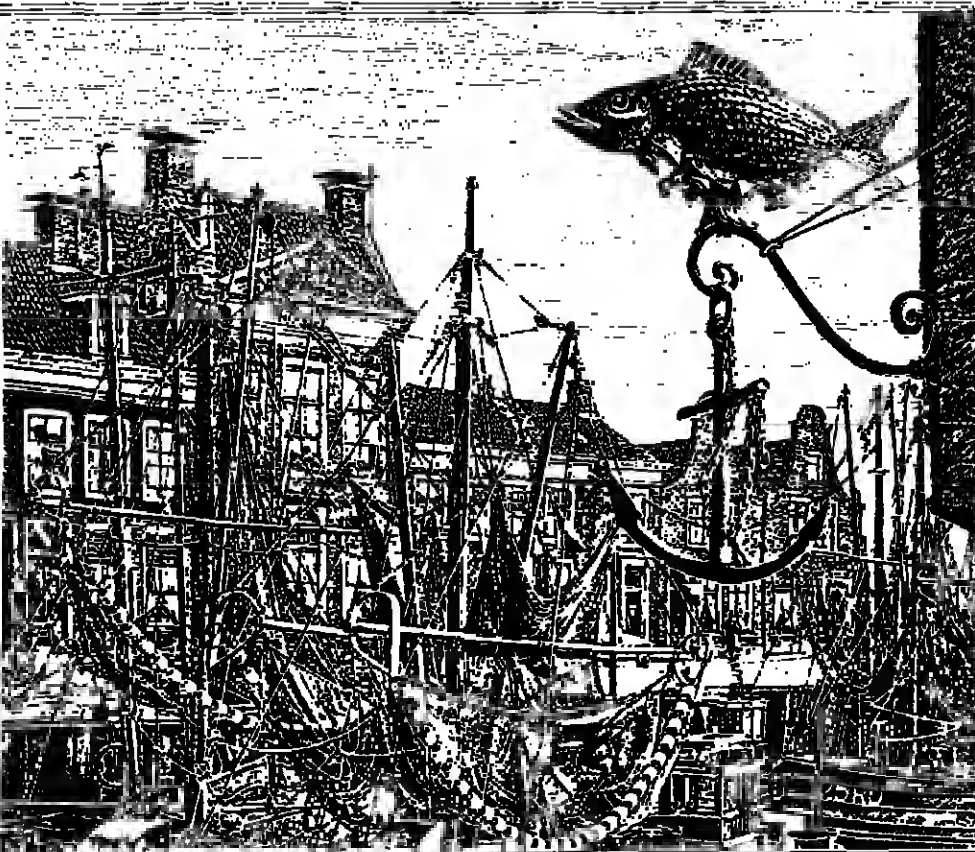
Es gehe schließlich nicht nur um Steuergerechtigkeit, sondern auch um eine Belebung der wirtschaftlichen Antriebskräfte, um positive Auswirkungen auf die private Nachfrage und um das Zurückdrängen von „Schattenwirtschaft“ und Schwarzarbeit.

Feit forderte, die Tarifreform schon 1986 in einem Schritt und mit einem Umfang von 19 bis 20 Milliarden Mark zur Entlastung der Steuerzahler zu verwirklichen.

Kopelew-Sendung am 3. November

Nea, Mainz

Nicht schon am kommenden Samstag (wie die WELT auf Grund einer mißverständlichen Auskunft meldete), sondern erst in der „Damals“-Sendung vom 3. November (ZDF) wird der russische Schriftsteller Lew Kopelew über seine Erinnerungen an den Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen 1944 berichten.



Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit

Freiheit und Sicherheit

Der frei im Meer sich tummelnde Fisch und der Anker, der dem Seefahrer Sicherheit verleiht... find das nicht treffliche Sinnbilder für das, was ein guter Gasthof dem Feriengast bieten sollte: die Freiheit von den Pflichten im Alltag, einen Urlaub von zu Hause; sowie die Sicherheit, mit Speis und Trank, mit Zimmer und Bett gut bewirtet zu werden. Darüber hinaus lassen diese zu einem ungewöhnlichen Wohnhausbild verrufenen Bräunleier - zumal an einem vertraulichen Fischerhafen - berechtigte Hoffnung auf-

kommen, daß hier die leckeren Gaben des Meeres so frisch geboten werden, wie man es sich nur wünschen kann.

Und schließlich wird es in solch einer Umgebung auch nicht an einem guten Tropfen mangeln. Ob jedoch ein guter Wein darunter ist, das mag jeder selber bescheiden; aber der Asbach Altail aus Rudesheim am Rhein wird sicherlich auf der Karte stehen - gilt er doch, wie das Schild vor dem Hause, seit alter Zeit als Zeichen guter Gastlichkeit!

Asbach Altail

Im Asbach Altail ist der Geist des Weines!

Dem WDR droht die „Kartellfrage“

fac. Bonn

Die Zeitungsverleger haben kartellrechtliche Bedenken gegen einen angeblich geplanten Medienverbund zwischen WDR und der Essener WAZ-Zeitungsgruppe angemeldet. Zur generellen Frage einer Zusammenarbeit zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der privaten Presse äußerte sich Joseph Schaffrath, Vorsitzender des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger, moderat über eine Kooperation von WDR und allen möglicherweise in einer Gesellschaft vertretenen nordrhein-westfälischen Zeitungen „könnte oder müßte man hingegen reden“, sagte Schaffrath. Sollte sich der WDR allerdings „selektiv“ seine Partner suchen, stelle sich die „Kartellfrage“. Hier, so machten die Verleger deutlich, liege für sie der Anknüpfungspunkt der Kritik an den WDR-Abständen.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hatte kürzlich während einer Podiumsdiskussion des Deutschen Kulturrates in Bonn auf die konkrete Frage „Gibt es eine elektronische Elfenbeintür?“ geantwortet: „Nein, ich würde solche Pläne nicht für gut halten.“ Auch von Seiten des Betriebsmann-Konzerns war in der vergangenen Woche signalisiert worden, daß keine Kooperation mit dem WDR geplant sei. Der Vertreter der WAZ-Gruppe hielt sich in dieser Frage im Gespräch mit prominenten Medien-Politikern der Unionsparteien in Bonn „bedeckt“, wie ein Teilnehmer der Runde formulierte.

Die Kritik der Zeitungsverleger bezieht sich auch auf den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Medien-Gesetzes, das eine Verstärkung der Position des WDR zum Ziel hat. Bevor durch ein nordrhein-westfälisches Medien-Gesetz Privaten der Zugang zu Hörfunk und Fernsehen überhaupt erst eröffnet wird, soll das Monopol des WDR verstärkt und diese Anzahl öffentlichen Rechts mit so umfassenden Privilegien ausgestattet werden, daß künftige private Programmveranstalter, damit also auch die Presse, praktisch keine reelle Wettbewerbchance haben.

Dregger: Wende muß auch geistig vollzogen werden

dpa, Bonn

Der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien, Alfred Dregger, will Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in der Auseinandersetzung mit der SPD und den Grünen wieder stärker in den Vordergrund rücken. In einem Interview des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ meinte Dregger, Vorstellungen der Grünen von einem „deutschen Sonderweg“ finden in der SPD Zustimmung. Die Union müsse viel stärker und offensiver auf die Annäherung der SPD an die Grünen hinweisen. Die Umweltpartei sei die „bewegende Kraft“ innerhalb der Opposition, der die SPD „mit hängender Zunge“ hinterherrenne.

Als „schlimm“ bezeichnete es Dregger, daß es der Union noch nicht gelungen sei, die politische „Wende“ vom Herbst 1982 auch geistig zu vollziehen. Von „gepredigter Angst“, „Neurotisierung und Hysterie auf vielen Feldern“ müsse wieder zu mehr Gelassenheit, Nüchternheit und Besonnenheit gefunden werden, so in Fragen des Umweltschutzes oder der Friedenshaltung.

Dregger äußerte sich noch einmal zu seinen umstrittenen Stellungnahmen vor dem abgesagten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland. Dregger: „Wir haben keinen Anlaß, Herrn Honecker nachzulassen.“ Wenn der „DDR“-Staatschef zum ersten Mal vom Bundeskanzler und vom Bundespräsidenten empfangen werde, bedeute dies eine Aufwertung für ihn. Während der Diskussion um den Honecker-Besuch habe es aber fast so ausgesehen, als sei das Gegenteil der Fall.

Besorgnis über den internationalen Terrorismus

WERNER KAHLE, Minister

Sie werden nicht für Taucherpersionen nach Antilla, der sagenhaften Insel zwischen Europa und der Karibik gelegen, sondern suchen vielmehr Unterstützung für eine linksradikale karibische Front nach der Devise: Schaff viele Grenzdase!

Das Auftauchen einer bisher unbekannten „Karibischen Aktion“ (KAT) in Frankreich beschäftigte Experten der Polizei aus europäischen Ländern, die am stärksten vom Terrorismus betroffen sind, auf einer Tagung in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup. Auf der mehrstägigen Beratung, die von der Internationalen Polizeigewerkschaft UIOP veranstaltet wurde, gaben die Vertreter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Bundesrepublik ausführliche Lageberichte über den Stand der Terrorismusbekämpfung, wobei der Italiener Francesco Giuseppe Minerva einen „fast endgültigen Erfolg“ über die Roten Brigaden meldete.

Von den meistgesuchten deutschen Terroristen fehlt nach Festnahmen im Juni in Frankfurt und an anderen Orten jede Spur. Lediglich von einigen RAF-Mitgliedern, die sich schon vor langer Zeit ins Ausland zurückgezogen haben, sind die Aufenthaltsorte Bagdad, Damaskus und Südchina bekannt. Zu dem La-

gebericht in der Bundesrepublik betonte der Vizepräsident des Bundeskriminalamts Gerhard Boeden, die jüngsten Festnahmen im Sommer belegten zum einen die bisherige Rekrutierungspraxis, wonach Personen aus dem militanten RAF-Anhängerkreis zum „harten Kern“ stießen, zum anderen gewannen die Behörden den Erkenntnis, daß auch auf Personen aus dem der Polizei nicht bekannten Unterstützungsnetz zurückgegriffen wird. Der Kommandobereich dürfte sich daher nicht mehr auf nur namentlich bekannten und mit Haftbefehl gesuchten Terroristen zusammensetzen. „Dadurch wird die Bekämpfung schwieriger“, sagte Boeden.

Die Polizei schätzt die Stärke dieses Kommandobereiches auf sechs bis zehn Mitglieder. Sie suchen ihre Opfer sorgfältig aus, wägen Wirkung und Risiko ab und brauchen längere Planungsphasen. „Hier liegt auch die Chance, Mitglieder der RAF zu entdecken“, betonte der BKA-Vize. Denn während der Planung muß sich die RAF in der Umgebung des Opfers oder des Anschlagziels sehen lassen.

In den Lageberichten der westeuropäischen Länder, die am stärksten unter dem Terrorismus leiden, taucht immer wieder die Sorge auf, daß es in absehbarer Zeit zu einem interna-

tionalen Terrorismus kommt. Nach der Definition der Fachleute bedeutet das eine einheitliche Steuerung, beziehungsweise zentrale Leitung von Anschlägen und Überfällen, ferner das Zusammenwirken unterschiedlicher Nationalitäten in Kommandos und schließlich Absprachen über Operationsziele.

Die französische Terroristenabwehr sorgt sich gegenwärtig um Verbindungen im Lande auftretender Gruppen mit italienischen Linksextremisten, die als Mitglieder der Brigata Rosso vor der Polizei geflüchtet sind. In Paris wurde kürzlich eine gemischte italienisch-französische Gruppe entdeckt. Die französische Polizei hat es darüberhinaus verstärkt mit korsischem terroristischem Separatismus, ähnlich motivierten Gruppen in der Bretagne wie auch Terroristen zu tun, die im Mittelmeerraum Kernkraftwerke und EDV-Anlagen angreifen. Um die ständigen Unruhen im französischen Baskenland einzudämmen, wurden 24 Mitglieder des militärischen Kommandos der ETA ausgewiesen.

Wie ernst die Lage im Elyséeplatz offenbar eingeschätzt wird, läßt die Ankündigung des französischen Sprechers auf der Tagung erkennen, daß ein interministerieller Ausschuss unter Vorsitz des Innenministers ge-

bildet wurde. „Es wäre sehr nützlich, ein europäisches Koordinationsbüro zu bilden“, sagte Le Mouel zu dem Chef der Gewerkschaft der Polizei, Günter Schröder.

Die Spanier bemühen sich ebenfalls um eine bessere Zusammenarbeit. Sie schickten in den letzten Tagen einen General nach Belgien und Italien zu Gesprächen mit den dortigen Behörden.

Italien ist es nach Angaben seines Vertreters Francesco Giuseppe Minerva (Genova) gelungen, die Roten Brigaden zu zermürben, organisatorisch zu zerstören und den Terrorismus auf den niedrigsten Stand zu bringen. Wer sich nicht freiwillig stellte oder verhaftet wurde, floh ins Ausland, informierte Minerva. Seit 1983 gebe es keine Opferlisten mehr. Es sei das Ziel des Linksterrorismus gewesen, mit der Stadtguerilla den Staat zu zerstören und stürmisch zu schießen. Unter den führenden Mitgliedern der Roten Brigaden wollten man alle revolutionären Kräfte vereinen und in einer Sammlung zusammenfassen, die wieder den Namen einer kämpfenden kommunistischen Partei verdient hätte. Das anschauliche Beispiel für diesen - inzwischen gescheiterten Versuch - sei Bologna mit der Universität, der größten Italiens, gewesen; eine Stadt, die von der KP regiert werde. Dort

hätten die Roten Brigaden in den siebziger Jahren beschlossen, die Propagandaphase zu beenden und in das Kriegsstadium einzutreten. Die Massen in Italien hätten aber bald erfahren, was es bedeute, die Brigata Rosso zu unterstützen oder zu tolerieren: „Nur Trauer und Tote.“

Frei von neomarxistischen oder anarchistischen terroristischen Gruppenbildungen, ähnlich der Baader-Meinhof-Bande oder den Roten Brigaden, steht der britische Superintendent Desmond Brown derzeit Großbritannien. „Dafür haben wir es in Nord-Irland mit der stärksten, seit 1969 andauernden Gewalt zu tun.“ Die Bilanz, die Brown in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup bei Münster zog: 200 Polizeibeamte bei Anschlägen seit 1969 getötet, 480 verletzt, 1880 Anschläge auf Polizeigebäude, über 8000 Explosionen. „Es geht uns darum, die Führer und Pastoren der Terrororganisationen zu fassen“, sagte Brown, der als Experte für die Terrorismusbekämpfung in Nord-Irland gilt. „Ich teile die Besorgnis von Gerhard Boeden, daß die internationale Kooperation im Terrorismus nicht mehr auf sich warten läßt. Der Kampf gegen diese neue Verflechtung muß heute organisiert werden. Es ist keine Aufgabe für die Zukunft“, erklärte der Brite.

Moskaus Öl als Sprengkraft in Osteuropa

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Schwierigkeiten der Sowjets, ihre osteuropäischen Vorfeldstaaten mit Energie zu versorgen, könnten in absehbarer Zukunft zu politischen Spannungen und sogar zu Unruhen in Osteuropa führen. Diese These vertritt eine jetzt veröffentlichte amerikanische wissenschaftliche Studie.

Die Washingtoner „Brookings Institution“ spricht von drastischen Einschränkungen sowjetischer Energieleistungen an die osteuropäischen Länder. Zugleich baus aber Moskau seine Rolle als Energielieferant für Westeuropa bis in die neunziger Jahre aus. Diese sowjetische Haltung wird von der amerikanischen Forschungsinstitution mit der Tatsache erklärt, daß der vermehrte Einsatz von Erdgas in der Sowjetunion zu einer Freisetzung größerer Erdöl-mengen für den Export geführt habe. Die UdSSR sei aber offensichtlich entschlossen, ihr Erdöl in erster Linie gegen harte Währung in westliche Länder zu exportieren. Davon seien auch gewisse Erdölimporten betroffen, die bisher an Osteuropa geliefert wurden.

Dies werde aber nicht ohne Einfluß auf die politischen Beziehungen Moskaus sowohl zu West- wie auch zu Osteuropa bleiben, sagen die amerikanischen Wissenschaftler voraus. Die Sowjetunion sei heute der zweitgrößte Produzent von Brennstoffen und Energieträgern und der größte Erdölproduzent. Als industrielle Großmacht verbrauche sie den größten Teil der von ihr produzierten Energie selber. Der Überschuß werde exportiert - davon ein Teil gegen harte Währung in den Westen, ein anderer unter komplizierteren Bedingungen nach Osteuropa und nach Kuba.

Die sowjetischen Energie- und Brennstoffexporte nach Westen hätten Moskau in den vergangenen Jahren etwa 70 Prozent aller harten Deviseneinnahmen seiner Ausfuhr nicht-militärischer Güter gebracht, heißt es in der amerikanischen Studie weiter. Die Niedrig-Preis-Exporte sowjetischer Energie in die osteuropäischen Länder und nach Kuba ermöglichen die Industrialisierung dieser Staaten und hätten ihnen erhebliche wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Die Sowjets seien in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in gewisser Hinsicht Opfer ihrer eigenen Preis- und Handelspolitik geworden. Im RGW, so stellt die Studie fest, gebe es zu niedrige Energie- und Rohstoffpreise und relativ überhöhte Preise für Maschinen. Die amerikanischen Fachleute sehen in der Tatsache, daß die Sowjets in den vergangenen Jahren an die osteuropäischen Länder billige Rohstoffe im Austausch gegen teure Maschinen und teure technische Güter geliefert haben, auch eine politische Entscheidung. Für Moskau war die Stabilität seiner Vorfeldstaaten so wichtig, daß es sogar ungünstige Handelsbedingungen in Kauf nahm.

Jetzt aber seien die Sowjets offensichtlich durch innenwirtschaftliche Überlegungen dazu gezwungen, das faktisch „subventionierte“ sowjetische Erdöl in Richtung Osteuropa zu reduzieren. Das könne, so meint die amerikanische Studie, die sowjetische Außenpolitik erheblich beeinflussen.

Etwa 1982, so heißt es, hätten die Sowjetführer beschlossen, die Moskauer Subsidien für Osteuropa zu kürzen. Die osteuropäischen politischen Führungen hätten allen daran gesetzt, diese Reduzierungen von ihren Ländern abzuwenden und den Sowjets die politischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung klarzumachen.

In der Studie heißt es dann: „Wenn die Sowjetunion ihren wirtschaftlichen Druck auf Osteuropa weiterhin verstärkt, könnten politische Probleme in Osteuropa auftauchen, die erneut die Sowjetunion und die USA in einen Konflikt über die Frage der sowjetischen Kontrolle dieser Gebiete treiben werden.“

Mehr Geld oder weniger Arbeit heißt die Kernfrage

Zweite Tarifrunde für öffentlichen Dienst

GÜNTHER BADING, Bonn

In der heute nachmittag beginnenden zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes werden mit dem Angebot der Arbeitgeber - Bund, Länder und Gemeinden - die Weichen für den Verlauf der gesamten Tarifauseinandersetzung gestellt werden. Dabei geht es um die Frage, ob die Forderung nach mehr Geld oder nach dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche Priorität haben wird. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wird auch in diesem Jahr aufgrund ihrer Mitgliederstärke (1,2 Millionen) in den Verhandlungen wohl wieder den Ton angeben. Die ÖTV fordert fünf Prozent

Sprecher der öffentlichen Arbeitgeber ist Bundesinnenminister Zimmermann. Der Bund, die Tarifgemeinschaft der Länder und der Verwaltungskreis der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) werden heute vor-mittag die Details des Angebots festlegen. Zimmermann steht vor der Wahl, ein substantielles Angebot für mehr Lohn und Gehalt auf den Tisch zu legen und damit die Weichen von vornherein in Richtung einer „Lohn-Runde“ zu stellen, oder sich der Forderung nach mehr Geld plus mehr Freizeit zu stellen. Ersteres würde die Doppelstrategie der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies unterlaufen, die ganz offensichtlich versucht, die Forderung nach höheren Einkommen und das Verlangen nach Einstiege in die 35-Stunden-Woche „gleichzeitig“ zu behandeln. Das Angebot einer kräftigen Lohn- und Gehaltssteigerung würde zweierlei bewirken: Zum einen würde die unter dem Motto „Kampf gegen die Nullrunde“ bei der ÖTV-Mitgliedschaft geweckte Beiratschaft zum Arbeitskampf je nach Höhe des Angebots rasch verpuffen. Zum anderen müßte die ÖTV-Vorsitzende ihre Tarifkommission sehr bald befragen: Wollt ihr auf das bare Geld, das auf dem Verhandlungstisch liegt, verzichten, um eventuell einen, zwei oder auch drei der geforderten zehn freien Tage jährlich zu bekommen?

Die sogenannten „Kampfrunden“ der ÖTV, jene Bereiche, in denen ein Arbeitskampf sich niederschlagen würde, sind allerdings auch die Gruppen mit dem geringsten Einkommen - vom Arbeiter im städtischen Bauamt, zum Heizungswerker oder Busfahrer. Dieser Gruppierung, die schon auf dem Gewerkschaftstag in München lauthals „mehr Geld“ gefordert hatte, würde ein Verzicht auf real angebotene Lohnerhöhung zugunsten einer nur noch mit dem elektronischen Taschenrechner erfaßbaren Wochenarbeitszeitverkürzung von einigen Minuten täglich kaum mitmachen.

Die Dauer der Tarifauseinandersetzung kann also davon abhängen, ob es der ÖTV-Vorsitzenden gelingt, ihre Organisation zum Verzicht auf Reallohnzuwachs zu bewegen, um dafür den Ruhm zu ernten, zusammen mit den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier zu den Vorreitern bei der Wochenarbeitszeitverkürzung zu gehören. In der Vergangenheit, noch unter dem für das tatsächlich Erreichbare in Tarifrunden sehr sensiblen Vorsitzenden Heinz Kluncker, hatte es die ÖTV stets abgelehnt, in Sachen Arbeitszeitverkürzung zu den Vorreiter-Gewerkschaften zu gehören.

Planziel Retortenbabies erreicht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Selbst das nüchterne SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nahm von der liebeswerten neuen Erzeugung stolz Notiz: Fast auf den Tag zweieinhalb Jahre nach den ersten West-Retortenbabys - auch hier besteht also „DDR“-Nachholbedarf - kamen in der seit Ferdinand Sauerbruch weltberühmten Ostberliner „Charité“ die ersten Retortenkinder im anderen Teil Deutschlands zur Welt.

André und Sascha heißen die beiden kräftigen Knaben. Die Expertengruppe, die jetzt Mutter Rosemarie zum Glück verhalf, war vor vier Jahren gebildet worden. Die Anweisung, auf diesem Gebiet zu arbeiten, kam damals, wie üblich in der „DDR“, von „ganz oben“ - als Forschungsauftrag vom Gesundheitsministerium.

Zwei Tage nach dem Geburtstag der Republik kehrte der Alltag mit seinen Problemen wieder ein: In der (Öst-)Berliner Zeitung, von der SED herausgegeben, nahmen neue Planüberfüllungsverpflichtungen von Brigaden und Kollektiven fast eine komplette Seite ein.

Einkaufsreich im Erfinden neuer Vokabeln, die den starken Leistungsdruck in „DDR“-Betrieben humorvoll umschreiben, weist das Blatt auf die Arbeit nach dem „Berliner Kalender“ hin. Zum Glück nichts, was den Gregorianischen oder Julianischen Kalender ablösen soll, aber:

Wer nach dieser Vorlage rackert, muß schon am 21. Dezember sein gesamtes Jahreslohn 1984 „abrechnen“.

Wenn die von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann publizierte Zeitschrift „Militärwesen“ kürzlich forderte, aus „sozialistischen Wertvorstellungen“ müsse „auch Haß auf die imperialistischen Konfrontationspolitik“ erwachsen, illustriert die

„Volksarmee“, wie man das praktisch macht.

Sie läßt einen Blick in den von der Führung geforderten tödlichen Ernst des Dienstes der „DDR“-Grenz-soldaten zu: „Sie empfangen ihre Maschinenpistolen, Munition, das Fernglas sowie die Postentabelle. Der Diensthabe informiert sie über die Lage in ihrem Abschnitt an der Staatsgrenze und erteilt ihnen den Befehl zur Grenzsicherung“, heißt es über den Dienstantritt.

Aus der Presse von drüben

Die beiden vordringlichen Grenzen, von denen in dieser Titelblatt-Geschichte die Rede ist, haben sich der jüngsten NVA-Ertüchtungsgeschichte angeschlossen, der Initiative „Postenführer - Meister des Grenzdienstes“. Wenn vom harmlos ausgerichteten Bundesgrenzschutz die Rede ist - allemal wird er nur „Gegner“ genannt.

Von ihren Vorgesetzten hätten sie „Kenntnisse über die taktischen Kennzeichen des Gegners“ erhalten. Sie wissen nun „über die Besonderheiten des Geländes“ Bescheid, wie man eine „Stellung im Abschnitt ge-deckelt“ bezieht. Sie wetterfen, heißt es weiter, um die exakte Bestimmung einer Spur nach Alter und Bewegungsrichtung. Gemeint sind Deutsche, die im „Gegner“ eben keinen Gegner sehen, und flüchten wollen.

Jahrelang erklang in den „DDR“-Medien das hohe Lied auf die „Freundschafts-Trasse“ der Pipeline durch die UdSSR. Auch mittel-deutsche Kumpels ackern hier. Im

Japanisch-deutsches Zentrum in Berlin

Kritik aus Moskau / Finanzsenator Kunz: Dem Gerede keine Bedeutung beimessen

F. DIEDERICH, Berlin

Spätestens 1987, wenn ohnehin in Berlin die Flaggen zur 750-Jahr-Feier der Stadt gehißt werden, wird an einer der schönsten Stellen des Berliner Tiergartens ein Banner mit roter Sonne auf weißem Grund aufgezogen werden. Dort, wo 1943 Bombenangriffe ein arg beschädigtes japanisches Botschaftsgebäude zurückließen, entsteht zum runden Geburtstag der Stadt das „Japanisch-Deutsche Zentrum“, das auf dem Londoner Gipfel im Juni dieses Jahres von Bundeskanzler Kohl und dem japanischen Premierminister Nakasone vereinbart worden war.

Japan stellt Grundstück und Gebäude der ehemaligen Residenz zur

Verfügung und finanziert auch den mit 35 Millionen Mark veranschlagten Wiederaufbau. Getragen wird das neue Projekt von einer deutsch-japanischen Stiftung, die sich die Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches zwischen der Bundesrepublik und Japan zum Ziel gesetzt hat.

Als geistiger Vater des Japanisch-Deutschen Zentrums gilt der lang-jährige japanische Generalkonsul in Berlin, Taisato Cato, der Anfang Juli dieses Jahres mit einem Empfang in den Trümmern der früheren Botschaft die Absicht seines Landes unterstrich, das Gebäude wieder zu nutzen. Ursprünglich hatte Cato an ein japanisch-europäisches Zentrum ge-

dacht, diesen Plan nach vehementen Protesten der Sowjetunion zurückgezogen, da diese darin einen Verstoß gegen den Viermächtestatus Berlins sah.

Auch bei den Planungen zu dem „Japanisch-Deutschen Zentrum“ wurde ähnliche Kritik im Zusammenhang mit dem Status Berlins aus Moskau laut. „Wir messen diesem Gerede keine Bedeutung zu“, hatte Berliner Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) die Sowjets wissen lassen und festgestellt, das Zentrum werde von einer Stiftung nach deutschem Recht getragen, deren Gremien paritätisch von Deutschen und Japanern besetzt werden sollen.

Die Marke Ihres Erfolgs

BAUME & MERCIER

GENEVE 1830

Quarz, wasserdicht, Vollgold, 4 Größen für Damen und Herren

Quarz, wasserdicht, Stahl-Gold, als Damen- und Herrenuhr

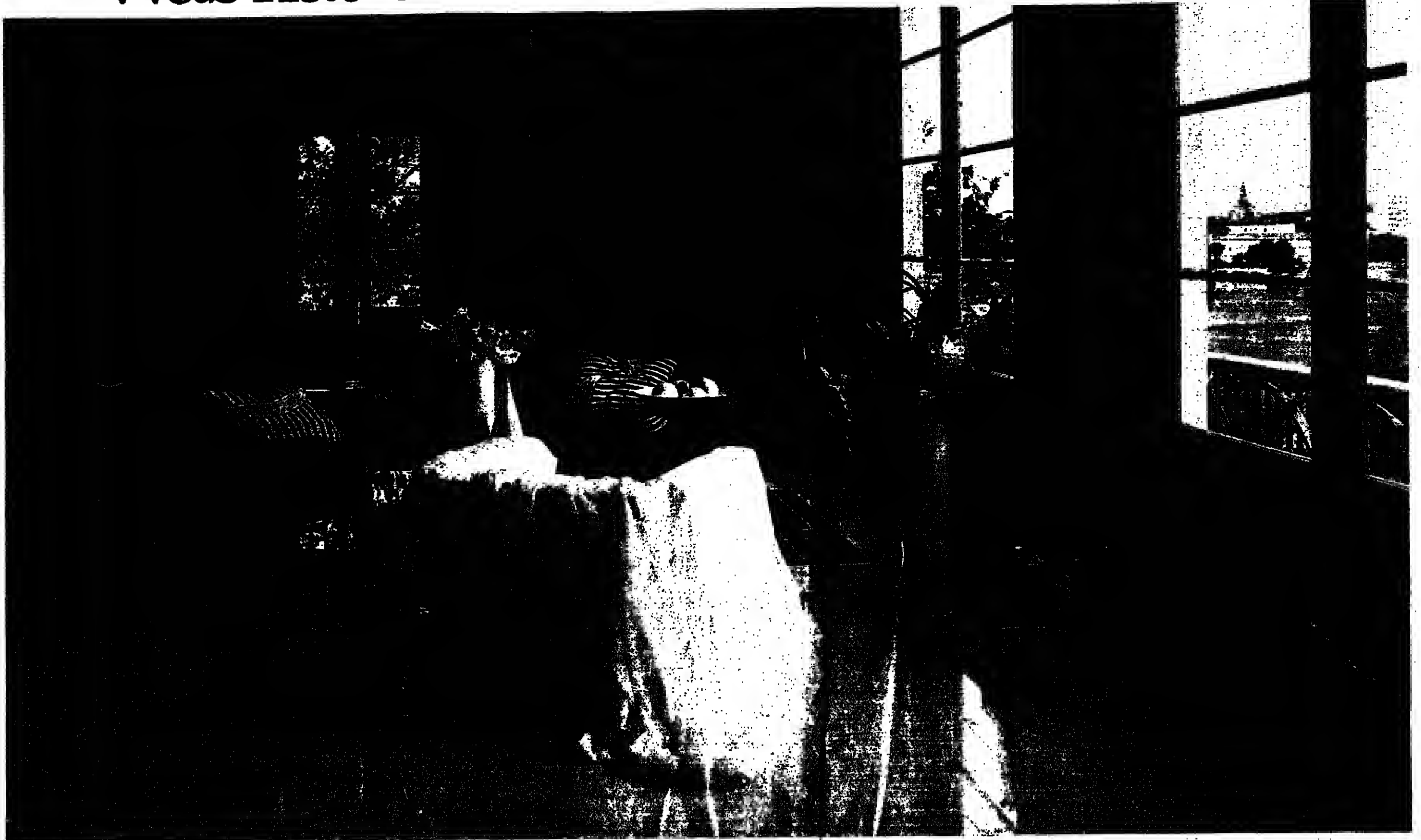
Quarz, wasserdicht, Stahl, 4 Größen für Damen und Herren

Verkaufsnachweis und Farbbroschüre erhalten Sie durch:

BAUME & MERCIER GmbH

Postfach 639/W - 6050 Offenbach/Main

Was hat Geschmack mit Geld zu tun?



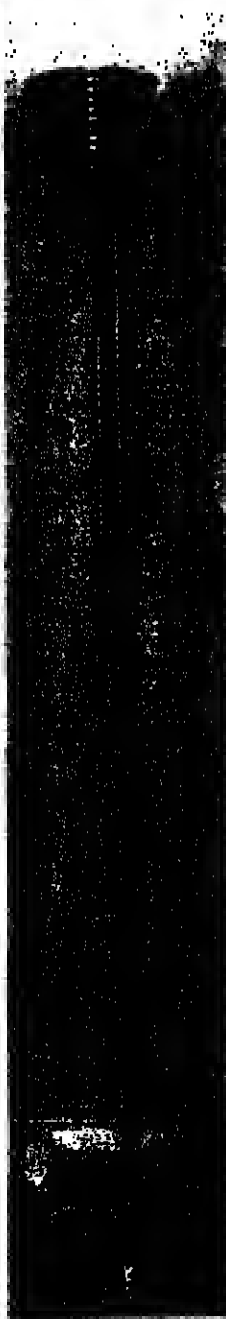
MOMENT Sofa für 556.- DM. Gibt es in vielen verschiedenen Farbkombinationen. Modernes Design. Typisch IKEA. SKANS Couchtisch in Weiß oder Schwarz, mit Spiegelglas oder lackierter Platte ab 89.- DM.



Bei IKEA finden Sie Textilien für die ganze Wohnung. Alles – von Bettwäsche über Gardinen bis hin zu Wachtuch als Meterware. Einfarbig oder gemustert.



Einen besser sortierten Cook-Shop als in IKEAs Boutique muß man suchen. Die Marmarschalen auf dem Bild kosten z.B. nur 25.- DM pro Stück.



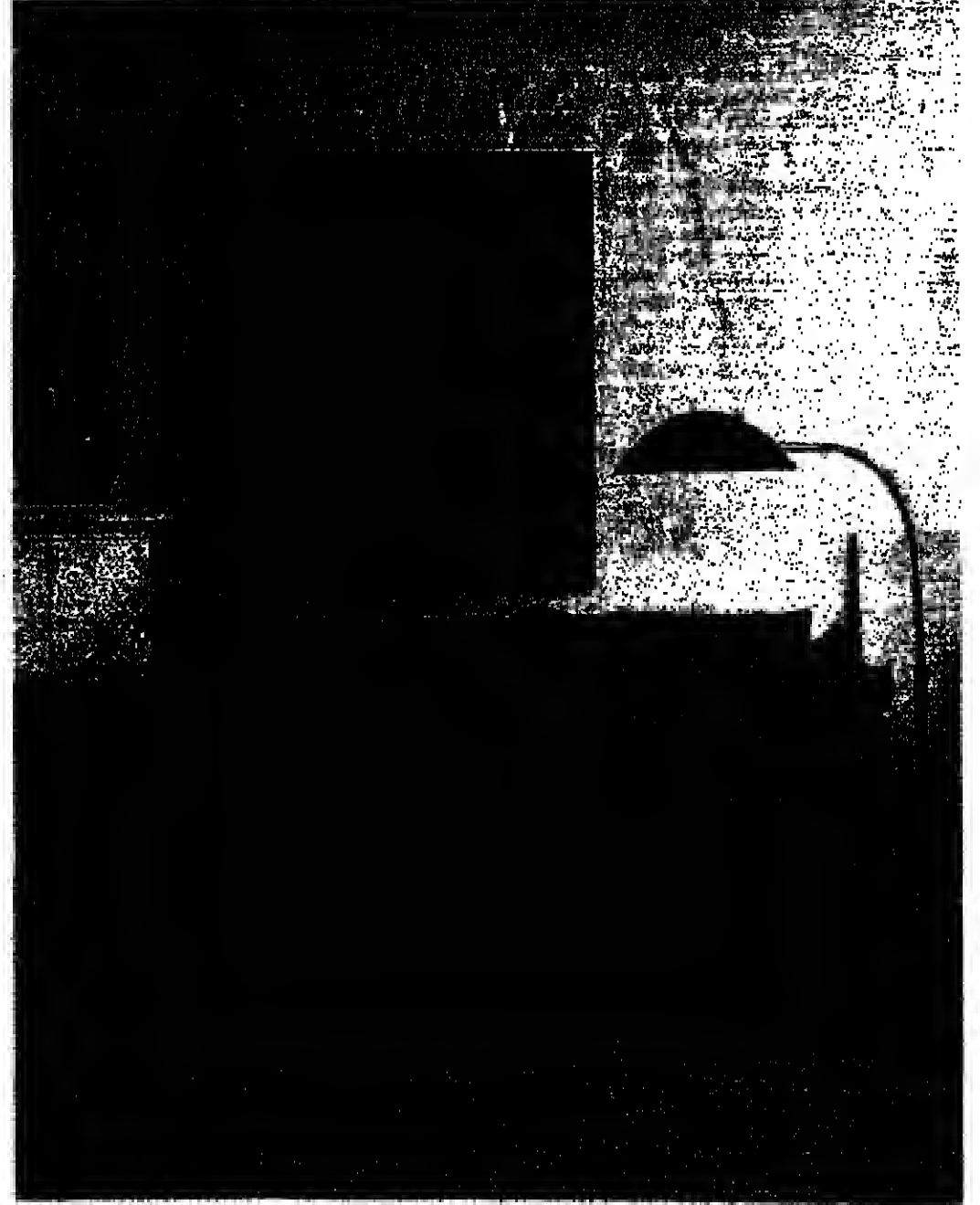
Design à la IKEA. SNITT 59.- DM.



Klassisches Design zum niedrigen Preis. Caféhausstuhl DORA 45.- DM. DORA Tisch für 56.- DM.



Möblieren mit Licht. Eine hübsche und preiswerte Art. Die PYRAMID Lampe kostet 85.- DM.



Bei IKEA gibt es Sofas aus hochwertigem Leder. Zu typischen IKEA-Preisen. Sofa TYLOSAND kostet 1.750.- DM.

IKEA verkauft schöner wohnen auf eine andere Art und Weise.

Wir meinen nämlich, daß schön nicht unbedingt teuer sein muß.

Und billig muß nicht unbedingt schlechte Qualität heißen. Wir verkaufen modernes, schwedisches Design mit Qualität. Klein verpackt.

Das hilft uns, Lager- und Transportkosten zu senken.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität. Unsere Möbelhäuser liegen außerhalb der Stadt, weil

dort die Mieten billiger sind. Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Das kann doch unmöglich stimmen!

"Möbel mit gutem Design und guter Qualität wie in dieser Anzeige können nicht so preiswert sein, nur weil IKEA Kosten spart." Richtig! Am meisten sparen Sie selbst: Sie nehmen die Möbel aus unserem Lager selbst mit, bringen sie selbst nach Hause und bauen sie selbst zusammen.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Und schon am Abend genießen Sie schöner wohnen. Zu einem vernünftigen Preis.

Geschmack steckt also nicht im Portemonnaie.



Mehr Geschmack als Geld.

Heseltine: Labour ignoriert Gefahr aus dem Osten

WILHELM FURLER, Brighton

Der zweite Tag der Jahreskonferenz der britischen Konservativen in Brighton wurde von der Verteidigungs-Debatte und der anschließenden, mit einer stehenden Ovation bedachten Rede von Verteidigungsminister Heseltine beherrscht. Sämtliche Sprecher attackierten während der Debatte die Sowjetunion und deren hartnäckige Haltung, „sinnvolle Abrüstungsgespräche“ zu blockieren. Auch die Labour-Partei wurde heftig dafür kritisiert, mit ihrem einstimmigen Parteitag-Beschluss für eine einseitige, nukleare Abrüstung die Bedrohung aus dem Osten einfach zu ignorieren.

Heseltine ließ ein regelrechtes Bombardement auf die Befürworter einer einseitigen Abrüstung niedergehen. Wie würde, so fragte er, die Bundesrepublik Deutschland reagieren, wenn sie in ihrer direkten Bedrohung durch die Sowjetunion alleine gelassen würde. Es gäbe keine europäische Streikkraft auf konventioneller Basis, die einem Angriff des Ostens mit nuklearen und chemischen Waffen Widerstand leisten könnte. Wie sollten darüber hinaus die USA Verantwortung für Europa tragen wollen, „wenn wir selbst sie nicht auch zu tragen bereit sind“.

Den „Anti-Nuklear-Befürwortern“ erklärte Heseltine, daß der Friede in Europa nicht an einem einzigen Tag seit der Stationierung nuklearer Flugkörper gefährdet gewesen sei. Weil die Labour-Partei die Bedrohung durch den Ostblock ignoriere, sei sie selbst „eine Bedrohung zu Hause“. Mit seiner Rede hat sich Heseltine einmal mehr als möglicher Nachfolger von Premierministerin Thatcher nach ihrem Rücktritt in einigen Jahren empfohlen.

In einer Nebenpassage ging er auch auf die Vorwürfe der Opposition ein, Frau Thatcher habe während des Falkland-Krieges unnötigerweise die Versenkung des argentinischen Kriegsschiffes „Belgrano“ angeordnet. Heseltine machte in Brighton unmissverständlich klar, daß das argentinische Kriegsschiff Kurs auf britische Flottenverbände genommen habe, und daß jede andere Entscheidung des Kriegskabinetts „unverantwortlich“ gewesen wäre.

Große Beachtung fanden in Brighton die Debatten über eine Senkung der Gemeindesteuern und deren angestrebte Abschaffung sowie über den Drogen-Mißbrauch. Der für die Gemeindefinanz zuständige Minister Jenkin mußte eingestehen, daß die Suche nach einer Alternative für die von den einzelnen Gemeinde-Verwaltungen festgelegten Steuersätze ergebnislos geblieben sei. Doch werde das Verhalten der Gemeinden bezüglich ihrer Einnahmen und Ausgaben künftig strenger kontrolliert. Labour-regierte Gemeinden, die sich zur Wehr setzen wollten, müßten mit gerichtlichen Schritten rechnen.

Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium kündigte neue Gesetze zur Eindämmung des Drogen-Mißbrauchs an. Händler von harten Drogen hätten künftig lebenslange Gefängnis-Strafen zu erwarten. Außerdem würden spezielle „Drogen-Einheiten“ bei der Polizei eingerichtet.

Paris will bis Juli 1985 Eingreiftruppe aufstellen

Entscheidung Mitterrands / Wehretat verabschiedet

A. GRAF KAGENECK, Paris
Frankreichs Streitkräfte werden 1985 mehr Panzer, Hubschrauber und Kanonen erhalten als ursprünglich vorgesehen, dafür aber weniger Manöver abhalten können und beim Einziehen von Rekruten den Gürtel enger schnallen müssen. Das ist die Quintessenz des Kommentars, den Verteidigungsminister Charles Hernu wenige Stunden vor seiner Reise nach Jugoslawien und Jordanien zu seinem Wehrhaushalt 1985 abgab.

Hernu gab zu, daß die Austeritätspolitik der Regierung Fabius zum ersten Mal auch voll auf den Verteidigungshaushalt durchgeschlagen habe, ohne jedoch die im Fünfjahres-Rüstungsplan (1983/1988) gesteckten Ziele zu gefährden. Das Budget in Höhe von 150,2 Milliarden Franc (rund 50 Milliarden Mark) bedeute eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 5,7 Prozent, während die Etats anderer Ressorts erheblich geringer ausgefallen seien als 1984. Daran errechnet der Verteidigungsminister eine reale Steigerung von 2,2 Prozent trotz einer kalkulierten Inflationsrate von 5,2 Prozent für 1985, was von den Kommentatoren indes entschieden bestritten wird. Diese errechnen statt dessen einen Realverlust an Krediten von drei Prozent.

Wie dem auch sei, Hernu bestand darauf, daß die Truppe im nächsten Jahr mehr moderne Ausrüstungsgegenstände erhalten werde als im laufenden Jahr, so beispielsweise 213 (statt 152) AMX-Kampfpanzer der modernisierten Version B2. Die seit einem Jahr in Angriff genommene Aufstellung einer „schnellen Eingreif-Streittruppe“ (FAR) soll bis zum Juli 1985 abgeschlossen sein. Sie wird dann neben einer Luftlande-, einer Alpenjäger-, einer Marine-Infanterie- und einer Panzerdivision auch über eine „Aeromobile Division“ (DAM) verfügen und insgesamt mit 220

Kampf- und Panzerabwehrhubschraubern, 180 leichten Radpanzern, 80 Geschützen, 120 schweren Mörsern und mehr als 500 Panzerabwehr-Raketen HOT und Milan ausgestattet sein.

Hernu deutete an, daß es sich bei der Aufstellung dieser Truppe um eine „operationelle Entscheidung“ von Staatschef Mitterrand persönlich gehandelt habe und ihr Vorrang vor gewissen anderen Rüstungszielen eingeräumt worden sei. Der Minister erläuterte vor der internationalen Presse noch einmal die Aufgabe dieser Truppe: „Extrem mobil, für mehrere Zwecke einsetzbar, ausgestattet mit großer Feuerkraft und mit einer Taktik versehen, die auf Überraschung und Zerstörung des Gegners aus ist, ist die FAR nicht nur ein ergänzendes Element unserer nuklearen Abschreckung, sondern Ausdruck unserer Solidarität mit unseren Alliierten und Freunden, sei es in Europa oder in Übersee.“ Hernu wies jedoch darauf hin, daß die FAR keine „prädestinierten Einsatzorte“ habe und ihr Einsatz von einer letzten Entscheidung der Regierung abhängen, daher für den Gegner nicht kalkulierbar sei und damit „ein zusätzliches Abschreckungselement“ darstelle.

Vorrang hat im Haushalt 1985 wie in allen vorhergehenden Wehrbudgets Frankreichs seit 1962 der Ausbau der nuklearen Abschreckung, für den das Land im kommenden Jahr 23,5 Milliarden Franc ausgeben wird. Hauptpunkt ist die Indienststellung des sechsten Atom-U-Boots „Inflexible“, welches als erstes 16 Raketen des neuen Typs M4 mit je sechs Sprengköpfen im Megatonnenbereich und einer Reichweite von mehr als 4000 Kilometer tragen wird. „Damit halten wir die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung aufrecht“, sagte Hernu.

Islamische Steuerreform im Sudan

dpa/VWD, Khartum

In Sudan ist Ende September eine Steuerreform in Kraft getreten, die als Bemessungsgrundlage der Besteuerung nicht mehr einen Prozentsatz von Einkommen oder Gewinn vorsieht, sondern den Besitz. Das neue Steuersystem orientiert sich an einer Koranvorschrift, die das Almosen regelt, und heißt daher auch Zakat (Almosen). Es soll mehr als 20 bisher geltende Steuerarten ersetzen.

Wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln gestern berichtete, werden in dem neuen System von einem noch näher zu bestimmenden Wohlstandsniveau an Sach- und Kapitalvermögen den Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Auf die Differenz wird dann ein einheitlicher Steuersatz von 2,5 Prozent erhoben. Bei Überschreitung eines ebenfalls noch festzulegenden Wohlstandsniveaus erhöht sich dieser Satz in der Regel um weitere 2,5 Prozent.

Bei Unternehmen wird diese Steuer auch dann fällig, wenn sie Verluste machen. Erzielen sie Gewinne, müssen sie mit weiteren 2,5 Prozent Steuersatz rechnen; bei als „sehr hoch“ bezeichneten Gewinnen erhöht sich dieser Satz noch einmal. Demgegenüber wurden unter dem bisher geltenden Steuersystem Unternehmensgewinne mit bis zu 65 Prozent besteuert.

Auch für persönliche Einkünfte gilt der Zakat-Satz von 2,5 Prozent. Investitionen sollen künftig einer „Entwicklungssteuer“ von zehn Prozent unterliegen, der Bergbau (einschließlich Erdöl) einer Besteuerung des Produktionswertes von 20 Prozent.

Aus Kreisen der Geschäftswelt wurde die Befürchtung geäußert, daß der von der Gewinnsituation unabhängige Besteuerungsmodus einige Unternehmen in ernste Schwierigkeiten bringen könnte.

Madrid zwingt sich zu klarem Ja zur NATO

Die Bevölkerung ist dagegen / Es bleibt beim EG-Junktim

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Wenn es so weit ist, werden wir, Regierungspartei und Opposition, schon dafür sorgen, daß die Ratifizierung des spanischen EG-Beitritts sehr rasch über die Bühne des Bundestages gehen wird. Das dürfte dann auch andere EG-Mitglieder stimulieren.“ Mit dieser Versicherung quittierte Bundespräsident Rainer Barzel bei seinem Besuch in Madrid die dankbare Genußnahme, die ihm seine Gesprächspartner, König Juan Carlos, Ministerpräsident Felipe González und Parlamentspräsident Gregorio Peces-Babba für die feste Haltung der Bonner Regierung in der Frage des spanischen EG-Beitritts entgegenbrachten.

Barzel: „Bonn gilt in Spanien bei der Verwirklichung des historischen Wunsches, endlich aus der Isolierung herauszutreten, als der Motor.“

Wichtigstes Gesprächsthema in Spanien war auch die NATO. Angesichts der entschiedenen Haltung der Bundesregierung in der EG-Frage fand sich sogar der spanische Außenminister Fernando Morán zu positiven Äußerungen über den Verbleib Spaniens in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft bereit. Morán, der eigentlich eine „sozialistische Außenpolitik“ betreiben wollte und in der Opposition den NATO-Beitritt von 1982 mit aller Kraft zu verhindern suchte, sagte zu den Mitgliedern der Bundesdelegation: „Natürlich werden wir nach der Aufnahme in die Gemeinschaft auch anderen Verpflichtungen nachkommen.“ Gemeint war der NATO-Beitrag.

Diese positive Stellungnahme aus dem Munde des Außenministers ist ein Anzeichen dafür, daß die Regierung González die versprochene Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO nicht mehr verhindern will oder kann und diese deshalb positiv beeinflussen wird. Morán aller-

dings sprach sich bei einer anderen Gelegenheit am Dienstag für die „französische Lösung“ aus.

Der Widerspruch zur Form der NATO-Mitgliedschaft innerhalb der spanischen Regierung ist geblieben. Fest steht, daß in Spanien die „Politiker für die NATO-Mitgliedschaft und die Mehrheit der Bevölkerung aus völliger Unkenntnis der Dinge gegen sie eingestellt sind“, wie ein christdemokratischer Abgeordneter meinte.

Nun wird González voraussichtlich am 23. Oktober nach zwei Jahren sozialistischer Regierung einen Lagebericht vor dem Parlament abgeben. Innenpolitisch gestärkt von dem soeben mit dem Unternehmerdachverband und der sozialistischen Gewerkschaft abgeschlossenen Wirtschafts- und Sozialpakt kann er auch die außenpolitische Position seiner Regierung, das heißt auch die Position zur NATO-Mitgliedschaft, festlegen.

Regierungskreise erwarten, daß sich González zur NATO-Mitgliedschaft bekennen. Aus Äußerungen aus dem Verteidigungsministerium dürfte dies auch der Anfang für den Weg in die militärische Struktur – das Kernstück der NATO – bedeuten. Voraussetzung allerdings ist der sichere EG-Beitritt.

Sehr viel wird bei dem Referendum von der Haltung der bürgerlichen Wähler abhängen. Sie teilen nicht die Meinung ihrer Politiker und denken nicht daran, mit einer positiven Stellungnahme den sozialistischen Regierungschef zu stützen.

So erscheint es durchaus möglich, daß sich nur ein geringer Teil der Bevölkerung an der NATO-Abstimmung beteiligen wird. Die Entscheidung der NATO-Gegner der Linken und die entschiedenen Verfechter der Regierung González, der sich nun einmal für die NATO einsetzt. Unter diesem Aspekt kann eine Mehrheit für die NATO herauskommen. (SAD)

Geldstrafen für Scargill und seine Gewerkschaft

dpa, London

Der Führer der militanten britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, und seine Organisation sind gestern in London wegen „Mißachtung von Gerichten“ zu Geldstrafen verurteilt worden. Scargill muß 1000 Pfund (etwa 3800 Mark), und seine Organisation soll 200 000 Pfund (etwa 760 000 Mark) zahlen. Die innerhalb von 28 Tagen zu begleichenen Bußen sind ergangen, da Scargill und andere führende NUM-Mitarbeiter angeklagt hatten, sie würden gerichtliche Streikverbote in zwei Kohlereviere mißachten. Das Verfahren gegen Scargill war von zwei arbeitswilligen Bergleuten eingeleitet worden.

Der Richter erklärte in seiner Urteilsbegründung: „Eine große und mächtige Gewerkschaft mit einer breiten Mitgliedschaft hat sich selbst über das Gesetz gestellt.“ Er sprach auch von „absichtlichem Ungehorsam“. Dieses Verhalten könne nicht strafflos bleiben. Von einer Gefängnisstrafe für Scargill sah der Richter ab.

Jugoslawien: Todesstrafe beantragt

rtt, Belgrad

Die Staatsanwaltschaft in der jugoslawischen Stadt Pristina hat nach Belgrader Zeitungsberichten in einem Prozeß gegen elf albanische Separatisten in mehreren Fällen die Todesstrafe beantragt. Das Gericht in der Hauptstadt der Provinz Kosovo wird voraussichtlich heute die Urteile verkünden. Der Anklage zufolge sind die elf Angeklagten Mitglieder einer albanischen Nationalistengruppe, die zwischen 1981 und 1984 in Pristina 14 Sprengsätze gelegt habe, hieß es weiter.

In Kosovo, einer der ärmsten Regionen Jugoslawiens, leben in der Mehrheit Albaner. Bei Unruhen im Frühjahr 1981 waren mindestens neun Personen getötet worden. Seither wurden mehr als 600 Personen wegen Beteiligung an den Unruhen oder der Gründung albanischer Separatistengruppen festgenommen.

Frankreich-Reise des Bundespräsidenten

v. K. Paris

Krönung der Aussöhnungsfeier zwischen Deutschen und Franzosen in Verdun wird der Staatsbesuch sein, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 6. bis 11. November Frankreich abstattet. Protokollarisch sind sich beide Seiten jetzt über den Ablauf der fünftägigen Reise des Gastes durch Frankreich einig geworden. Von Weizsäcker hält sich zwei Tage lang in der Hauptstadt Paris auf, wo er mit Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Fabius, Senatspräsident Poher und dem Bürgermeister von Paris, Chirac, zusammentrifft. Danach wird der Bundespräsident Grenoble und Toulouse besuchen. Letzte Station ist Lille mit einer Besichtigung der ersten vollautomatischen Untergrundbahn und einem Besuch des Geburtshauses von General de Gaulle.

Der Papst läßt ein Volk kurze Zeit seine Sorgen vergessen

Von WERNER THOMAS

In der Dominikanischen Republik kleben Papst-Poster an den Palmen, die den 26 Kilometer langen Weg vom Flughafen zur Hauptstadt Santo Domingo säumen. Privatfirmen lassen in der Rundfunkwerbung grüßen: „Willkommen, Botschafter des Friedens“, die Regierung appelliert an die Bevölkerung in Zeitungsanzeigen, dem Gast eine herzliche Demonstration der „Einigkeit“ zu bieten.

Papst Johannes Paul II. wird heute zum zweiten Mal in der Dominikanischen Republik erwartet, um die acht Jahre dauernden Feiern von „500 Jahren Evangelisierung“ des amerikanischen Kontinentes zu eröffnen. Für den Präsidenten Salvador Jorge Blanco kommt dieser Besuch wie bestellt: Das Ereignis lenkt vorübergehend von den Problemen seines Landes ab.

Der sozialdemokratische Politiker hat schwierige Monate hinter sich. 54 Menschen starben im April in den Straßen Santo Domingos, als drastische Preiserhöhungen zu blutigen Demonstrationen führten. Die tragi-

schen Zwischenfälle lösten einen tiefen Schock aus, von dem sich die karibische Nation bis heute nicht erholt hat. Die Angst grassiert, daß die noch nicht geheilten Wunden mit neuen Austeritätsmaßnahmen wieder aufbrechen. Politische Beobachter registrieren noch immer eine explosive Situation.

Blanco (58), trat bei seiner Amtsübernahme vor zwei Jahren ein schweres Erbe an. Er erinnert sich: „Schulden, leere Kassen, keine Kredite in Sicht.“ Eine hittere Rezessionsphase, begleitet von niedrigen Preisen für Zucker, das wichtigste Exportprodukt, schüttelte die Republik. Der neue Präsident rief trotz Kritik linker Kreise den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Hilfe, der striktes Sparen verordnete.

Um einen auf drei Jahre verteilten Kredit von fast einer halben Milliarde Dollar zu erhalten, mußte der Präsident Steuern und Preise erhöhen, Löhne und Subventionen kürzen, das Haushaltsdefizit zusammenstreichen und den Peso-Kurs freigeben. Als er nicht alle Auflagen erfüllte, verweigerte die Washingtoner Behör-

de Anfang des Jahres die Zahlung der zweiten Tranche. Blanco setzte seinen Austeritäts-Kurs fort. Er erhofft sich bald wieder den Segen der IWF-Inspektoren. Im August wagte er sogar die Erhöhung der Benzinpreise. Das Land blieb diesmal ruhig.

Santo Domingo, die älteste Stadt des amerikanischen Kontinentes (in der imposanten Kathedrale liegen die Gebeine von Kolumbus) zeigt die

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Spuren der Krise. An der Geschäftsstraße El Conde wimmelt es von Geldhändlern, die für einen Dollar bereits drei Pesos bieten, der offizielle Kurs liegt bei 1:1. Die Restaurants entlang des Boulevards Malecon wirken leer als sonst. Kinder betteln. 700 000 der einhalb Millionen Einwohner hausen in Slumvierteln.

Der studierte Jurist Salvador Jorge Blanco, nach Ansicht der meisten Gesprächspartner ein schwacher und farbloser Präsident, jedoch ein integrierter und ehrlicher Politiker, kämpft

zudem gegen die eigene Partei. Die „Dominikanische Revolutionspartei“ (PRD), seit 1978 an der Regierung, bietet ein desolates Bild der Zerstreuung. Sie ist in drei Fraktionen gespalten, die von Blanco, dem Senator Jacobo Majluta und Santiago linksgerichteten Bürgermeister José Francisco Pena Gómez kontrolliert werden, einem Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale. Im August gab es gar zwei Senatspräsidenten der PRD, einer davon war Majluta.

Wenn der erbitterte Blanco-Gegner Majluta, der im Senat oft die Gesetzesvorlagen der Regierung blockiert, Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im Mai 1985 werden sollte, droht den Sozialdemokraten eine Spaltung.

Die „Selbstzerfleischung“ der PRD – so ein Diplomat – führte zu einer anachronistischen Situation. Zwei Veteranen der schen Politik, beide Expräsidenten und angesehene Schriftsteller, Joaquín Balaguer (73), und Juan Bosch (74), ringen wieder einmal um die Macht.

Bosch, Gründer der PRD und heu-

te Führer der weit links stehenden Dominikanischen Befreiungspartei (PLD), hat zwar geringe Chancen, die Wahlen in zwei Jahren zu gewinnen. Seine Bewegung kann jedoch die zweite politische Kraft im Land werden. Der fast erblickte Balaguer, der sich mit seiner Reformpartei (PR) von einer rechten Position zur Mitte entwickelte und heute christdemokratische Standpunkte vertritt, gilt als Favorit der nächsten Wahlen.

Eines der einst unruhigsten Länder Lateinamerikas, in der 31 Jahre lang (1930 bis 1961) einer der berühmtesten Diktatoren des Subkontinentes herrschte, Rafael Trujillo, ist heute ein demokratisches Musterbeispiel. Die Militärs bekundeten stolz ihre Verfassungstreue.

Die 5,6 Millionen Einwohner der Dominikanischen Republik schimpfen wohl über die Wirtschaft, den Präsidenten und die Regierungspartei. Sie sind jedoch auch stolz, in einer freien Nation zu leben. Hier gibt es keine politischen Häftlinge. Hier wird keine Presse zensiert. (SAD)

Lesetip der Woche



„Zurück zur Natur“ hieß einst die Devise der jüdischen Siedler, aber längst ist der Kibbutz nicht mehr das bäuerliche Idyll. Die heutigen Kibbutzim sind hochspezialisierte und hochproduktive landwirtschaftliche Großbetriebe. Aus dem Hühnerhof wurde Broilerproduktion. Zwei Leute reichen, um 50 000 Küken schlachtreif zu mästen.

Diese Woche im ZEITmagazin

Die Farm des Neuen Menschen

Dieter E. Zimmer über den Kibbutz, ein „natürliches Verhaltenslaboratorium“

Was geschieht, wenn keine materiellen Anreize mehr zur Leistung locken, Arbeit sich nicht mehr in Bargeld auszahlt? Was wird aus den Unterschieden zwischen den Menschen, wenn alle das gleiche besitzen und die gleiche Erziehung erhalten? Lassen sich die unsocialen Charakterzüge des Menschen ausmerzen, wenn die Kinder nicht mehr in der Enge einer Kleinfamilie aufwachsen? Verschwindet die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, wenn nicht die Frau mehr ihre Hausfrauenrolle fesselt? Es sind dies einige der Fragen, alt und immer wieder neu, die Sozialutopisten aller Spielarten bewegen, wenn sie vom Neuen Men-

schen in besserer Gesellschaft träumen. Gewöhnlich bleiben diese Fragen offen, die aus ihnen abgeleiteten Vorschläge im Konjunktiv. Darum auch sind sie unsterblich. Seltsamerweise ist wenig bekannt, daß etliche dieser Träume durchaus in die Tat umgesetzt wurden und sich täglich dem Test der Wirklichkeit stellen: im Kibbutz. Im Kibbutz läßt sich studieren, was herauskommt, wenn einige der gesellschaftlichen Bedingungen, die man in Verdacht hat, pathogen zu sein, tatsächlich und ernstlich und dauerhaft verändert werden. Er ist, was man ein „natürliches Verhaltenslaboratorium“ genannt hat, ein Labor

auch zur Prüfung der Haltbarkeit mancher utopischen Vorstellung. Das ist natürlich nicht sein Daseinszweck. Für seine Menschen ist er die Lebensform, die sie sich gewählt haben, ihr ganzes und einziges Leben, nicht ein Experiment zur Klärung von irgend jemandes theoretischen Fragen. Aber die Außenstehenden können ihn auch als ein solches Experiment sehen. So begleitet ihn denn auch seit etwa drei Jahrzehnten eine sehr umfangreiche anthropologische, soziologische, psychologische Forschung.

Lesen Sie den ersten Teil von Dieter E. Zimmers Serie diese Woche im ZEITmagazin

Die „DDR“ setzt wirtschaftliche Öffnung zu China zielstrebig fort

Peking wünscht Technologie-Transfer, nicht Aufbauhilfe / Rege Reise-Diplomatie

T. W. KRAUEL, Bonn
Die Führung in Ost-Berlin zeigt keinerlei Scheu mehr, von Moskau beim Umgang mit Estland zu erappt zu werden. Zwar schickte Peking zum „Nationalfeiertag“ der „DDR“ keinen Vertreter. Doch sein Glückwunschtelegramm erschien im

ten Jahren. Das stimmt. Ungesichert der zeitweiligen Abkühlung zwischen Peking und Moskau setzt die „DDR“ ihre seit über zwei Jahren eingeleitete Öffnung zu China vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zielstrebig fort, und Peking scheint im Verlauf dieser Entwicklung de facto von seiner Propagierung der deutschen Einheit abzurücken.

Krönung dieser Entwicklung bildete der Auftritt des Politbüromitglieds Egon Krenz am vergangenen Montag auf dem Ost-Berliner Empfang zum Peking Nationalfeiertag. Zuvor hatte das SED-Zentralkomitee „normale Beziehungen auf gegenseitig annehmbarer Grundlage, die nicht zu Lasten Dritter gehen“, empfohlen – die Unterstützung für Vietnam ist noch nicht vergessen.

Erstmals seit mehr als zwanzig Jahren nahm damit ein Politbüromitglied an dieser Veranstaltung teil, dazu mit dem Chef des gesamten Sicherheitsbereichs einer der Mächtigsten dieses Gremiums und, als besonderer Gäste, kein Minister mit Politbürostatus, sondern ein reiner Parteifunktionär – sieht man von seinem Sitz im „Staatsrat“ ab.

Denn die Beziehungen auf Parteebene waren seit dem Bruch zu Beginn der sechziger Jahre erloschen, und noch heute meidet der oberste Parteifunktionär Ost-Berlin, ZK-Sekretär Günter Mittag, jede Begegnung mit chinesischen Gästen, und seien sie so ranghoch wie Chen Muhua, Politbürokandidat und Außenhandelsminister ihres Landes, die Ende September an die Spree reiste – so wichtiger Besuch aus China hatte die „DDR“ seit dem Mauerbau noch nie beherbergt.

Beide Seiten signalisierten ein auf zehn Jahre angelegtes Wirtschaftsaufkommen und vereinbarten die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses.

Für die ehrgeizigen Ziele der „DDR“ – die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit soll nach den Worten des „DDR“-Wissenschaftsministers Weiz „praktisch alle Bereiche der Volkswirtschaft“ umfassen – bestehen damit die gleichen institutionellen Rahmenbedingungen, wie China sie mit allen Ostblockstaaten

im Laufe dieses Sommers eingerichtet hat. Einzige Ausnahme bildet die UdSSR.

Allerdings stellte Peking seine Bedingungen: Keine „brüderliche Aufbauhilfe“ mehr, sondern Technologietransfer.

Die neugewonnene gegenseitige Wertschätzung wird trotz mancher Hindernisse mit kleinen Aufmerksamkeiten demonstriert. Als die spektakuläre Besuchsabgabe des sowjetischen Vizepremiers Archipow Anfang Mai den „DDR“-Vizeaußenminister Krokowski sozusagen in flagranti erwischte – er befand sich gerade in Peking –, dachte der „DDR“-Emissär nicht daran, nach Ost-Berlin zurückzukehren.

Im Gegenteil: Tags darauf suchte das SED-ZK-Mitglied Chinas Außenminister Wu Xueqian zu einem „freundschaftlichen“ Gespräch auf und besichtigte anschließend, im Westen nur wenig beachtet, ausgerechnet die kapitalistische Wirtschaftssonderzone Shenzhen bei Hongkong, Paradeprodukt des neuen Kurses unter Deng Xiaoping. Wenige Tage später landete dann noch „DDR“-Schwerindustrie Minister Kersten in Peking.

Auch Peking schmeichelte seinen „DDR“-Handelspartnern. Ende Juni vermachte Chinas Postminister Wen Minsheng seinen „DDR“-Antikollegen gleich seinem Gesprächspartner Schwarz-Schilling nur am Rande des UNO-Weltpostkongresses in Hamburg zu treffen. Vielmehr fuhr er nach Kongressabschluss direkt über den Grenzübergang Gudow per Dienstwagen als offizieller Staatsgast nach Ost-Berlin.

Ein hoher Vertreter der Peking Akademie der Wissenschaften schließlich ließ sich Ende September die „Staatsgrenze am Brandenburger Tor“ zeigen. Im Hinblick auf westliche Empfindlichkeiten ist das der sensibelste Protokollpunkt, den Ost-Berlin zu vergeben hat.

Nur wenige Besucher außerhalb des Ostblocks machten bisher von diesem Angebot Gebrauch. China entschloß sich zum Kompromiß: Ein Wissenschaftler, aber an der Mauer am Brandenburger Tor, Ostseite.

Das Wirtschaftliche beschränkt bleiben. Der Bericht des Ministeriums fordert auch geduldige Bemühungen zur Erneuerung des Dialogs mit der Sowjetunion auf verschiedenen Ebenen. Dabei müsse die Territorialfrage der von den Sowjets besetzten und von Japan beanspruchten Inseln gelöst und ein Friedensvertrag mit Moskau abgeschlossen werden.

Auch das Verhältnis zu Nordkorea sei verbesserungsbedürftig. Außenminister Abe deutete schon kürzlich an, daß Japan in Bälde das nach dem Bombenanschlag von Rangun – bei dem mehrere südkoreanische Minister umkamen – gegen Pjöngjang verhängte Embargo aufheben werde.

Trotz der Auflockerung gegenüber dem Osten unterstreicht das Blaubuch die Bedeutung, die der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Demokratien zukommt.

Eckpfeiler der japanischen Außenpolitik blieben die engen Beziehungen zu den USA. Der Sicherheitsvertrag mit den USA gewährte eine angemessene Verteidigung der japanischen Inseln. Japan bemühte sich, seine Abwehrkraft im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Schranken zu verbessern. Die Sicherheit der Nation sei aber durch militärische Mittel allein nicht zu erreichen.

(SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Natur und Tempolimit

Als Berufspendler mit täglichen Fahrstrecken von 130 km und fast 30-jähriger Fahrpraxis fällt mir auf, daß beim Thema Waldsterben und Umweltverschmutzung durch Autoabgase immer nur die Pkw-Fahrer in die Schußlinie geraten. Es werden Anlagen zur Reduzierung der Schadstoffe und in letzter Zeit auch wieder häufiger Geschwindigkeitsbegrenzungen verlangt.

Jeder Kraftfahrer weiß aber, daß ein Großteil der Abgasbelastungen dem Lkw-Verkehr zugeschrieben werden kann. Wer hat noch nicht hinter mit viel zu hohen Geschwindigkeiten daherrasenden Lkw die Abgasschwaden der PS-starken Lkw-Dieselmotoren „genossen“?

Auf Autobahnen fahren 90 Prozent aller Lkw mit 30 Prozent überhöhter Geschwindigkeit (Zul. 80 km/h) und bringen damit Emissionswerte zustande, die für die Allgemeinheit untragbar sind. Besonders auffällig verhalten sich hier Lkw der Nachbarländer Niederlande und Belgien.

Von Seiten der Polizei finden keine Überprüfungen statt, und der Druck auf die Lkw-Fahrer seitens der Führerunternehmer läßt wohl keine Änderung zum Wohle der Allgemeinheit erwarten.

Hier ist meines Erachtens der Gesetzgeber gefordert, die Geschwindigkeitsvorschriften für Lkw härter zu reglementieren und auf deren Einhaltung zu bestehen. Der Gesundheit der Bevölkerung käme dies zugute, und dem deutschen Wald wäre sicher auch geholfen.

F.-J. Joeken, Hückelhoven

Tempo-Limit – dieses Thema wird immer wieder von den gleichen Leuten hochgeholt: Kleinkariertes Spielchen, ökologisch kaschiertes Spießhütchen und von gewissen hochrangigen Politikern wie Bauernminister Kiechle, die ohnehin ein Tempo-Limit durch Ausweichen auf Bundeswehrstraßen angenehm umgehen können.

Im Grunde genommen ist es ja überhaupt kein Thema. Wer fährt denn schon mehr als 100 Stundenkilometer auf der Autobahn? Am vergangenen Sonntag fuhr ich von München nach Köln ständig in einer Blechwanne mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von ca. 80 Stundenkilometern (!). Sonntagsfahrerniveau.

In der Woche ist es auch nicht viel anders bei dem ungeheuren Aufkommen an europäischen Last- und Tankzügen (deren Ladung eigentlich längst auf die Bundesbahn gehört). Aber das heiße Eisen läßt keiner mehr an, nachdem deren Lobby bereits vor vielen Jahren einen sogenannten „Leber-Plan“ zumachte gemacht hat.

Das Übel liegt doch gar nicht bei den wenigen schnellen Fahrern (zu denen ich auch gehöre). Die Zerstörung der Natur wird verursacht von den „geballten Ladungen“, die über sie hereinbrechen: Industrie, Kohlekraftwerke und die ungeheure Schadstoffemission durch den europäischen Lastverkehr, welcher letzterer ja auch voll verantwortlich ist für den schnellen Verschleiß der Autobahnen und deren ständiges Reparaturbedürfnis in Milliardenhöhe. Also doch noch mal „Leber-Plan“? Damit wäre jedenfalls ein erheblicher Teil des Übels zu beseitigen, nicht aber mit einem geradezu albernem Tempolimit holländischer Prägung.

Mit freundlichen Grüßen
D. Gaele, Leichlingen

Sehr geehrte Herren,
in der gegenwärtigen Diskussion über Geschwindigkeitsbeschränkungen vermisst ich den folgenden Gedankengang:

Wer 500 Autobahn-Kilometer mit Tempo 125 km/h fährt, braucht dafür vier Stunden. Führt er nur mit 100 km/h, so verringert sich der Schadstoff-Ausstoß um 20 Prozent, also auf 80 Prozent, dies aber fünf statt vier Stunden lang. Fünf mal 80 Prozent ist aber ebensoviel wie vier mal 100 Prozent – wo bleibt also die Schadstoffverminderung?

Für eine Stadtfahrt von 30 Kilometern beim Tempo 50 km/h benötigt man 36 Minuten; für dieselbe Strecke beim Tempo 30 km/h jedoch 60 Minuten. Die auf 80 Prozent verringerte Schadstoffmenge produziert man also in einem um 24 Minuten verlängerten Zeitraum, d. h. es entstehen 1,86 mal 80 = 153 Prozent der Menge, die bei der schnelleren, aber kürzeren Fahrt produziert worden wäre. Der höhere Kraftstoffverbrauch aufgrund häufigeren Schaltens ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Hochachtungsvoll
Dr. R. Scharnberg, Norderstedt

Wort des Tages

„Die Seele entwickeln heißt den Charakter ausprägen und zum Wissen von Gott und zur Selbsterkenntnis führen. Jedwede andere Ausbildung ohne Pflege der Seele ist unnütz und unter Umständen sogar verderblich.“

Mahatma Gandhi; indischer Politiker und Philosoph (1869–1948)

GEBURTSTAGE

Ein Festakt zum zehnjährigen Bestehen der „Gesellschaft für Rechtspolitik“, die mit ihren „Bilburger Gesprächen“ führender Verfassungsrechtler zum Begriff geworden ist, wird am Samstag im Trierer Europa-Parkhotel verbunden mit der Feier des sechzigsten Geburtstags ihres Gründers und Motors, des früheren Mainzer Justizministers Otto Theisen. Über die Gesellschaft, deren Festschrift Professor Klaus Stern (Köln) vorstellt, sprechen Ministerpräsident Bernhard Vogel sowie Professor Georg Droege (Bonn). Die Laudatio auf Theisen hält der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler.

Dompropst Wilhelm Gertz vollendet am 12. Oktober in Münster sein

Personalien

70. Lebensjahr. Seit 1941 ist er in der Leitung des Bistums Münster tätig. Hier sowie in mehreren Gremien der Deutschen Bischofskonferenz und des Verbandes der Diözesen Deutschlands hat Gertz an zahlreichen Entscheidungen mitgewirkt, die für die Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wichtig waren. Über seine Tätigkeit in der kirchlichen Verwaltung hinaus hat sich Dompropst Gertz für eine Förderung der kirchlichen Publizistik und des kirchlichen Schulwesens eingesetzt. Als Vorsitzender der Kirchensteuerkommission des Verbandes der Diözesen Deutschlands war er im Kontakt mit staatlichen Gremien sowie mit Vertretern der evangelischen

Kirche an weitreichenden Entscheidungen maßgeblich beteiligt.

BESUCH

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird kommenden Freitag in Bonn den Regisseur Sergio Leone empfangen. Leone nimmt am Vorabend an der Uraufführung seines Films „Es war einmal in Amerika“ teil, der in Anwesenheit von in- und ausländischen Gästen im Stern-Kino in der Bundeshauptstadt gezeigt wird.

Einer der Pioniere des Medizinjournalismus in der Bundesrepublik und langjährige Leiter der Presseabteilung des Deutschen Grünen Kreuzes, Dr. Walter Best, ist in Marburg

Konfuse Ideen

„Sehr geehrter Herr Dr. Krenz“

Sehr geehrter Herr Dr. Krenz, Heinrich Böll ist sicher ein begnadeter Schriftsteller. So gut er schreibt, so konfus scheinen seine politischen Überzeugungen zu sein.

Als Autor kann und soll er in einem freien Land schreiben dürfen, was ihm beliebt. Als Bürger, der sich politisch äußert, muß er es sich gefallen lassen, daß ihm der politische Gegenwind ins Gesicht bläst. Seine Äußerungen sind nicht sakrosankt, weil er ein preisgekrönter Schriftsteller ist.

Jetzt beschäftigt sich Böll mit Regierungssprecher Boenisch, weil – so Böll – dieser früher Journalist war. In Wirklichkeit möchte Böll eine frei gewählte Regierung treffen, die ihm nicht paßt. Man fragt sich, ob es überhaupt eine frei gewählte Regierung gibt, die Böll gefällt. Er findet alles schlecht, nur offenbar sich selbst nicht.

Es ist Zeit für Böll, über einen Satz nachzudenken und zu versuchen, ihn zu begreifen: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, ausgenommen die anderen Regierungsformen, die man von Zeit zu Zeit versucht hat“ (Churchill). Daß Böll in einem unvollkommenen, aber freien Land wohnt, verdankt er der NATO und amerikanischen Atomwaffen.

Welche Konsequenz zieht Böll daraus? Er demonstriert gegen sie, und Boenisch greift er an, weil ihm vermutlich dessen Eintreten für freie Ideen mißfällt.

Wolfgang v. Bötticher, Rosenheim/Bayern

Kein Notstand

„Schulen versackten die Computer-Ära“

WELT vom 25. September

Sehr geehrte Redaktion, sicherlich ist es richtig und berechtigt, dem deutschen Schulwesen einen Rückstand im Bereich der Computertechnik zu attestieren; nur ist damit allein noch nichts verbessert. Leider zeichnen sich auch in diesem Teil des Schulunterrichts große Unterschiede von Bundesland zu Bundesland ab.

Geldknappheit bei der Anschaffung von Computern kann häufig durch die Großzügigkeit der auf Computer angewiesenen Wirtschaftsunternehmen umgangen werden. Die Schulen müssen hier ihre Skepsis gegenüber der Wirtschaft ablegen und dürfen keine Möglichkeit zu ihrer Unterstützung auslassen. Um genügend Fachkräfte für den Unterricht zur Verfügung zu haben, sind insbesondere Lehrgänge für Mathematik und Lehrkräfte für Informatik (Finnland) zu entwickeln. Doch darf bei all den wünschenswerten Verbesserungen nicht übersehen werden, daß kein Grund für Krisenstimmung vorliegt und die Schule nicht zur Technologieabhängigkeit erzogen darf, sondern der Umgang mit Computern im Gegenzug, etwa im Deutschunterricht, auch kritisch hinterfragt werden muß.

Ihr Volker Streu, Bonn 2

Japan will in der Weltpolitik mitreden

Blaubuch fordert Auflockerung gegenüber Moskau / USA bleiben vorrangiger Partner

FRED DE LA TROBE, Tokio
„Japan muß einen größeren Beitrag für Frieden und Wohlstand in der Welt leisten.“ Auf dieser Forderung liegt das Schwergewicht des diesjährigen „diplomatischen Blaubuchs“, welches das japanische Außenministerium jetzt veröffentlicht. Während der Rechenschaftsbericht des Ministeriums 1983 die Einheit und Stärke des Westens als wichtigstes Gebot in den Vordergrund stellte, liegt der Nachdruck diesmal auf Friedensbemühungen und nuklearer Abrüstung.

Japan wird auch nicht als „ein Mitglied des westlichen Lagers“, sondern als „eine der freien und demokratischen Nationen“ bezeichnet. Das Blaubuch wurde vom Kabinettsgeheimrat und entspricht dem Standpunkt der Regierung.

Die Akzentverschiebungen signalisieren nach Ansicht von Beobachtern in Tokio ein vorsichtigeres Abdrücken von der letztjährigen Haltung, die auf Verhandlungen mit dem Osten aus einer Position der Stärke ausgerichtet waren. Der weichere Kurs verriet dieser Meinung zufolge die persönliche Handschrift von Außenminister Abe.

Doch auch Ministerpräsident Nakasone, der im November von seiner Partei wieder zum Vorsitzenden und Regierungschef gekürt werden möchte, sei von seiner ausgeprägten Pro-

Reagan-Linie etwas abgerückt, um eine breitere Unterstützung der verschiedenen Flügel der Liberaldemokraten sicherzustellen.

Das Blaubuch hebt außerdem hervor: „Japan kann es sich als zweitstärkste Wirtschaftsmacht des Westens immer weniger leisten, passiv auf die Ereignisse in der Welt zu reagieren und in der Rolle des Nutznießers zu verharren.“ Dieser Satz ist politisches Sachverständigen zufolge an die Adresse des Westens und an die starken gegenüber der Außenwelt teilnahmslosen Strömungen in der eigenen Bevölkerung gerichtet.

Als Aufgaben für Japans Diplomatie nennt der Bericht Bemühungen zum Abbau der Spannungen zwischen Nord- und Südkorea sowie Friedensstiftung in Kambodscha und im Konflikt zwischen Iran und Irak. In allen drei Bereichen hat Tokio während des letzten Jahres Vorstöße unternommen, doch blieben sie bei dem gegebenen Kräftegleichgewicht in der Welt erfolglos.

Ein noch eher zu verwirklichtes Ziel des Blaubuchs ist größere Wirtschaftshilfe sowie humanitäre Unterstützung von Flüchtlingen aus Indochina und Afghanistan und von Hungersnöten bedrohten Afrikanern. Wenn es dabei bleiben sollte, würde die Substanz der japanischen Außenpolitik wie schon in den letzten beiden Jahrzehnten vorwiegend auf

das Wirtschaftliche beschränkt bleiben.

Der Bericht des Ministeriums fordert auch geduldige Bemühungen zur Erneuerung des Dialogs mit der Sowjetunion auf verschiedenen Ebenen. Dabei müsse die Territorialfrage der von den Sowjets besetzten und von Japan beanspruchten Inseln gelöst und ein Friedensvertrag mit Moskau abgeschlossen werden.

Auch das Verhältnis zu Nordkorea sei verbesserungsbedürftig. Außenminister Abe deutete schon kürzlich an, daß Japan in Bälde das nach dem Bombenanschlag von Rangun – bei dem mehrere südkoreanische Minister umkamen – gegen Pjöngjang verhängte Embargo aufheben werde.

Trotz der Auflockerung gegenüber dem Osten unterstreicht das Blaubuch die Bedeutung, die der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Demokratien zukommt.

Eckpfeiler der japanischen Außenpolitik blieben die engen Beziehungen zu den USA. Der Sicherheitsvertrag mit den USA gewährte eine angemessene Verteidigung der japanischen Inseln. Japan bemühte sich, seine Abwehrkraft im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Schranken zu verbessern. Die Sicherheit der Nation sei aber durch militärische Mittel allein nicht zu erreichen.

(SAD)

Geld
ertragreich
und solide
anlegen



Nominalzins 7,25 %
Ausgabekurs 100,80 %
Rendite 7,05 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Vom Informationsdienst für Bundes-

wertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

BUNDES
OBLIGATIONEN

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktrechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf

FUSSBALL / Schlechteste Zuschauer-Bilanz seit Gründung der eingleisigen Zweiten Liga. „DFB unterschätzt die Probleme“

Die Sehnsucht nach der alten Regionalliga wächst

sid/DW, Bonn
Selbstverständliches und logisches Ziel im Sport ist der Sieg, ist es, erstklassig zu sein und, wenn man es noch nicht ist, zur Spitze aufzusteigen. Wo das nicht der Fall ist, kann etwas nicht stimmen. Rolf Neuhaus, Präsident des Fußball-Vereins Rot-Weiß Essen, Absteiger aus der Zweiten Liga, hat schon jetzt seine Kollegen aus dem Vorstand erschreckt, weil er auf der Jahreshauptversammlung (24. Oktober) ein Plädoyer halten will, das den normalen Motivationen im Sport (scheinbar?) widerspricht. Neuhaus wird die Amateur-Oberliga Nordrhein preisen – und damit den Verzicht auf den Aufstieg. In der gegenwärtigen Konstellation macht die Zweite Liga die Klubs kaputt. Der DFB unterschätzt die Probleme der Vereine total.

Das Thema ist nicht neu. „Armenhaus des Fußballs“ und „Pleiteliga“ sind Etiketten, die der Zweiten Liga angehängt wurden, seit sie 1981 hoffnungslos als weitere Konzentration der Kräfte mit 20 Mannschaften bundesweit organisiert wurde. Statt 40 Vereine (ab 1974) in zwei Zweiten Ligen (Nord und Süd) waren nun nur

nach 20 Mannschaften dabei. Eine Mißgeburt?

Der Essener Rolf Neuhaus will ja mit seinem Amateur-Verein nicht „auf unsere sportliche Aufstiegschancen verzichten“, aber am liebsten würde er in eine Liga klettern, die es seit genau zehn Jahren nicht mehr gibt: in die gute alte Regionalliga, von der es einst gleich fünf gab, in Nord, Süd, West, Südwest und Berlin.

Diese Sehnsucht nach scheinbar abgelebten Zeiten macht sich immer mehr breit. Sie ist das Ergebnis der ersten 90 Spiele in der Zweiten Liga dieser Saison, das zum Nachdenken zwingt. Die bisherige Bilanz weist Zahlen aus, die von niemandem mehr beschönigt werden können: 31 700 Zuschauer sahen die zehn Spiele der Zweiten Liga am siebten Spieltag (Durchschnitt also 3170 Zuschauer); 420 000 Besucher kamen bisher insgesamt, 81 000 weniger als im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs; statt der von allen Vereinen in ihren Etats veranschlagten 52 700 Zuschauer pro Spieltag gingen bisher nur 46 500 in die Stadien.

Bei diesen Zahlen setzt die Nostalgie ein. Rot-Weiß Essen hat in dieser Saison bei den Amateuren erlebt, wie

lukrativ es einst war, als die Zuschauer noch mit dem Fahrrad zu Spielen von Nachbarn fahren konnten: Das Spiel des ehemaligen Zweitliga-Vereins beim ebenso traditionsreichen Rivalen Schwarz-Weiß Essen sahen jüngst 17 000 Zuschauer, heute fast schon ein durchschnittlicher Bundesliga-Besuch (der 1. FC Köln hat bisher einen Schnitt von 11 750 Besuchern). Marach, Marsch zurück in den fünfgeteilten Unterbau?

Nicht nur in der regional gegliederten Amateur-Oberliga wird dieser Rückschritt als Ausweg empfunden (Martin Unger, Geschäftsführer des Konkurs-Klubs München 1860: „In der Bayern-Liga haben wir uns saniert“), auch bei Klubs der eingleisigen Zweiten Liga wird in diese Richtung gedacht. Zum Beispiel beim MSV Duisburg, zur Zeit Letzter der Tabelle und mit 2,3 Millionen Mark verschuldet. Trainer Luis Zacarias kommt zwar aus Peru, hat aber bereits gespürt, wie sich die Interessen in seiner neuen Umgebung verteilen: „Lukrative Nachbarschaftskämpfe mit einer Aufstiegsrunde am Saisonende könnten helfen. Gegen Essen oder Bocholt kämen sicherlich 8000

Zuschauer. Wer ist in Duisburg schon an Büstadt interessiert.“

Gestern schickte Karl Schlitz, Präsident von Wattenscheid 09, einen Brief an den DFB und alle Klubs der Zweiten Liga. In ihm fordert er die Wiedereinführung der Regionalligen und eine Aufstiegsrunde zur Bundesliga in vier Gruppen mit je vier Mannschaften mit zwei Endspielen, aus denen der jeweilige Sieger aufsteigt. Schlitz: „Bevor es zu einer dramatischen Zuspitzung kommt, sollten wir gemeinsam Überlegungen anstellen und Entscheidungen treffen.“

In der Tat, die 12 000 Zuschauer, die am letzten Wochenende zum Amateurspiel Rot-Weiß Essen gegen den Wuppertaler SV kamen, wären in der Zweiten Liga Rekord gewesen (bester Besuch am 9. Spieltag: 8000 bei Offenbach – Nürnberg).

Hans Spick, Vorsitzender des Zweitliga-Ausschusses beim Deutschen Fußball-Bund, sagt: „Wir kennen die Problematik und waren nach dem Aufstieg von Schalke und Karlsruhe auf eine schwere Saison 1984/85 vorbereitet.“ Mit anderen Worten: Der DFB sieht den Grund der Misere vor allem darin, daß zwei populäre Klubs die Liga verlassen haben, die

Lücke von den Absteigern Offenbach und Nürnberg nicht geschlossen werden konnte. Außerdem, so Hans Spick, seien regional völlig verschiedene Schwerpunkte zu setzen, was für den Westen vielleicht gut und naheliegender sei, werde im Süden ganz anders bewertet. Spick: „Wir stecken in einem Dilemma, und eine Patentlösung gibt es nicht.“

Immerhin aber lohnt es sich, über die alten Regionalligen nachzudenken. Werner Biskup, Trainer von Hannover 96, das zusammen mit Solingen, Wattenscheid, Saarbrücken und Aachen nach neun Spielen noch eine ausgeglichene Bilanz vorweisen kann, nennt ein anderes Argument für die alten Regionalligen: „Grundsätzlich kommen die Zuschauer überall dorthin, wo guter Sport geboten wird. Aber bei der Fluktuation von jährlich sechs oder sieben Mannschaften wird die Zweite Liga immer eine Durchlaufstation für Klubs und Spieler bleiben. Sie wird nie zur Ruhe kommen.“ Inzwischen ist sie auch eine Durchlaufstation, an der Profis am Rande des Existenzminimums (vergeblich) auf die große Kasse warten. 1100 Mark brutto ohne Prämien zahlte der MSV Duisburg seinen Spielern.

MOTORSPORT

Monte Carlo: Rallye ist in Gefahr

sid/dpa, Paris
Zwei Nachrichten erschrecken derzeit die Motorsport-Fans: Der Große Preis von Monaco ist aus dem Kalender der Formel-1-Weltmeisterschaft gestrichen worden, die Austragung der Rallye Monte Carlo ist im nächsten Jahr gefährdet.

Ausschlaggebend für die Streichung des Grand Prix von Monaco war die Tatsache, daß der monegasische Automobil-Club als Ausrichter die Fernsehrechte in eigener Regie vergeben hat. Die Monegassen mußten sich wie alle Formel-1-Veranstalter vertraglich verpflichten, die Vergabe der Übertragungsrechte dem Automobilsport-Weltverband (FISA) und der Konstruktoren-Verenigung (FOCA) zu überlassen. Entgegen diesem Vertrag wurden die TV-Rechte selbständig an den amerikanischen Fernsehriesen ABC verkauft. Die Monegassen haben sich jetzt an den französischen Gerichtshof gewandt, der in dem TV-Streit mit der FISA vermitteln und die Austragung doch noch gewährleisten soll.

Die traditionelle Rallye Monte Carlo ist in Gefahr, da der französische Automobilverband unter Berufung auf die französische Regierung von den Organisatoren für die Benutzung der französischen Straßen eine Million Franc fordert. Der Automobilklub von Monaco soll ferner bis zum 26. Oktober eine Garantie vorlegen, in der sich die betroffenen Staaten mit der Benutzung ihrer Straßen einverstanden erklären. So sieht es das Reglement der FISA vor.

Auf ihrer Sitzung in Paris hat die FISA die Verwendung tiefgekühlten Benzins, das verwendet wurde, um die Bestimmung über den maximalen Tankinhalt zu umgehen, ebenso verboten wie aerodynamische Hilfen an den Seiten der Rennwagen. Der Tankinhalt, der auch 1985 noch maximal 220 Liter betragen soll, wird in den nächsten Jahren reduziert: 1986 auf 195 Liter und 1990 auf 180 Liter. Auch der maximale Kubikinhalt der Motoren wird verringert. Während 1985 noch die alte Regel mit drei Liter für Saugmotoren und 1,5 Liter für Turbomotoren galt, sind ab 1986 die Saugmotoren nicht mehr im Wettbewerb, denn dann gelten nur noch die 1,5 Liter für Turbomotoren.

RADSPORT

Thurau will wieder auf die Straße

sid/dpa, Frankfurt
Im November wird Dietrich Thurau 30 Jahre alt. Finanziell könnte es sich der populärste deutsche Radrennfahrer der letzten zehn Jahren erlauben, kürzertreten. Doch Thurau ist der harte Rennsattel noch nicht ungewohnt, er will noch einmal versuchen, an seine früheren Erfolge anzuknüpfen. Thurau: „Ich stehe vor dem Abschluß eines Vertrages mit einem italienischen Rennstall für die kommende Straßensaison. Ich will noch einmal den Giro d'Italia und danach die Tour de France fahren.“

Wenn es zum Vertragsabschluß kommt, so plant Thurau, dann will er im Gegensatz zum Vorjahr (15 Rennen) in diesem Winter nur vier oder fünf Sechstagerennen fahren, um sich dann gründlicher auf die Straßensaison vorzubereiten. Zum Start am heutigen Abend in der Berliner Deutschlandhalle und danach in Dortmund ist der Frankfurter nicht dabei und darüber sehr enttäuscht. Otto Ziege, Sechstage-Chef in beiden Städten, mit dem Thurau vor zwei Jahren in Dortmund aneinandergeraten war, begründete den Verzicht auf den Berliner Hallenliebling mit „mangelnden Leistungen in diesem Jahr und zu hohen Gegenforderungen.“ Und weiter: „Ich habe ihn nicht gewollt, und er hat sich bei mir auch nicht mehr gemeldet.“ Thurau: „Ich habe in Berlin immer die Halle gefüllt, warum soll ich diesmal weniger verdienen.“

Ende August, bei der Weltmeisterschaft in Barcelona, waren die Hallen-Manager übereingekommen, Stars wie Thurau nicht mehr die Gagen vergangener Jahre zu zahlen. Eine Ausnahme bildet Köln, weil der Technische Leiter Peter Kanfers den Frankfurter schon im Mai zu den bisherigen Konditionen (rund 6000 Mark pro Nacht) eingekauft hatte.

In seiner Heimatstadt kann Thurau auch nicht fahren, denn 15 Tage vor dem Startschuß ist das 37. Frankfurter Sechstagerennen abgesagt worden. Veranstalter Hans Ralner Burkert: „Zwei der Haupt-Sponsoren sind abgesprungen. Damit war das finanzielle Risiko zu groß.“ Im Vorjahr hat es bei nur 13 000 Besuchern ein Minus von 100 000 Mark gegeben.

SPORT-NACHRICHTEN

Ärger um Beckenbauer

Düsseldorf (sid) – Der VfL Bochum und der 1. FC Kaiserslautern wollten ihr am Dienstag wegen Regen abgesagtes Bundesligaspiel am morgigen Freitag nachholen. Da aber an diesem Tag das Trainingslager für Andreas Brehme (Kaiserslautern) mit der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Hennes beginnt, hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) eine Austragung abgelehnt. Bochums Präsident Wüst: „Jetzt diktiert Franz Beckenbauer schon den Terminplan der Liga.“

Baltic-Pokal eine Farce

Frankfurt (sid) – Der Baltic-Pokal der Gewichtheben in Forst bei Bruchsal wird immer mehr zu einer Farce. Nach der Absage des sowjetischen Verbandes teilten die Polen drei Tage vor dem Wettkampf mit, daß sie nur einen Heber und einen Trainer schicken werden. Für ein größeres Team fehle ihnen das Geld.

Mannheim will Reichel

Kaiserslautern (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Waldhof Mannheim ist an der Verpflichtung von Torwart Armin Reichel interessiert. Reichel ist beim 1. FC Kaiserslautern nur noch dritte Wahl. Der Zweitligaklub Kickers Offenbach will im Tausch mit Libero Wolfgang Trapp Mittelfeldspieler Norbert Eilenfeldt (bisher Kaiserslautern) verpflichten.

Bob: Trainer-Kollektiv

Frankfurt (sid) – Ein Trainer-Kollektiv wird im deutschen Bobsport die Arbeit des zurückgetretenen Bundestrainers Wolfgang Zimmerer übernehmen. Ex-Weltmeister Stefan Gaisreiter und der bisherige Zimmerer-Assistent Herbert Pitka (beide Ohlstadt) sowie ein noch nicht benannter

Konditionstrainer sind ab sofort für die Nationalfahrer zuständig.

Schüler verloren 0:1

Heidenheim (dpa) – Die Schüler-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verlor ihr 125. Länderspiel vor 9000 Zuschauern in Heidenheim gegen Ungarn mit 0:1. Die Bilanz der DFB-Schülerauswahl: 63 Siege, 27 Unentschieden und 36 Niederlagen.

ZAHLEN

FUSSBALL
Länderspiele: Griechenland – Israel 2:3, USA – El Salvador 2:1.

TENNIS
Turnier in Basel: Hasek (Schweiz) – Becker (Deutschland) 7:5, 7:5, Gumpson (Schweiz) – Hagerer (Spanien) 6:4, 6:2. – Damenturnier in Tokio: Schropp (Deutschland) – Schilling (USA) 7:5, 6:3.

STANDPUNKT / Ein Signal

Der Siegeswille ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die ein Jockey haben sollte, wenn er ein Rennen reitet. Das Vertrauen des Wettpublikums in den Sport mit den schnellen Pferden steht auf dem Spiel. Jetzt hat der dreiköpfige Ordnungsausschuß des Galoppverbandes in Köln den Hindernisjockey Peter Belau (29) für 15 Monate gesperrt, weil er seinen 14:10-Favoriten Pascal am 15. August 1984 in Gelsenkirchen bereits nach wenigen Metern nicht daran hinderte, an einem Hindernis vorbeizugaloppieren. Das Sportgericht unter Vorsitz des Kölner Strafrichters Werner Prestin erkannte auf Grund des Rennfilms und der Aussagen Belaus (er räumte sogar Fahrlässigkeit ein) auf bedingten Vorsatz.

Die Belau-Verhandlung schrieb ein Stück Turf-Rechtsgeschichte in Deutschland. Belaus Anwalt, Eber-

hard Wiese, sorgte mit einem erfolgreichen Befangenheitsantrag gegen den bisherigen Ordnungsausschußvorsitzenden Johann Matthias Freiherr von der Recke dafür, daß der zugleich als ständiger Rechtsberater des Verbandes tätige Jurist in Zukunft in Verhandlungen des Sportgerichts nicht mehr auftritt, um Interessenkollisionen zu vermeiden. Wiese, selbst regelmäßiger Rennbahnbesucher, hat sich in dieser Hinsicht profiliert. Für seinen Mandanten hat er aber keineswegs eine günstigere Basis geschaffen.

Trotzdem ist die drastische Strafe gegen Belau (in 12 Jahren 90 Siege) kein Fehlurteil. Eher ein Signal für die Kollegen des Jockeys, ihren verantwortungsvollen Beruf sorgfältiger auszuüben und das ohnehin gefährdete Image des Galopprennsports nicht noch mehr aufs Spiel zu setzen. KLAUS GÖNTZSCHE

HAUPT-STÄDTCHEN BONN

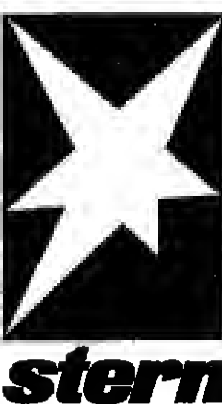


Birgit Lahann (44), seit fünf Jahren STERN-Redakteurin, studierte Germanistik, Theaterwissenschaften und Kunstgeschichte. Nach dem Studium arbeitete sie als Regieassistentin im Theater und als Kulturredakteurin beim Rundfunk. Sie schrieb zahlreiche politische Portraits, arbeitete für die FAZ, die Welt und die Frankfurter Rundschau.

Seit Bonn am 7. September 1948 dank Konrad Adenauer mit knappem Vorsprung vor Frankfurt zur provisorischen Bundeshauptstadt gewählt wurde, muß der Geburtsort Beethovens mit der hohen Politik leben – und umgekehrt. Wie Bonner und „Bundesbonner“ nebeneinander herleben, schildert der Bericht von Birgit Lahann: Auf der einen Seite die Stadt mit den „schläfrigen Reizen“, wie Heinrich Böll sagte, und der ansehnlichen kulturellen Geschichte, auf der anderen Seite, zwischen Palais Schaumburg und dem „Langen Eugen“, das Regierungsviertel aus der Retorte, wo die Politik gemacht wird. Hier die Bonner, die sich nur selten ins Zentrum der Macht verirren, dort die Politiker, von denen viele nicht einmal die lebendige Altstadt kennen. Ihnen ist Bonn zu provinziell, es fehlt das

weltstädtische Flair und das mondäne Nachtleben. So verlassen sie meist am Freitagabend fluchtartig das Haupt-Städtchen.

Lesen Sie den Bericht aus Bonn von Birgit Lahann. Diese Woche im STERN.



Peking: Erfolg für deutsche Wirtschaft

Fortsetzung von Seite 1

Die Außenpolitik spielt in der Schlussklärung des Kanzlers eine geringere Rolle als in den Gesprächen mit Ministerpräsident Zhao Ziyang. Staatspräsident Li und Deng Xiaoping. Die Sowjetunion wird nicht erwähnt, obwohl ihr innerer Zustand, ihre Rüstungs- und Abrüstungspolitik und ihr nationales Auftreten in der Vertraulichkeit der Aussprachen ausführlich behandelt worden waren. Die Chinesen sind hinsichtlich erfolgreicher Verhandlungen mit Moskau sehr skeptisch und schildern daher gern ihre „feste Haltung“. Im Unterschied zu früher gehen sie aber nicht mehr von der „Unvermeidbarkeit des Krieges“ aus. Deng sprach davon, daß „die Faktoren der Kriegsverhinderung“ stärker geworden seien, was sich besonders auf die enge deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa bezog.

Wir haben viele Kanonen vor der Tür stehen, aber wir lassen uns nicht von dem Weg abbringen, auf die Landreform nun eine Reform der Städte folgen zu lassen, die so wichtig ist, daß man sie eine Revolution nennen könnte“, erklärte Deng dem Vernehmen nach, um den Akzent der chinesischen Politik deutlich zu machen. Er liegt eindeutig auf der Innen- und Wirtschaftspolitik, was das chinesische Interesse an einer „friedlichen Umwelt“ begründet. Das Drängen der Chinesen auf ein europäisches Gegenlager zur Sowjetunion steht damit im Zusammenhang. Kohl wiederholte seine Bekundung, daß er sich nach Kräften für die europäische Einigung einsetzen werde. Ausdrücklich würdigte er vor der Presse, „daß ein Land vom Gewicht Chinas für die deutsche Einheit eintritt“.

Der 80jährige Deng, dem die Zeremonienmeister des Protokolls höchste Aufmerksamkeit widmen, wirkt kräftig und frisch. Er erkundigte sich, wie alt Konrad Adenauer gewesen sei, als er aus dem Amt schied (er war 87). „Ich bleibe immer optimistisch“, sagte Deng, „das ist mein Geheimnis. Auch wenn der Himmel einstürzt – dann sind wir die Riesen.“

Kiep verweigert vor dem Ausschuß die Aussage

Er beruft sich auf Ermittlungen in der Spendenaffäre

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Flick-Ausschuß des Bundestages hat gestern erstmals ein zur Vernehmung geladener Politiker die Aussage verweigert: CDU-Bundesschatzmeister Walther Kiep. Kiep berief sich dabei auf ein seit drei Jahren gegen ihn laufendes Ermittlungsverfahren. Der Untersuchungsausschuß hatte ihn zu der Forderung seiner Partei durch politische Stiftungen und Spender befragen wollen.

Der Unionspolitiker hob allerdings mehrfach hervor, daß es bei der CDU „keinerlei Spenden gegeben“ hat, „die mit Auflagen irgendwelcher Art verbunden wären“. Es habe auch niemand auf dem Weg der indirekten Parteienfinanzierung Steuern sparen wollen. Hier sei das Motiv der Wunsch der Spender nach Anonymität gewesen. Wenn es einen Skandal gebe, dann liege dieses darin, daß das Parlament lange nicht fähig gewesen sei, bei der Parteienfinanzierung Transparenz und Offenlegung sicherzustellen.

Aufgrund einer Notiz bestätigte er, als niedersächsischer Wirtschaftsminister im August 1976 von Brauchitsch wegen steuerbegünstigter Investitionen angefragt worden zu sein. Das Ministerium, das den Vorgang „auf routinemäßige Weise abgewickelt“ hätte, habe dann dem Bonner Wirtschaftsministerium in kurzer Zeit die Zustimmung zu dem Antrag gegeben.

Der frühere Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch hat nach Angaben des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Friedrich Halstenberg das Daimler-Benz-Aktienpaket „immer an einen deutschen Erwerber verkaufen wollen“. Mit dieser Aussage stellte sich Halstenberg gestern vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn öffentlich in Widerspruch zu bisherigen Darstellungen.

Nach ihnen war 1974 bekanntgeworden, daß der Konzern das 1,9 Milliarden-Mark-Aktienpaket an Iran verkaufen könnte. Daraufhin hatte damals der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt – wie er am 29. Februar vor dem Ausschuß bestätigte – gesagt: „Ich würde den Verkauf der Teile der deutschen Industrie an ein instabiles System im Nahen Osten verhindern.“ Die Aktien

wurden dann von der Deutschen Bank erworben. Flick erhielt die insbesondere von Teilen der SPD heftig kritisierte Genehmigung zur steuerbegünstigten Wiederanlage des Verkaufserlöses.

Nach der gestrigen Darstellung von Halstenberg hatte Brauchitsch, damals Geschäftsführer des persönlich haftenden Gesellschafters des Unternehmens, am 7. Juli 1975 ihm als nordrhein-westfälischen Finanzminister seinen Antrittsbesuch gemacht. Dabei habe Brauchitsch ihm erzählt, daß er „in Bonn nicht so gut zurechtkommt“ mit der Erteilung der Antragsgenehmigungen nach dem Einkommensteuergesetz. Er habe aber Halstenberg aufgefordert, „von der wirklichen Geschichtsschreibung sparsam Gebrauch zu machen“, damit „Störungen“ zwischen der Bundesregierung und der Bank verhindert würden. Er will deshalb auch weder Schmidt noch den damaligen Finanzminister Apel unterrichtet haben. Halstenberg bestätigte, daß das Disseldorfer Finanzministerium den Flick-Konzern „steuerlich immer positiv beurteilt“ habe.

Der Zeuge, der 1978 SPD-Schatzmeister wurde, betonte erneut, daß sein verstorbener Vorgänger Alfred Nau allein eine Sonderspenden-Sammelaktion für den Wahlkampf von Helmut Schmidt 1980 durchgeführt habe. Ihm von Friedrich Bohl (CDU) vorgehaltene handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Frühjahr 1980, in denen er mögliche Spender aus Industrie und Wirtschaft aufgelistet hatte, bezeichnete Halstenberg als „Vorbereitungskladde“ und „Schmierzettel“. Die dort aufgeführten Verbände und Konzerne hätte er nicht angesprochen, weil Nau ihm gesagt habe: „Laß mich das allein machen.“ Er betonte, „nicht einen Pfennig“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten zu haben.

Auf Befragen erklärte Eberhard von Brauchitsch gegenüber der WELT, er halte an der bisherigen Darstellung fest. Er sagte: „Die Verhandlungen mit Iran sind von dem damaligen Mitgeschäftsführer Paefgen geführt worden und können nicht bestritten werden.“

Moderne Abfangjäger für Österreich

Bundeskanzler Sinowatz gibt dem Druck der Linken in seiner Partei nicht nach

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Österreich scheint sich eine neue Ära der Verteidigungspolitik und eine neue Haltung der regierenden Sozialistischen Partei gegenüber militärischen Problemen anzukündigen. Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Fred Sinowatz hat sich in der Frage der Anschaffung moderner Jagdflugzeuge für das österreichische Bundesheer – nach jahrelangem Zögern und Hinausschieben des Problems während der Regierung Kreisky – hinter seinen Verteidigungsminister Friedrich Frischenschlager (FPÖ) gestellt. 24 moderne Abfangjäger sollen zur „Luftraumüberwachung“ angeschafft werden.

Die Überschallmaschinen werden die veralteten Sab-Maschinen schwedischer Herkunft ersetzen, die mit einer maximalen Flughöhe von 13 000 Metern und einer Höchstgeschwindigkeit von nur 900 Kilometern pro Stunde in der Luft nicht gewachsen wären. Damit soll ein Zustand beendet werden, der von einem der bekanntesten Generale der österreichischen Armee einst mit dem Wort umschrieben wurde, die Neutralität seines Landes hänge „drei Meter über dem Erdboden auf“. So sehr die österreichische Armeeführung über die Entschlossenheit des Kanzlers freudig ist, dieses Problem jetzt anzupacken – innerhalb der Sozialistischen Partei hat Sinowatz Widerstand und Proteste bei Linken, Pazifisten und Jungsozialisten ausgelöst. Die Auseinandersetzungen reichen

bis in die Redaktionsräume des sozialistischen Parteiorgans „Arbeiterzeitung“. Während mindestens zwei Redakteure der Wiener Parteizeitung ihre Unterschriften unter eine Anti-Abfangjäger-Resolution setzten und die sozialistische Jugend als Anlaufadresse für weitere Protestresolutionen fungiert, eröffnete AZ-Chefredakteur Manfred Scheuch im sozialistischen Parteiorgan die Auseinandersetzung mit den eigenen Linken. Immer mehr verstärkte sich der Eindruck, schrieb er, daß bei vielen, die „mit solcher Leidenschaft gegen die Erneuerung der Militärmaschinen auftraten“, der wahre Beweggrund die „Ablehnung des Bundesheeres und unserer Landesverteidigung überhaupt“ sei.

Scheuch konstatierte bei den sozialistischen Partei-Linken ein „Zwiespalt“, weil sie für Österreich eine Verteidigungsbereitschaft nicht zugestehen wollten, die sie im Falle Nicaraguas begeistert bejahten. Der SPÖ-Journalist „Es gibt kein Beispiel in der Welt, wo nicht das Bekenntnis freier Menschen zu ihrem Land Hand in Hand geht mit der Bereitschaft, es notfalls auch zu verteidigen.“

Weiter wirft das SPÖ-Zentralkomitee den Gegnern des Bundesheeres in den eigenen Reihen vor, sie wollten den Offizieren und Soldaten zumuten, sich im Ernstfall „mit unzulänglichen Verteidigungswaffen als Opferkammer von einem Aggressor niederzulassen“. Es sei an der Zeit, sich über die sozialistische Haltung

zur Landesverteidigung Gedanken zu machen. Pazifismus im Sinne von Gewaltlosigkeit sei kein „Klassiker“. Österreich habe sich zur Verteidigung seiner Neutralität mit allen zumutbaren Mitteln verpflichtet.

Eindeutig sprach sich der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“ gegen die von den Linken gerne ins Feld geführte „soziale Verteidigung“ aus. Jeder, der die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs bedrohe, müsse mit einer „Levee en masse“, einer allgemeinen Volksverteidigung, rechnen – und nicht nur mit passivem Widerstand, weil letzterer die Militärstrategen nicht abschrecke.

Die Konsequenz, mit der Sinowatz das Problem jetzt anpackt, hat mehrere Gründe. Da ist einmal die Furcht, Österreich könne in der gegenwärtig gespannten Lage plötzlich die Hilfe eines „großen Bruders“ aufgezogen werden – etwa nach dem Motto: Wenn ihr euren Luftraum nicht überwachet, könnt wir es auch. Da ist die Frage, ob er Schwierigkeiten sehe, wenn der am Wochenende von der Spitzenkandidatur zurückgetretene Staatsminister Jürgen Mollmann Landesvorsitzender der Partei bleibe, sagte Baum: „Darüber werden wir am Montag reden müssen. Zunächst einmal müssen wir seine Entscheidung akzeptieren und respektieren.“

Baum: Auch ich stehe zur Verfügung

AP, Saarbrücken

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr zu übernehmen. In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte Baum: „Im Prinzip stehe ich auch zur Verfügung. Das ist eine so wichtige Sache – dieser Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, daß sich eigentlich keiner entziehen kann, es sei denn, er hat wichtige persönliche Gründe.“

Der frühere Bundesinnenminister fügte hinzu: „Ich sehe im Moment da nicht unbedingt meine Aufgabe und meine Rolle. Da gibt es andere, die das möglicherweise besser können.“ Aber er hoffe, daß sich die Landesvorstände am Montag „auf einen Kandidaten einigen“ werde. Auf die Frage, ob er Schwierigkeiten sehe, wenn der am Wochenende von der Spitzenkandidatur zurückgetretene Staatsminister Jürgen Mollmann Landesvorsitzender der Partei bleibe, sagte Baum: „Darüber werden wir am Montag reden müssen. Zunächst einmal müssen wir seine Entscheidung akzeptieren und respektieren.“

Straßburg gibt Rabatte frei

dpa/WVD, Straßburg

Das Europaparlament hat die Rabatte der an Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland für 1983 freigegeben, die es als Druckmittel gegen die britische Position im Finanzstreit der EG eingeführt hatte. London kann jetzt die ungerechneten 1,7 Milliarden Mark erhalten, an die auch eine Rückerstattung von knapp 500 Millionen Mark für die Bundesrepublik gekoppelt war.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 1983 hatten die Staats- und Regierungschefs der EG beiden Ländern diese Summen versprochen, weil sie als einzige mehr an die EG zahlen als sie aus den verschiedenen Brüsseler Töpfen zurückerhalten. Die Überweisung war dann aber blockiert worden, um Großbritannien zum Einlenken bei den Verhandlungen um die Erhöhung der EG-Einnahmen und einem zinslosen Kredit zur Überwindung der Finanzkrise 1984 zu zwingen.

Reformierte stoßen auf Widerspruch

idea, Bonn

Der evangelische Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ hat jetzt der Resolution des Reformierten Bundes widersprochen, die EKD solle dem „militärischen Abschreckungssystem“ eine unzweideutige Absage erteilen. Auf seiner Hauptversammlung hatte der reformierte Bund Ende September ferner von der EKD ein „Nein ohne jedes Ja“ zur Herstellung und Stationierung von Atomwaffen gefordert.

In einer einstimmig angenommenen Erklärung hebt der von Staatsminister Friedrich Vogel (CDU) und dem Bochumer Professor Günter Brakelmann (SPD) geleitete Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ dagegen „in Übereinstimmung“ mit der

Friedensdenkschrift der EKD hervor, daß auch die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anzuerkennen sei. Nach der theologischen Erklärung von Barmen 1934 stelle es die Aufgabe des Staates dar, gegebenenfalls unter Androhung von Gewalt, also auch durch Abschreckung, Gewalt abzuwehren, die „Recht und Frieden“ gefährde.

In diesem Sinne sei ein „Abschreckungssystem“ eine politische und moralische Notwendigkeit, um „in der noch nicht gelösten Welt für Recht und Frieden zu sorgen“. Das gelte auch für die Abschreckung

durch Atomwaffen, die gerade wegen ihrer alles vernichtenden Wirkung als Mittel der Abschreckung den Sinn hätten, jeden Krieg zu verhindern und den Krieg nicht mehr als Mittel der Politik zu verstehen. Dies habe das politisch-militärische Abschreckungssystem zwischen Ost und West bislang geleistet. Der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ bittet ferner die verantwortlichen Politiker, politische Lösungen anzustreben, die zu einem Abbau der Rüstungspotentiale in Ost und West führen. Der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ mit einer Geschäftsstelle in Bonn wurde 1980 vor allem als Reaktion auf die Aktion „ohne Rüstung leben“ gegründet.



**Wußten Sie schon,
daß die Schweizer häufiger ins Gelbe
treffen als die Deutschen?**

Daß die Eidgenossen besonders viel vom Geldverkehr verstehen, steht wohl außer Frage. Das Postgirokonto ist ein bei Schweizern sehr beliebtes Konto. Davon gibt es dreimal mehr als bei uns, wenn man das im Verhältnis zur Bevölkerung zählt. Der Grund: Vielleicht sind Schweizer, was Geld angeht, doch noch kühlere Profis. Und Profis entscheiden sich für ein Konto, das bequem, schnell und sehr preisgünstig ist. Diese Vorteile bietet das Postgirokonto hier bei uns auch. Es ist spezialisiert auf das, was die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung braucht: bargeldlosen Zahlungsverkehr. Nach überall hin. Auch ins Ausland. Bei über 18.000 Postämtern und Poststellen zu verbraucherfreundlichen Öffnungszeiten sowie mit 110.000 Briefkästen ist diese einzigartige Gelddienstleistung überall erhältlich. Bargeld können Sie bei Ihrer Post abheben. Selbstverständlich können Sie überall mit eurocheques zahlen und in Verbindung mit der speziellen ec-Scheckkarte an allen ec-Geldautomaten – selbst zur Nachtzeit – Bargeld abheben. Das Postgirokonto will nicht alles Mögliche möglichst gut machen. Aber das, was wichtig ist, perfekt. PostGiro ist keine Universalbank. Sondern Spezialist. Mit allen Rationalisierungsvorteilen, die sich daraus und aus der Bündelung der Organisation bei nur 13 Postgiroämtern ergeben. Diese Kostenvorteile werden in Form günstiger Gebühren an die Kunden weitergegeben. Je erfahrener man mit Geld ist, desto höher schätzt man PostGiro. Und was den Schweizern nützt, wird den Deutschen nicht schaden.

PostGiro. Das clevere Konto.  Post

Mehr Mut zur Aktie

adh. - Nachdem bereits im vergangenen Jahr elf neue Namen auf die Kurszettel der deutschen Aktienbörsen kamen, hat sich das Tempo der Neumissionen in diesem Jahr weiter beschleunigt. Zur Zeit stehen zum Gang an die Börse die Krones AG, die ASKO Deutsche Kaufhaus AG und - noch ohne zeitliche Festlegung - endlich wieder ein Textilwert, die Nino AG, an.

Immer häufiger wagen Familienunternehmen den Schritt aus der unternehmerischen Anonymität in die Publizität eines börsennotierten Aktienunternehmens. Und sie fahren in der Regel gut dabei: Die Furcht vor Abhängigkeit schwindet angesichts der problemlosen Fungibilität der Inhaberkarte; eine Tatsache, die gerade in Familienunternehmen oft problemgeladene Erbfolge besser überwinden hilft, als dies bei anderer Rechtsform des Unternehmens möglich wäre.

Das rege Interesse der Anleger an den Neumissionen, das sich auch in teilweise drastischen Überzeichnungen der Aktienangebote ausdrückt, bestätigt, daß der Markt für Risikokapital in der Bundesrepublik vorhanden ist. Und sie zeigen auch, wie leicht die Fantasie der Börsianer zu wecken ist - was allerdings den richtigen Ausgabekurs voraussetzt.

Den Unternehmen sollte weiter Mut gemacht werden, den Weg des

„going public“ zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis zu nutzen. Die Anleger haben bei den letzten Neumissionen (wie die Leifheit AG) gezeigt, daß sie sich durch Flops (wie den der Kerkerbachbahn AG) nicht irre machen lassen. Der Mut zur Aktie ist gewachsen.

Böse Masche

Fy. - Derzeit hat in Sachen Ausbildungsplätze so jeder seine Rekordmeldungen. Die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern berichten über 105 500 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 7000 mehr als im Vorjahr. Die Gewerkschaften halten diesen unbestreitbaren Erfolg der Arbeitgeber den „Negativrekord“ von nahezu 80 000 Lehrstellen-Suchern entgegen. Sicher hat der DGB recht, wenn er sagt, mit den IBK-Rekordmeldungen sei den vielen noch Suchenden nicht geholfen. Doch die „Rekorde“ sollen ja auch nur den Jugendlichen zeigen, daß durchaus etwas für sie getan wird. Und das allen hohen Kosten und personellen Belastungen zum Trotz. Die traurige Zahl von 60 000 Suchenden - sollte sie wirklich stimmen - noch dem Verdacht aussetzen, sie zeige nur die Spitze des Eisbergs, ist eine böse Masche. Mit ihr könnten alle nicht ganz gesicherten Fakten zerredet werden, auch die der 60 000 Suchenden. Schließlich warten auch vielerorts Lehrherren vergeblich auf den vertragsgemäßen Dienstantritt ihres Ausbildungsbefohlenen.

Blick in den Weltraum

Von HEINZ HECK

Forschungsminister Heinz Riesenhuber will mehr Geld in die Weltraumforschung stecken, und er hat triftige Gründe. Es geht um eine europäische Beteiligung an einer amerikanischen Raumstation und um die Entwicklung einer neuen Generation europäischer Trägerketten einschließlich eines neuen Triebwerks.

Mit Blick auf die gewaltigen Investitionen für die Weltraumforschung verbieten sich nationale Alleingänge ohnehin. Angesichts der neuerdings zu beobachtenden Bemühungen der amerikanischen Regierung, Westeuropa und Japan den Hahn für den Technologietransfer zuzureichen, ist es geradezu ein geschickter Schachzug, wenn durch ein solches Gemeinschaftsprogramm wieder Anknüpfungspunkte gesucht und Konfrontationen vermieden werden.

Auch ist Riesenhubers These von der Signalwirkung solcher Anstrengungen - und möglicher Erfolge - nicht zu widersprechen. Denn darin kann sich nachdrücklich die Spitzenposition der beteiligten Industrien manifestieren, von dem zu erwartenden Technologieschub ganz zu schweigen.

Umgekehrt wäre eine Verweigerung Bonns nicht nur technologisch, sondern auch außenpolitisch von Nachteil. Nicht zuletzt deshalb macht sich auch der Bonner Außenminister für die Pläne Riesenhubers stark. Beide rechnen andernfalls mit Belastungen der transatlantischen Partnerschaft und der europäischen Einigungsbemühungen.

Das Kabinett dürfte Riesenhubers Pläne daher seinen Segen geben. Allerdings heißt das noch nicht, daß ihm auch die angeforderten Mittel zusätzlich bewilligt werden sollten. Allein für die Jahre 1986 bis 1988 hat er knapp 1,1 Milliarden Mark geltend gemacht.

Die heranrückende Bundestagswahl 1987 wird Finanzminister Gerhard Stoltenberg wachsende Schwierigkeiten bei der Fortsetzung seines Sparkurses beschreiben. Alle Ressorts melden „unabweisbare Mehranforderungen“, und die Minister überbieten sich mit ihren Begründungen. Auch aus den Koalitionsfraktionen wird der Ausgabedruck zunehmen, nachdem man doch ein paar Jahre so erfolgreich gespart hat.

Auch darf nicht übersehen werden, daß von verstärkten Weltraumaktivitäten starke Impulse vor allem auf Automation und Robotertechnik, Materialforschung, Verfahren- und Fertigungstechnik sowie Datenverarbeitung und Telekommunikation ausgehen, wie er in seiner Kabinettsvorlage schreibt und wie das amerikanische Beispiel gelehrt hat. Also müßten doch an anderer Stelle Einsparungen möglich sein?

„Man muß öfter nein sagen können“, resümiert Riesenhuber selbst seine Erfahrungen mit der Behandlung von Förderanträgen. In dieser Haltung kann man ihn nur bestärken.

USA / Im Wahlkampf spielt Frage des wirtschaftlichen Wohlstands größere Rolle

Die Mehrzahl der Bürger glaubt, daß sich ihre Lage verbessert hat

HORST A. SIEBERT, Washington
Vor der Wahl in den USA gerät die Frage nach dem wirtschaftlichen Wohlstand der Amerikaner immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Präsident Reagan erntet meist Zustimmung, wenn er fragt: „Gibt es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor vier Jahren?“ Sein Rivale Mondale hält dem entgegen, daß nur die Reichen echte Fortschritte gemacht hätten, während sich die Lage der Mittelklasse kaum verändert und der Bezieher bescheidener Einkommen verschlechtert habe.

Folgt man den Umfragen, dann sind 55 Prozent der US-Bürger überzeugt, daß sie auf der Wohlstandstreppe nach oben geklettert sind. Die neuesten Statistiken geben indes Mondale recht: Wer schon 1980, dem letzten Jahr der Carter-Administration, viel Geld hatte, besitzt heute mehr. Dagegen ist die Zahl der armen Amerikaner um sechs auf 35,3 Millionen gewachsen. Ihr jährliches Einkommen liegt unter 10 178 Dollar, dem amtlichen Existenzminimum für vierköpfige Familien.

Mehr als für andere Gruppen hat sich die Kürzung der Einkommensteuern in allen Progressionsstufen um nahezu ein Viertel für höhere Einkommen ausgedehnt. Nach Berechnungen des Urban Institute ergab sich das obere Fünftel der US-Bevölkerung von 1980 bis 1984 ein reales Plus beim verfügbaren Einkommen von 8,7 Prozent. Das mittlere Fünftel gewann nur ein Prozent, während das untere Fünftel 7,6 Prozent verlor. In den vier Jahren erhöhte sich in Amerika das sogenannte mittlere Familieneinkommen, preisbereinigt und nach Steuern, um 3,5 Prozent auf 21 038 Dollar.

Das bessere Abschneiden der Reichen wird auch damit belegt, daß die durchschnittlichen Bezüge der Topmanager in der US-Wirtschaft seit 1980 um 40 Prozent angehoben worden sind. Dagegen nahm der wöchentliche Durchschnittslohn lediglich um 26 (real: 1,2) Prozent auf 295 Dollar zu.

Eine neue Untersuchung der US-Notenbank bestätigt das steile Wohlstandsfälle in Amerika. Danach besaßen zwei Prozent der rund 60 Millionen amerikanischen Familien im vergangenen Jahr die Hälfte aller Aktien, 70 Prozent der steuerfreien Anleihen, 39 Prozent der übrigen Obligationen und ein Fünftel der Immobilien. In dieser Gruppe beträgt das Jahreseinkommen mindestens 100 000 Dollar. 1982 entfielen auf zehn Prozent der US-Familien 33 (1989: 29) Prozent des Gesamteinkommens. Die Masse der Mittelklasse, die 20 000 bis 40 000 Dollar im Jahr einnimmt, erhielt etwas weniger.

Die amtlichen Statistiken zeigen außerdem dies: Viel besser als 1980 geht es den älteren Amerikanern, deren Renten und Pensionen nominal um 51 Prozent gestiegen sind. Wegen der gesunkenen Real- und Nominallöhne sind dagegen die jungen US-

Bürger zurückgefallen. Deutliche Verlierer sind die Schwarzen.

Wichtige Wirtschaftsdaten der Carter- und Reagan-Administration hat die „New York Times“ gegenübergestellt. Danach ist das US-Bruttoinlandsprodukt unter Jimmy Carter, der von 1977 bis 1980 das Weiße Haus bewohnte, real um 13,6, unter Reagan von 1981 bis 1984 um 10,3 Prozent gewachsen. In ihrer Amtszeit betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote 6,4 und 8,6 Prozent (im Dezember 1980 waren 7,6, im September 1984 noch 8,5 Millionen US-Bürger ohne Job).

Reagan ist der unbestrittene Sieger im Kampf gegen die Inflation. Unter ihm kletterte der Verbraucherpreisindex nur um 26,1 (Carter: 45,7) Prozent. Carter hinterließ andererseits im Finanzjahr 1980 eine Bundesschuld in Höhe von 914,3 Mrd. Dollar, die schnellste unter Reagan auf 1575,6 Mrd. Dollar. Der Anteil der US-Bevölkerung, der am Rande des Existenzminimums lebt, erreichte 1983 15,2 Prozent, verglichen mit 13 Prozent am Ende der Carter-Administration.

Was Mondales Attacken und die Statistiken nicht widerspiegeln, ist das größere Vertrauen in Amerikas wirtschaftliche Zukunft, das auf Reagans Habenseite zu veruchen ist. Die seit November 1982, dem Ende der Rezession, erzielten Beschäftigungs- und Investitionszuwächse haben ein positives Klima geschaffen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Einheitsdokument soll beim Zoll Papierkrieg beenden

WILHELM HADLER, Luxemburg

Über die Einführung eines „Einheitsdokuments“ im Warenverkehr haben sich die für Binnenmarktfragen zuständigen Fachminister der EG geeinigt. Es soll von 1985 an die bis zu 70 Formulare ersetzten, die noch beim Grenzübergang Verwendung finden, und damit eine erhebliche Einschränkung des kostenintensiven und zeitraubenden „Papierkrieges“ bringen. Ob das „Einheitsdokument“ allerdings wirklich den Warenverkehr vereinfacht, hängt von seiner Ausgestaltung ab.

Die Regierungsexperten verhandeln seit Monaten über das Formular. Auch am Rande der Ratssitzung versuchte eine Arbeitsgruppe wieder vergeblich eine Einigung über die künftig erforderlichen Angaben zu erzielen. Immerhin gelang es, die Zahl der Rubriken von bisher 70 auf 58 zu

reduzieren. Die Minister verständigten sich ferner auf eine Revision der 1978 verabschiedeten „Bilanzrichtlinie“. Sie einigten sich gegen die Stimmen Frankreichs und Belgiens auf eine Aufstockung der Schwelle, die darin für die Verpflichtung zur Offenlegung der Jahresrechnung von Gesellschaften festgelegt worden ist.

Um der Inflationsentwicklung gerecht zu werden, soll diese Schwelle beim Umsatz um 60 Prozent und bei der Bilanzsumme um 55 Prozent heraufgesetzt werden. Die Bundesregierung war zunächst für eine Aufstockung um 75 Prozent eingetreten.

Am Widerstand Großbritanniens scheiterte vorerst die Harmonisierung des Niederlassungsrechts für Handelsvertreter. Dagegen traf eine ähnliche Richtlinie für Angehörige pharmazeutischer Berufe auf harten Widerstand Luxemburgs.

MARKENFÄLSCHUNG

Die Schäden betragen fast 30 Milliarden Mark

dpa/VWD, Düsseldorf

Zu einem Schlag gegen die „Markenpiraten“ wollen die Industriellen ausheulen. Wie es am Mittwoch auf einer Fachtagung im Düsseldorfer Industrie-Club hieß, schwebt ihnen vor, die bestehenden Schutzrechte von Herstellern zu verbessern, gefälschte Produkte grundsätzlich zu beschlagnahmen, internationale Abkommen zu schließen und ein zentrales Informations- und Überwachungsbüro der Internationalen Handelskammer (Paris) einzurichten.

Die Markenpiraterie habe sich, ausgehend von Südostasien, seit den 70er Jahren wie ein Flächenbrand ausgebreitet. Gefälscht oder nachgeahmt werde heute an Gütern, Waren, Zeichen und Design praktisch alles von Uhren und Parfum über Musiknoten und Tafelgeschirr bis zum kompletten Computer.

Der Umsatz mit der heißen Ware werde - nach unterschiedlichen Berechnungen von Experten - weltweit auf zwölf bis 27 Mrd. DM jährlich geschätzt, berichtete Prof. Rolf Sammet, Vorstandschef der Hoechst AG und Vorsitzender der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer.

Die deutsche Wirtschaft werde weltweit am stärksten durch den Vertrieb gefälschter deutscher Produkte außerhalb der Bundesrepublik geschädigt. Vor allem mittelständische Unternehmen ohne eigene Niederlassungen im Ausland seien diesen Praktiken fast hilflos ausgeliefert.

Die EG-Kommission prüft auf Initiative Frankreichs bereits jetzt die Möglichkeiten für ein einheitliches Verfahren gegen Markenpiraterie, teilte Staatssekretär Rudolf Sprung vom Bundeswirtschaftsministerium mit. Auf längere Sicht werde ein entsprechendes Gatt-Abkommen angestrebt.

TRANSPORT-FORUM / Seehäfen können Nachteile im Zulaufverkehr nicht ausgleichen

Ministerium sagt schnelle Hilfe zu

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Bei einer weiteren Verschärfung des Seehafenwettbewerbs mit zunehmenden Ladungsabwanderungen und Erlösverlusten muß die Erhaltung der deutschen Seehäfen zu einer zentralen Frage der nationalen Wirtschafts- und Verkehrspolitik werden, sagte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Bremischen Hafenvertretung, Helmut Detken, auf dem 10. Transport-Forum in Bremerhaven zum Thema „Die Zukunft der europäischen Seehäfen“.

Die deutsche Seehafenwirtschaft sei überfordert, meinte Detken, ihre Nachteile aus den Rahmenbedingungen des binnenländischen Zu- und Abfuhrverkehrs allein durch höhere Qualifikationsausgleichungen auszugleichen. Es gelte deshalb bis zum Jahresende hart um einen tragbaren Kompromiß zwischen Transportgewerbe und Seehäfen zu ringen.

Die Zeit dränge, weil die EG-Kommission dem Ministerrat-Rat noch im Oktober einen Vorschlag unterbreite, die Seehafenverkehre so zu stellen wie den grenzüberschreitenden Verkehr der EG; das bedeute freie Preisbildung, keine Kontingentierungen usw. Detken: „Das sind Bedingungen, die weit über die Vorstellungen der deutschen Küstenländer für den Seehafenverkehr hinausgehen.“

Heinz Sandhäger, Leiter der Verkehrspolitischen Grundsatzausschüsse im Bundesverkehrsministerium, erklärte: „Die Verkehrspolitik der Bundesregierung will den deutschen Seehäfen bei der Lösung dieses Problems schnell helfen.“

Die Devisen des Bundesministers für Verkehr laute, zunächst unterhalb der Schwelle gesetzgeberischer Maßnahmen zu Fortschritten bei der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im Seehafen-Hinterlandverkehr zu gelangen. Dies setze allerdings beim Straßengüterverkehrs-

und Binnenschiffahrtsgewerbe freiwillige Maßnahmen voraus, die die Möglichkeiten des nationalen Ordnungsrahmens hinsichtlich einer dem grenzüberschreitenden Verkehr entsprechenden Flexibilität bei der Preisbildung voll ausschöpfen.

„Wir sind skeptisch, ob das gesteckte Ziel zu erreichen ist, solange die Wettbewerbsgrundlagen in den unterschiedlichen Verkehrsordnungen der Bundesrepublik und den Bundesländern nicht harmonisiert sind“, meinte Bernhard Bünck, Präsident des Bundesverbandes Spedition und Lagerei E.V., Bonn. Der Wettbewerb der Häfen werde außerdem durch eine an Bedeutung zunehmende Dispositionsfreiheit der Reederei geprägt. Es sei fraglich, ob die angestrebte theoretische Angleichung der Zu- und Abfuhrkosten zu den Häfen im Rheindelta- und Norddeutschen Häfen den erwarteten Nutzen bringen könne.

VOLKSWAGEN

Gemeinsames Unternehmen mit China vertraglich fixiert

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Die bereits vor längerer Zeit angekündigte Gründung eines deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmens, an dem die Volkswagenwerk AG und drei chinesische Partner beteiligt sind, ist gestern in Peking im Rahmen des China-Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl vertraglich fixiert worden. Die Gesellschaft soll den Namen „Shanghai-Volkswagen Automotive Company Limited“ erhalten. Nach Angaben von VW ist die Vertragslaufzeit zunächst auf 25 Jahre festgelegt.

An dem Gemeinschaftsunternehmen werden die Volkswagenwerk AG zu 50 Prozent, der chinesische Automobilhersteller Shanghai Tractor and Automobile Corp. zu 25 Prozent, die Bank of China über ihre Shanghai-Tochter zu 15 Prozent und der Dachverband der chinesischen Automobilindustrie zu zehn Prozent beteiligt sein. Das Grundkapital soll 180 Mill. Renminbi, das sind etwa 200 Mill. DM, betragen. VW, die Bank of China und der Dachverband werden ihre Anteile als Bareinlagen einbringen, während die Shanghai Tractor zwei Fabriken sowie Maschinen und Anlagen zur Verfügung stellt.

Zunächst ist der Ausbau einer Fahrzeugfabrik mit einer Jahresproduktion von 20 000 Santana-Modellen ab 1989 und einer Motorenfabrik mit einer jährlichen Fertigung von 100 000 Rumpfmotoren ab Ende 1990 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt soll das jetzt vereinbarte Investitionspro-

gramm von rund 500 Mill. DM abgeschlossen sein. Die bereits laufende Montage des Santana in Shanghai soll dabei „schrittweise“ an die vorgesehenen 20 000 Einheiten pro Jahr herangeführt werden. Die Fahrzeuge sind ausschließlich für den chinesischen Markt bestimmt. Wie es heißt, sind die technischen Kapazitäten auf 30 000 Einheiten ausgelegt worden, so daß eine Steigerung der Jahresproduktion kurzfristig möglich ist.

Mit dem Aufbau der Rumpfmotorenfabrik soll 1988 begonnen werden. Geplant ist die Produktion eines 4-Zylinder-Motors als Benzin- und Dieselsversion. Die der chinesischen Santana-Fertigung entsprechende Stückzahl soll in China komplettiert werden. Die darüber hinaus produzierten rund 80 000 Motoren sind für den Export an VW vorgesehen. Logistische Probleme bei der Verwendung und dem Einsatz dieser Motoren werden bei VW nicht gesehen.

Der nationale Fertigungsplan an der Fahrzeugproduktion in Shanghai beträgt derzeit 30 Prozent. Er beinhaltet die Montage der Autos. Bis 1991 soll dieser Anteil auf 80 bis 90 Prozent steigen. Voraussetzung dafür sei der Aufbau einer leistungsfähigen chinesischen Zulieferindustrie. Dabei handelt es sich zunächst um die Zulieferung von Reifen, Radios, Gummitteilen und Fahrzeugsitzen aus lokaler Fertigung. In der neuen Gesellschaft wird VW durch zwei Direktoren (Finanz und Einkauf sowie Technik) vertreten sein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einzelhandelspreise

1,5 Prozent über Vorjahr

Wiesbaden (VWD) - Die Abgabepreise des deutschen Einzelhandels blieben im September gegenüber dem Vormonat unverändert. Sie lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,5 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index der Einzelhandelspreise ist bei 134,2 angekommen (1976 = 100).

Plus im Berlin-Verkehr

Berlin (AP) - Mit fast 3,2 Millionen Passagieren wurden im Flugverkehr von und nach Berlin im ersten neun Monaten dieses Jahres 2,6 Prozent mehr Reisende befördert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach der am Mittwoch vorgelegten Dreivierteljahresbilanz der Flughafen-Gesellschaft verzeichnete der Linienvorkehr ein Plus von 1,9 Prozent, der Pauschalflugverkehr wuchs um sieben Prozent.

Nigeria will Zinsen zahlen

London (VWD) - Nigeria will, Anfang nächsten Jahres, 220 Mill. Dollar ausstehende Zinsen für Handels-schulden bezahlen, verlautet aus London. Diese Summe deckt jedoch nur die im Laufe des Jahres 1984 angefallenen Zinsen ab und betrifft auch nur solche Kredite, die von westlichen Exportkredit-Institutionen garantiert sind. Die Bereitschaft zu diesen Zahlungen hatte Nigeria vergangene Woche in Paris auf einer Konferenz mit Vertretern 17 westlicher Regierungen erklärt. Diese hatten den Nigerianern verdeutlicht, daß sie keine weiteren Eigenwechsel des Landes akzeptieren würden, ehe sich Lagos nicht mit dem IWF über ein Sparprogramm einigte.

Hypothekenzinsen sinken

Frankfurt (VWD) - Nachdem erst Mitte September eine Rücknahme der Hypotheken-Zinssätze um etwa ¼ Punkt vorgenommen wurde, scheint sich nun eine Reduzierung

um rund ¼ Prozentpunkt durchzusetzen. Bereits Ende September hatten einige Institute ihre Konditionen (Auszahlung, Zinssatz) derart geändert, daß der Effektivzins ¼ Punkt niedriger lag. Mittlerweile haben sich andere Institute angeschlossen. Einige Realreditinstitute wie die Deutsche Genossenschafts Hypothekenbank bieten nun auch wieder Zinsschreibungen mit 15 Jahren Laufzeit an.

Handelsgesetz gebilligt

Washington (AP) - Der US-Kongreß hat am Dienstag ein umfassendes Handelsgesetz verabschiedet. Darin wird der US-Stahlindustrie die Modernisierung ihrer Kapazitäten angeduldet, um Importbeschränkungen ausländischer Produkte überflüssig zu machen. Ländern, die Handelsbeschränkungen gegen amerikanische Waren aufrechterhalten, droht künftig die Beschränkung ihrer eigenen Exporte in die USA. Schließlich werden die Zollerleichterungen für 140 Entwicklungsländer bis 1993 beibehalten und der Präsident zu Verhandlungen über ein amerikanisch-israelisches Freihandelsabkommen ermächtigt.

Neue Arbeitsplätze

München (dpa/VWD) - Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann rechnet damit, daß bis 1989 rund 20 000 neue Arbeitsplätze in der Elektronik-Industrie des Freistaates geschaffen werden. Dafür sollen in den Jahren 1985 bis 1988 insgesamt 42 Millionen DM für die Mikroelektronik-Forschung außerhalb der Universitäten ausgegeben werden. Das Regierungskonzept zur Förderung der Elektronik-Industrie sieht ferner eine Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte auch bei allgemeinbildenden Schulen an die neuen technologischen Erfordernisse vor. Die Elektronik-Industrie sei, so Jaumann, mit 230 000 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber des Landes.

KARTELLSENAT

Entscheidung im Verfahren Metro/Kaufhof im Oktober

dpa/VWD, Berlin

Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts will am 16. Oktober seine Entscheidung im Verfahren Metro/Kaufhof verkünden, bestätigte das Gericht. Dabei geht es um die Beschwerde gegen die Verfügung des Bundeskartellamtes vom Juni 1983, mit der der Metro Vermögensverwaltung KG, Düsseldorf, die beabsichtigte Aufstockung ihrer Beteiligung am Grundkapital der Kaufhof AG, Köln, auf 25 Prozent untersagt wurde.

Die Entscheidung des Kartell-senats dürfte davon abhängen, ob er den Cash-and-carry-Großhandel, in dem die Metro nach Einschätzung des Bundeskartellamtes eine marktbeherrschende Stellung hat, als eigenständigen, abgrenzbaren Großhandelsmarkt ansieht oder ob der C&C-Großhandel im Wettbewerb zum Zustellgroßhandel und zu Groß-

betriebsformen des Einzelhandels, die sich auch an gewerbliche Abnehmer wenden, steht.

Von der Entscheidung des Kartell-senats, gegen die mit Sicherheiten Rechtsbeschwerden beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zugelassen sind, dürfte eine Signalwirkung für die weitere Entwicklung im deutschen Lebensmittelgroß- und Einzelhandel ausgehen. Mit Interesse wird auch erwartet, wie sich der Senat zu dem vom Bundeskartellamt angenommenen Oligopol in der Nachfrage gegenüber der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie äußern wird. Das Kartellamt ging in seiner Untersuchungsverfügung noch von einem Oligopol bestehend aus Aldi, Tengelmann, Coop, Edeka, Rewe/Leibbrand und Metro aus, berücksichtigte hierbei aber nicht die großen Einkaufskontore.

VERSTEIGERUNG

Im Zuge der Umstrukturierung von AEG-Industrie in Berlin versteigert, wir im Auftrag der Geschäftsleitung aus dem Betriebskassenschatz: 4 Karussell-drehmasch, Schieb 16 DKE 125/EX 150, 6 1300-2000 mm; 3 NE-Büh-nen, Müller MWP 13/30/2; 4 L-2 Drehbühnen, Wöhlberg W 45V, Martin DLZ 603, Boehringer VS, 80er, 8 Vert-Langloch-Holz-Waagen-sch-Fräsmaschinen, Bohle FB 125, Forst FNL, Hecker FW400, Werner HF 1,5, Müller SR 23, TOS MSFV/2; 3 Radialbohrmasch., Raboma 120 H 1250, Kolb EH 2000; 2 Außenbohrmasch., Fortuna 2000, Jung 600/6; Bohrwerk, Wotan TB 60, STANZER; 2 Hahnenkranzbohrer, Schuler N20 -201, 30 mm; 5 Exzentrpressen, Helmerding TR 12 - TR 8, Ebu SH 15, Lauff 60 t, Weingarten 36 t; 3 hydr. Spulenpressen, Schumann 458 25-85 atü; Abtastpresse, Wilhelmshuber AP 80, 2600 mm lang; 2 Abkantbän-ke, Fasti, 1500 x 4500 mm; DIERSE: Kaltrollpressen, Ulma, Kallenbach, Ohler; Tischkreissägen, Baurer; Tischfräsen, Baurer; Abrieht-, Tischbohr-maschinen, Absauganlagen, Spritzkabinen, Entfettungsbecken, Richtplatten, Schweißleuchte, Kammer-Glühöfen, Werkzeuge, Spulenwickelmasch., Schweißgleichrichter, Trafos, 2 g. Lackierpressen, Ausleger, Ausleger, Gabelkranne, E-Züge, Metallspinnrollen, Regale, Brückenwaagen, Zahn-schnecken, Schraubzwingen, HILFEDRUCK: Schneidzirkel, Oszillographen, Hochspannungstrato, Regelwiderstände, E-Motoren, Prüfgewichte u.v.a.m.

BEREICHUNG: Dienstag, 16. Oktober 1984, 9.30 - 17 Uhr, am Versteigerungs-tag, 8 - 9.45 Uhr, Vorbesichtigung nach Tel., Anmeldung möglich. Ausführlicher Katalog auf Anforderung.

AEG-Telefunken

D-1000 Berlin-Weißing

Werk Brunnenstraße 107 a

Mittwoch, 17. Oktober 1984, Beginn 10 Uhr

Zur Versteigerung gelangen u.a. 700 Paßkissen u.a.; FERTIGHEIT: 4 Karussell-drehmasch, Schieb 16 DKE 125/EX 150, 6 1300-2000 mm; 3 NE-Büh-nen, Müller MWP 13/30/2; 4 L-2 Drehbühnen, Wöhlberg W 45V, Martin DLZ 603, Boehringer VS, 80er, 8 Vert-Langloch-Holz-Waagen-sch-Fräsmaschinen, Bohle FB 125, Forst FNL, Hecker FW400, Werner HF 1,5, Müller SR 23, TOS MSFV/2; 3 Radialbohrmasch., Raboma 120 H 1250, Kolb EH 2000; 2 Außenbohrmasch., Fortuna 2000, Jung 600/6; Bohrwerk, Wotan TB 60, STANZER; 2 Hahnenkranzbohrer, Schuler N20 -201, 30 mm; 5 Exzentrpressen, Helmerding TR 12 - TR 8, Ebu SH 15, Lauff 60 t, Weingarten 36 t; 3 hydr. Spulenpressen, Schumann 458 25-85 atü; Abtastpresse, Wilhelmshuber AP 80, 2600 mm lang; 2 Abkantbän-ke, Fasti, 1500 x 4500 mm; DIERSE: Kaltrollpressen, Ulma, Kallenbach, Ohler; Tischkreissägen, Baurer; Tischfräsen, Baurer; Abrieht-, Tischbohr-maschinen, Absauganlagen, Spritzkabinen, Entfettungsbecken, Richtplatten, Schweißleuchte, Kammer-Glühöfen, Werkzeuge, Spulenwickelmasch., Schweißgleichrichter, Trafos, 2 g. Lackierpressen, Ausleger, Ausleger, Gabelkranne, E-Züge, Metallspinnrollen, Regale, Brückenwaagen, Zahn-schnecken, Schraubzwingen, HILFEDRUCK: Schneidzirkel, Oszillographen, Hochspannungstrato, Regelwiderstände, E-Motoren, Prüfgewichte u.v.a.m.

BEREICHUNG: Dienstag, 16. Oktober 1984, 9.30 - 17 Uhr, am Versteigerungs-tag, 8 - 9.45 Uhr, Vorbesichtigung nach Tel., Anmeldung möglich. Ausführlicher Katalog auf Anforderung.

ANGERMANN AUKTION KG

HAMBURG

D-2000 Hamburg 1

Wohlthutstraße 5

Tel. 040/361 20 70, Telefax 040/36 42 73, Telex 2 13 665 / 2 13 383

**Was hat die
Wirksamkeit einer
Kopfschmerz-Tablette
mit der Qualität
von Sport-Reifen
gemeinsam?**

Informations-Logistik von Tandem.

Die Qualität von Produkten, Dienstleistungen und Entscheidungen hängt davon ab, daß die richtigen Informationen zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur Verfügung stehen. Darum haben auch

so unterschiedliche Bereiche wie Reifenproduktion und Pharma-Industrie für ihren Erfolg eines gemeinsam: sie brauchen eine perfekte Informations-Logistik. Und weil die Ansprüche an Aufberei-

tung und Verteilung der Informationen immer höher werden, müssen die Computer-Systeme speziell für diese Logistik-Aufgaben konzipiert sein.

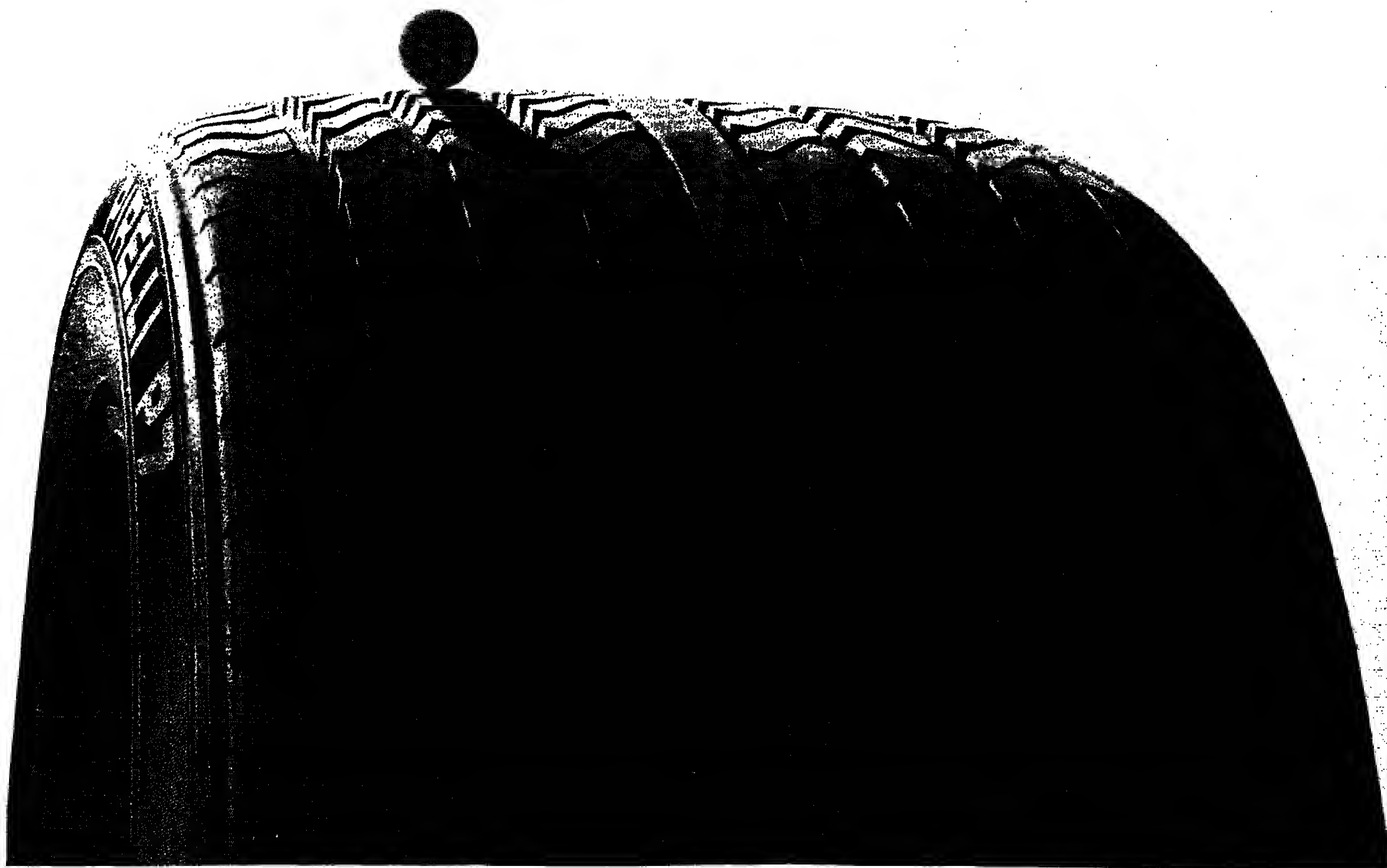
Tandem Computer sind perfekte Informations-Logistik-Rechner. Damit sorgt das Tandem-Konzept für:
Mit Schnelligkeit und Reaktionsstärke durch Transaktions-Optimierung.
Mit Kommunikations-Fähigkeit für Daten, Texte und Bilder.
Mit Ausfallsicherheit durch relationale Datenbanken.
Mit Beständigkeit und Flexibilität durch unbegrenzte Ausbaufähigkeit.
Mit leichter und sicherer Bedienung.
Und das alles mit Ausfallsicherheit durch das einzigartige Tandem Non-Stop-System.

So sorgt Tandem dafür, daß Sie auch bei höchstem Informations-Tempo keine Kopfschmerzen bekommen.

Tandem-Geschäftsstellen: Hamburg, Dortmund, Düsseldorf/Hilden, Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Zürich.
Tandem-Fertigung: Neufahrn bei München.

TANDEM

Wo Erfolg vom Computer abhängt,
geben wir Sicherheit.



LANDMASCHINEN

Renault und IH kooperieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Nach 18monatigen Verhandlungen hat die staatliche französische Renault-Konzern mit der in Frankreich stark vertretenen International Harvester einen Kooperationsvertrag für den Bereich landwirtschaftlicher Maschinen unterzeichnet. Er sieht die Gründung einer gemeinsamen Studien- und Dienstleistungsgesellschaft vor, die die nächsten Bedingungen der Zusammenarbeit insbesondere für den Materialeinkauf festlegen soll.

Zur Finanzierung künftiger Investitionen und zur Konsolidierung der gegenüber dem französischen Staat und den Staatsbanken bestehenden Verbindlichkeiten soll eine weitere Gesellschaft gegründet werden, an deren Kapital von 125 Mill. Franc sich Renault und Harvester mit je 40 Prozent beteiligen. Die von ihr aufzubringenden Mittel würden aber bei weitem nicht den ursprünglich vorgesehenen Betrag von einer Milliarde Franc innerhalb von fünf Jahren erreichen, heißt es in Paris.

Renault-Präsident Bernard Hanon verspricht sich von diesem Vertrag die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Tochter Renault Matériel Agricole, die mit 2,35 Mrd. Franc Umsatz größter französischer Anbieter von landwirtschaftlichen Traktoren (8,4 Prozent Marktanteil) ist. Harvester verbuchte 1983 bei 2,2 Mrd. Franc Umsatz 400 Mill. Franc Verluste. Die Regierung stellte seit Mitte letzten Jahres etwa 550 Mill. Franc an Krediten zur Verfügung. Zu deren Konsolidierung wurde ein Rationalisierungsabkommen mit Renault verlangt. In einer Absichtserklärung von März war die Rede von der gemeinsamen Entwicklung und Produktion von Traktorengetrieben. Das jetzt unterzeichnete Abkommen geht weniger weit.

Belgrad erhält Geld für Straßen-Ausbau

cgs. Wien

In Belgrad wurde anlässlich der Tagung des Verwaltungsrats der Europäischen Investitionsbank (Luxemburg) ein Darlehensvertrag über 60 Mill. Ecu (150 Mill. DM) unterzeichnet, der den Ausbau des Karawanken-Tunnels zwischen Österreich und Jugoslawien zum Ausbau seines Straßennetzes ermöglichen soll. Etwa 65 Mill. DM wird die Investitionsbank für den Bau des Karawanken-Tunnels zwischen Österreich und Jugoslawien zur Verfügung stellen. Der Rest von 85 Mill. DM soll für den Ausbau der Autobahnstrecken in Kroatien und Serbien auf den transjugoslawischen Magistralen - Richtung Griechenland, Bulgarien und der Türkei - verwendet werden.

Besonders dem Karawanken-Tunnel kommt nicht nur aus jugoslawischer Sicht große Bedeutung zu, weil die bestehenden Grenzübergänge über den Loibl- und den Wurzenpaß nicht wintersicher und bereits heute überlastet sind. Die Bauzeit des Tunnels, von dem 3,5 Kilometer auf jugoslawischem Gebiet liegen werden, soll bis Ende 1988 dauern. Nach Fertigstellung erwartet man eine tägliche Frequenz von 6000 bis 7000 Fahrzeugen. Die Gesamtkosten für den Karawanken-Tunnel werden mit 800 Mill. DM veranschlagt.

USA / Position des Netto-Kapitalimporteurs beruht nicht nur auf dem Zustrom von Auslandsgeldern

Amerikas Direktinvestitionen stark geschrumpft

H.A. SIEBERT, Washington
Die hohen Renditen von Dollaranlagen und die stark geschrumpften Ausleihungen der Banken in Länder der Dritten Welt sind vor allem dafür verantwortlich, daß die USA mehr Kapital einführen als exportieren. Das belegen neue Statistiken des Investmenthauses Salomon Brothers in New York und der Federal Reserve Bank in St. Louis. Eine Untersuchung des Haushaltsbüros des Kongresses warnt zugleich vor den enormen Zinslasten, die durch die rasche Akkumulation der Washingtoner Bundesschulden entstehen.

So groß ist die Attraktivität amerikanischer Wertpapiere, daß US-Unternehmen im September zum erstenmal mehr Obligationen im Ausland als zu Hause emittiert haben. Das große Kaufinteresse der Ausländer ermöglichte es ihnen, kurzfristige Gelder durch langfristige mit festen Zinsen, die weniger riskant sind, zu ersetzen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres brachten die US-Gesellschaften 14,4 Mrd. Dollar (nahezu 44 Mrd. Mark) oder ein Drittel aller amerikanischen Unternehmensanleihen im Ausland unter - ein Rekord. Im Gesamtjahr 1983 waren es 7,3 Mrd. Dollar oder ein Zehntel und 1982 15,1 Mrd. Dollar oder 21,1 Prozent.

Folgt man der regionalen Notenbank in St. Louis, Missouri, dann muß die vorherrschende Ansicht revidiert werden, wonach ausländische

Kapitalzuflüsse zur Finanzierung der US-Haushaltsdefizite Amerika zum Netto-Kapitalimporteur degradiert haben. Der Grund liegt vielmehr darin, daß Ausländer sich stärker in die USA engagiert hätten als amerikanische Anleger jenseits der eigenen Grenzen, betont die Bank. Und weiter: „Die wichtigste Ursache liegt in der Entscheidung der Amerikaner, zu Hause zu investieren. Das führte zu einem drastischen Abbau unserer Investitionen im Ausland.“

Die Federal Reserve Bank in St. Louis weist darauf, daß 1983, als die USA in die Rolle eines Netto-Kapitalimporteurs schlüpfen, der Zustrom ausländischen Kapitals so gering abgeklungen sei, und zwar von 95,2 (1982) auf 81,7 Mrd. Dollar. Dieser Trend habe sich im ersten Quartal 1984 fortgesetzt. Andererseits seien

die US-Kapitalexporteure gleichzeitig von 118,9 auf 49,5 Mrd. Dollar gesunken. Als bedeutendsten Faktor nennt die Bank die stark reduzierten Forderungen amerikanischer Banken gegenüber Ausländern, die aus der Schuldenkrise resultierten.

Amerikas Rückfall in die Position eines Netto-Kapitalimporteurs sei nicht von enormen Zuwächsen beim Kauf von Treasury-Papieren durch Ausländer begleitet gewesen, führt die Bank fort. Während Ausländer 1983 mehr Schatztitel erwarben, sei ihr Anteil an der US-Bundesschuld - wie schon in den drei Jahren zuvor - geschrumpft. Die Notenbank in St. Louis hat die unten abgebildete Tabelle mitgeliefert.

Für Ausländer sind amerikanische Wertpapiere vor allem wegen der hohen Verzinsung des eingesetzten

Kapitalbewegungen der USA (in Mrd. Dollar)					
	1980	1981	1982	1983	1. Q. 1984
US-Anlagen im Ausland (Kapitalabflüsse)	86,1	111,0	118,9	49,5	23,7
Forderungen der US-Banken	46,8	84,2	111,1	25,4	1,3
Ausl. Anlagen in den USA (Kapitalzuflüsse)	58,1	81,3	95,2	81,7	47,2
in Treasury-Papieren	12,4	8,0	12,8	15,7	4,9
US-Bundesschulden, gehalten von Ausländern, in Prozent (vorläufige Jahresrate)	17,5	16,5	15,1	14,1	13,6

SECURITY '84 / Kritik an der Bauwirtschaft

Milliarden-Markt wächst

HARALD POSNY, Essen
Angesichts der ständig steigenden Zahl von Einbrüchen, Raub und Diebstahl wachsen auch Sicherheitsbewußtsein und der Bedarf an Vorrichtungen und Anlagen zum Schutz des Eigentums. Die bevorstehende 6. Internationale Sicherheits-Fachmesse „Security '84“ (18. bis 19. Oktober in Essen) nutzt deren Messebeitrags-Vorsitzender Helmut Ristow zu eindringlichen Appellen an die Bauwirtschaft, den Sicherheitsaspekten „rund ums Haus“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sowohl in der Bauwirtschaft als auch schon bei Planern und Architekten bestehe ein „massiver Nachholbedarf an Kenntnissen über präventive Sicherheitstechniken“.

Nach Ristow dürfe es kein Haus ohne Diebstahlsicherung geben. Dabei käme es nicht auf elektronische Alarmanlagen allein an, sondern schon auf technisch sinnvolle, bei Bedarf zuverlässige und finanziell erschwingliche Sicherungen. Für vernünftige mechanische Sicherungen (Schlösser, Türen, Riegel) brauchen nur etwa 1000 bis 1500 DM aufgewendet werden, für eine komplette Gebäude-Außenhautsicherung (Bewegungsmelder und Überwachungs-video) für ein zweigeschossiges freistehendes Einfamilienhaus müßten dagegen 10 000 bis 25 000 DM auf den Tisch gelegt werden. Zu Anfang könne man sich auch mit einzelnen Bausteinen eines Sicherungssystems behelfen.

Im privaten Baubereich seien die Versäumnisse noch am größten, im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich dagegen würde schon im Hinblick auf wertvolle EDV-Anlagen auf die

Sicherheit ein weitaus größeres Augenmerk gerichtet. Dabei stünden die Ausgaben für die überwiegend langlebigen Produkte in keinem Verhältnis zum Wert der geschützten Güter. So wird der entstandene und zumeist von den Versicherungen regulierte Schaden aus Raub, Einbruch und Diebstahl pro Jahr auf mindestens 3 Mrd. DM (ohne Ladendiebstahl) geschätzt, dazu kommen noch 3 Mrd. DM für Brandschäden.

Verlässliche Umsatzangaben der Branche liegen zwar nicht vor, doch wagt Ristow die Schätzung eines Industriesatzes für 1983 von rund 4 Mrd. DM, das entspräche einem Plus von 15 Prozent gegenüber 1982, dem Jahr der letzten „Security“. Am Gesamtumsatz waren, so Ristow, die mechanische Sicherheitstechnik (Schlösser und Beschläge) mit etwa 50 Prozent, Dienstleistungen im Bereich der elektronischen Gefahrenmeldetechnik mit 14 Prozent beteiligt.

Einschließlich aller an diesem Markt Beteiligten (Baustoffhersteller, Werttransporte, Fahrzeuge und Treibstoffe) wird der Umsatz der Sicherheitsbranche auf 6 Mrd. DM geschätzt, für 1984 wird mit einem „Sicherheits“-Umsatz von 6,4 bis 6,5 Mrd. DM gerechnet, 6 bis 7 Prozent mehr als 1983. Die Branche beschäftigt in 3000 überwiegend Kleinbetrieben 90 000 bis 100 000 Menschen.

Zu der vom Angebot her vielfältigen und von der Internationalität her bedeutendsten Fachmesse dieser Art in der Welt werden 224 (287) Aussteller aus 20 (19) Ländern erwartet. Etwa 38 (36) Prozent der Aussteller kommen aus dem Ausland.

Streikaktionen in britischen Werken

fu. London

Die britische Automobilindustrie, die in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in den Bereichen Produktivität und Ertragsfähigkeit gemacht hat, sieht sich plötzlich wieder Streikaktionen ausgesetzt. So haben die meisten der 15 000 Automobilarbeiter der britischen Opel-Schwesterfirma Vauxhall jetzt ihre Arbeit niedergelegt. Sie protestieren mit dieser Aktion gegen ein Angebot der Geschäftsführung, die Bezüge um 6,75 Prozent auf Jahr gerechnet anzuhängen, daran allerdings die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Produktivitätsprogramme zu knüpfen. Gleichzeitig haben die Gewerkschaftsführer der 7000 Mitarbeiter bei Jaguar ein Angebot zur Anhebung der Bezüge über zwei Jahre um 21 Prozent als „unvertretbar niedrig“ zurückgewiesen.

Noch in dieser Woche werden die Vertreter von 38 000 Mitarbeitern des staatlichen Automobilherstellers Austin Rover (British Leyland) eine Lohnforderung von mehr als 20 Prozent vorlegen. Und am 19. Oktober wird die Geschäftsleitung von Ford Großbritannien ihre Antwort auf die Forderung der 40 000 im Stundenlohn bezahlten Autoarbeiter nach einer Anhebung der Bezüge um 14 Prozent abgeben.

Alle drei großen Vauxhall-Werke Luton, Ellesmere Port und das Lkw-Werk Dunstable - liegen gegenwärtig still. Während die Geschäftsführung der General-Motors-Tochter zuversichtlich ist, daß der Ausstand rasch beigelegt werden kann, hat die Gewerkschaft erklärt, ein Streikende sei nicht in Sicht, solange das Angebot der Geschäftsführung nicht deutlich verbessert werde.

LONDON / Geldmengenhöhe überrascht Finanzmärkte

Zinssenkung nicht in Sicht

WILHELM FURLER, London
Die Hoffnungen auf eine unmittelbare bevorstehende neuerliche Zinssenkung in Großbritannien haben sich vorerst zerschlagen. Unerwartet stark hat sich nämlich den jüngsten Statistiken zufolge die Geldmenge ausgeweitet. Nach Angaben der Bank von England stieg die am weitesten definierte Geldmenge Sterling M3 (sie umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Sparanlagen) im letzten Bankmonat zu Mitte September um zwischen 1,25 und 1,5 Prozent.

Damit hat sich Sterling M3 seit Februar aufs Jahr umgerechnet um zehn Prozent ausgeweitet. Dieser Anstieg liegt am oberen Ende der von der Regierung Thatcher festgelegten Bandbreite. Die Finanzmärkte wurden von den jüngsten Geldmengen-Statistiken völlig überrascht. In den letzten zwei Monaten hatte sie sich entweder gar nicht ausgeweitet oder war sogar gefallen.

Entsprechend ist die Thatcher-Administration ebenso wie die Bank von England davon überzeugt, daß die

längerfristigen monetären Konditionen auf weiter fallende Zinsen hindeuten. Allerdings wird der Zeitpunkt in erster Linie von der Entwicklung im bald acht Monate dauernden Ausstand im britischen Kohlebergbau abhängen.

Gegenwärtig liegen die Basis-Anleihezinsen der britischen Geschäftsbanken bei 10,5 Prozent. Zuletzt wurden sie Mitte August um einen halben Punkt gesenkt. Im Juli waren sie aufgrund sehr schlechter Geldmengen-Statistiken und einer plötzlich einsetzenden Pfundschwäche auf Grund der Zuspitzung der Streiksituation innerhalb von nur zwei Wochen um insgesamt 2,75 Punkte auf zwölf Prozent angehoben worden.

Die Regierung Thatcher, durch steigende Arbeitslosenzahlen und Anzeichen einer sich abschwächenden Konjunkturbildung in die Enge gedrängt, wünscht sich fallende Zinsen so rasch wie möglich. Allerdings würde ein solcher Schritt angesichts der Unsicherheit an den Finanzmärkten über den Bergleite-Streik das Pfund Sterling wahrscheinlich unter Druck setzen.

FRANKREICH / Haushalts-Angaben umstritten

Defizit höher als angegeben?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat in ihrem Haushaltsplan für 1985 die Einnahmen überschätzt und die Ausgaben zu niedrig bewertet. Dies behauptet eine dem früheren Premierminister Raymond Barre nahestehende Expertengruppe. Das Budgetdefizit würde demzufolge statt 140 mindestens 155 Mrd. Franc erreichen und damit das von Staatspräsident Mitterrand festgesetzte Limit von drei Prozent des Bruttosozialprodukts überschreiten. Nach den vorsozialistischen Haushaltsgrundsätzen käme man sogar auf 4,1 Prozent.

Die Untersuchung stellt den restriktiven Charakter der französischen Budgetpolitik in Frage. Die durch zahlreiche technische Tricks frisierten Staatsausgaben würden im nächsten Jahr nicht um 5,9 sondern um 7,8 Prozent steigen und damit die programmierte Zunahme des nominalen Sozialprodukts von 7,5 Prozent übertreffen. Beispielsweise sei der Schuldendienst auf 84 statt auf 100 Mrd. Franc beziffert worden.

Andererseits hält die Gruppe die Steuereinnahmen schon wegen des

Die von den Barre-Experten betriebene „Budget-Demontage“ giftig in der Behauptung, daß die sozialistische Regierung die Staatsfinanzen nicht mehr meistere. Mit solchen Argumenten verspricht sich Barre möglicherweise Stimmen aus dem Mittelstand bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1986. Gerade die Regierung Fabius jedoch verfolgt ebenfalls das Ziel, durch Steuerensenkungen, die den Mittelstand begünstigen, bei diesen Wahlen zusätzliche Stimmen des Zentrums zu gewinnen.

NAMEN

Walfried W. Munn, Seniorchef der Reisser Schraubenwerk GmbH + Co, Künzelsau, feiert am 12. Oktober den 60. Geburtstag.

Ulrich Vogelsang ist aus der Geschäftsführung der Schleicher + Schüll GmbH, Einbeck, ausgeschieden. Sein Nachfolger ist Karsten Hess. Gleichzeitig wurde Georg v. Pflar per 1. Juli 1984 als technischer Geschäftsführer bestätigt.

Rolf Schmidt-Holz, Korrespondent im Studio Bonn der ARD, übernimmt Anfang 1985 bei der Bertelsmann AG die Leitung des Vorstands-büros Information und Publizistik. Sein Vorgänger, Manfred Harnisch-

leger, ist seit Juli Geschäftsführer der Ufa Film- und Fernseh-GmbH, Hamburg.

Manfred Siebenlist, beim Erntemaschinen-Hersteller Claas oHG, Harsewinkel, zuständig für Vertriebs- tochtergesellschaften, Absatzwirtschaft und Personal, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung ernannt worden.

Prof. Wolfgang Heiermann, Rechtsanwalt in Frankfurt und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Baurecht e. V., Frankfurt, wurde in Freiburg zum Präsidenten der Europäischen Gesellschaft für Baurecht gewählt.

Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot:

Mit DM 5,03 pro Quadratmeter monatlichem Durchschnittsbetrag finanzieren Sie eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein in 10 Jahren! Und das mit einem Eigenkapitaleinsatz von nur DM 128.640,- bei einer Investitionssumme von DM 1 Mio. Dieses ungewöhnliche Angebot wird durch die optimale Kombination von Zonenrandsonderabschreibung und direkten Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand möglich.

Wir haben dieses Beispiel durchgerechnet. Mit Zinsen und Tilgung. Mit der jährlichen Belastung auf 10 Jahre. Wir treten den Beweis in einem Finanzierungsmodell an. Es hat nur 6 Seiten. Sie sollten es auf jeden Fall lesen. Rufen Sie uns an. Sie erhalten das Finanzierungsmodell

(auf Wunsch auch weitere Informationen) kostenlos.



WIRTSCHAFTS-FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Informationschrift. Wie Sie bei einer Investition von DM 2 Millionen einen Steuer- und Zinsvorteil von DM 417 550,- in Schleswig-Holstein erzielen können, rechnen wir Ihnen hier vor. | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmodell DM 5 Millionen für das vererbende Gewerbe |
| <input type="checkbox"/> Informationschrift. DM 806 000,- geringerer Kapitalgehalt bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringerem Eigenkapitaleinsatz! | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmodell DM 2 Millionen für den Im- und Exporthandel |
| <input type="checkbox"/> Informationschrift. „STOP“ Bevor Sie Ihre Bilanz abgeben. Nutzen Sie die ertragsschätzenden Steuern als Eigenmittel für Investitionen. Hier sagen wir Ihnen wie | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmodell. So finanzieren Sie mit monatlich DM 5,03 pro qm eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein. Und in 10 Jahren gehört alles Ihnen |
| | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmodell Für das Handwerk und den mittelständischen Handel |

Anspruchsbefugter

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Schleswig-Holstein mbH · Sophienblatt 60 · 2300 Kiel 1 · Tel. (0431) 630 91

STAEDTLER

Wachstum im Ausland

dpa/VWD, Nürnberg
Bei der Staedtler Mars GmbH & Co. Schreib- und Zeichengerätefabriken, Nürnberg, wird das Geschäft 1984 hauptsächlich vom Export getragen. Wie Geschäftsführer Kurt Ebert in Nürnberg berichtete, erhöhte sich der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 14 Prozent. Die Auftragsbestände stiegen um kräftige 50 Prozent und die Auftragslaufzeit um 22,4 Prozent. Für das Gesamtjahr geht Ebert für das Stammhaus von einem Umsatzzuwachs von mindestens zehn Prozent auf 195 Mill. DM aus, nachdem das Vorjahr ein Umsatzplus von acht Prozent auf 178 Mill. DM gebracht hatte. Die Eigenkapitalquote bezifferte Ebert für 1983 auf rund 42 Prozent. Im laufenden Jahr soll sie auf 46 Prozent anwachsen.

Während das Inlandsgeschäft insgesamt stagnierte, legten die Exporte in den ersten neun Monaten um 18,5 Prozent zu. Die Exportquote stieg auf 76 Prozent nach 73 Prozent in 1983. Beschäftigt wurden zum 30. September im Inland 1630 (1581) Mitarbeiter. Weltweit stieg der Staedtler-Umsatz 1983 um 7,4 Prozent auf 390 Mill. DM. Für das laufende Jahr peilt Ebert einen Zuwachs von wenigstens zehn Prozent an. Staedtler exportierte in mehr als 150 Länder. Wichtigstes Abnehmerland wurden 1983 erstmals die USA.

Unübersichtliches Software-Angebot

dpa/VWD, Berlin
„Keine echte Begeisterung“ und eine „rätselhafte Kaufzurückhaltung“ wurden in Berlin zum Auftakt des Software-Kongresses „Compas '84“ bei Programmen für Computer (Software) festgestellt. Nach Angaben von Unternehmenssprechern gebe es ein „verwirrendes und unübersichtliches Programmangebot“. Das Angebot an Methoden, Verfahren und Werkzeugen bei Software sei inzwischen so vielfältig und schwer überschaubar geworden, daß die verantwortlichen Manager „total verunsichert“ seien.

Nur durch eine „ingenieurmäßige, quasi-industrielle Fertigung“ von Software könne das ungünstige Preis-/Leistungsverhältnis bei Programmen abgebaut werden. Software sei heute doppelt so teuer wie 1975, während Hardware innerhalb von zehn Jahren auf fünf Prozent der ursprünglichen Kosten gesunken sei. Allgemein wird damit gerechnet, daß Ende der 80er Jahre fast 90 Prozent aller Ausgaben für Datenverarbeitung für Software ausgegeben werde. Zur Zeit seien es 30 Prozent. Zum Compas '84 haben sich nach Angaben des Veranstalters, der Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH Berlin, 730 Teilnehmer angemeldet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: BEB GmbH Baustoffhandel-Erbau, Holsdorf; Amberg: Kalk- und Schotterwerk - Erdbau Hoffmann GmbH, Vilseck; Betzdorf: Zimthaus Wohnungsbau GmbH, Pracht; Duisburg: PM-Bau GmbH, Hainburg; BADA Trading Handelsge. mbH, Gehr; Süter (GmbH & Co.), Harold Keimling Kaufmann; Peter Paul Pütz, Hannover; Hero M. Eden, Kaufm., Burgdorf; Köln: Nachl. d. Wilhelm Manfred Quante; Lübeck: Scheel Fuhrunternehmen GmbH, Stockelsdorf; Mannheim: Kerkerbachbahn Aktiengesellschaft; Mönchengladbach: Grevenbroicher Dentalges. mbH (GDB), Grevenbroich; Münster: Johannes Heeren; Neuss: Adolf Gürtler GmbH & Co. KG; Gürtler Verwaltungs-GmbH; Schwarzenbek: Nachl. d. Erich Ritter; Gesebach; Wolfenbüttel: Einzelvogl Ludwig Voigtlander GmbH & Co. KG. Anschluss-Konkurse eröffnet: Augsburg: Heinz Steidl, Rottelried; Mönchengladbach: Hörschen & Morjan GmbH.

Vergleich beantragt: Herford: H. Nienaber GmbH & Co. KG, Spenge.

PHOTOKINA '84 / Die Lichtempfindlichkeit des herkömmlichen Materials auf Silberbasis nimmt immer mehr zu

Der Film ist noch lange nicht ausgereizt

WERNER NEITZEL, Köln
Bei allen Fortschritten in der elektronischen Bildaufzeichnung macht die Photochemie auf der Basis des Silberhalogenids weiterhin von sich reden. Die Möglichkeiten der herkömmlichen Filmtechnologie sind - wie auf der „Photokina Köln 1984“ (10. bis 16. Oktober) erneut demonstriert wird - noch längst nicht ausgeschöpft. Das Filmmaterial ist im Farbenspektrum weiter optimiert worden, und es wird immer lichtempfindlicher, was den Spielraum für das Fotografieren deutlich ausweitet. Überdies wurde die Feinkörnigkeit verbessert. Dies ermöglicht Vergrößerungen, wie sie noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten wurden. Mit dem Filmabsatz im bisherigen Verlauf dieses Jahres sind Industrie und Handel in Anbetracht der widrigen Witterungsverhältnisse nicht unzufrieden. 1983 waren am deutschen Markt 59,8 (63) Mill. Color-Negativfilme und 22,5 (24,5) Mill. Color-Unterfilme abgesetzt worden, bei Schwarzweißfilmen waren es 7,3 (8) Mill. Stück.

Kodak positioniert um

Mit dem Rückhalt eines verbesserten Disc-Films, bei dem die T-Kristalle-Emulsionstechnologie eingesetzt wird, will Kodak dem Absatz von Disc-Kameras neue Impulse geben. Man macht keinen Hehl daraus,

daß die eröffneten großen Verkaufserfolge mit der Disc-Kamera nicht realisiert wurden. Am deutschen Markt wurden innerhalb von zwei Jahren rund 700 000 Disc-Kameras an den Mann gebracht. Einen Grund für die Zurückhaltung glaubt Kodak (neben anfänglichen Mängeln des Disc-Films) in der falschen Positionierung der Disc-Kameras in zu hohen Preisklassen gefunden zu haben. Hier zieht man die Konsequenz und offeriert die zwei Kamertypen 3500 und 4000 zu Preisen (im Handel) um 70 und 100 DM. Neben einer ganzen Palette neuer hochempfindlicher Farbfilme präsentiert Kodak unter anderem auch ein neues Sofort-Dia-System, mit dem in knapp 15 Minuten ein gerahmtes Kleinbild erstellt werden kann. Zu sehen ist auch der von Kodak im Frühjahr auf den deutschen Markt kommende tragbare Kamera-Recorder (Kodavision) auf der Basis des neuen 8-Millimeter-Video-Systems. Das Geräteprogramm (es wird in den USA zu einem Preis von etwa 2000 Dollar verkauft) wird vom japanischen Matsushita-Konzern hergestellt, das Bandmaterial stammt von der japanischen TDK.

Neue Professional-Filme

Die seit März dieses Jahres am Markt befindliche neue Filmgeneration von Agfa-Gevaert ist nach Angaben des Unternehmens über Erwar-

ten gut aufgenommen worden. Ab Januar nächsten Jahres soll ein Programm von acht neuen Professional-Filmen in der Bandbreite von 50 bis 1000 ASA Empfindlichkeit offeriert werden. Auf der „Photokina“ präsentiert Agfa überdies neue Videokassetten, unter anderem auch für Kamera-Recorder des Systems 8 Millimeter. Die zwei Bandversionen (pulverbeseitigt und aufgedampft), die im Verkauf zu Preisen um 30 DM angeboten werden, haben eine Spielzeit von 60 Minuten. Seit Beginn dieses Jahres bietet Agfa im Amateursektor keine Hardware mehr an.

Polaroid mit Video-System

Polaroid, Marktführer auf dem Feld des Sofortbildes, sieht trotz des allgemein fallenden Entwicklungstrends im Amateursektor für diese Art der Fotografie noch ein gutes Betätigungsfeld. „An der Schwelle einer Ära des elektronischen Bildes stehend, befindet sich auch die Sofortbildfotografie mitten in einem technologischen Transfer“, meint Joseph J. McLaughlin, Vizepräsident von Polaroid. Bei den Polaroid-Produkten haben sich Elektronik und Photochemie längst ineinander verzahnt. Auf der „Photokina“ zeigt Polaroid erstmals in Europa sein neues 8-Millimeter-Heim-Video-System, das aus der Produktion des japanischen Elektronik-Konzerns Toshiba stammt. Das

Bandmaterial kommt von TDK. Über kurz oder lang will Polaroid auch mit eigenen Magnetbändern aufwarten. Markteinführung in den USA soll Ende dieses Jahres sein. Der Preis wird mit „konkurrenzfähig“ beschrieben. Der Zeitpunkt für die internationale Markteinführung werde erst im nächsten Jahr bekanntgegeben. Als Umsatz nennt die Polaroid GmbH „zwischen 100 und 200 Mill. DM“. In 1983 sei eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielt worden. Auf den Amateursektor entfallen rund drei Fünftel des Umsatzes.

Auch Fuji testet

Mit einem 8-Millimeter-Video-System, bei dem Kamera und Recorder eine Einheit bilden, wartet auch Fuji auf. Das Bandmaterial stammt aus eigener Fertigung, der Hersteller des Geräts ist vermutlich Sony. In Köln wird das System vorgestellt, um erste Reaktionen zu sammeln. Wann die Markteinführung sein soll, steht noch dahin. Außerdem bietet Fuji ein neues System an, bei dem sich der Fotograf seine Farbtöne auf dem Fernseher zu Hause anschauen kann. Hierbei werden Farbbilder oder Farbnegative magnetisch auf einer Floppy-Scheibe aufgezeichnet. Darüber hinaus kommt Fuji mit einer ganzen Reihe verbesserter Filme bis hin zur Empfindlichkeitsstufe 1600 ASA auf den Markt.

KRONES / Zehnter Börsenneuling in diesem Jahr

Vorzugsaktie zu 460 Mark

INGE ADHAM, Frankfurt
Der zehnte Börsenneuling in diesem Jahr kommt unter der Führung der Commerzbank (weitere Konsortialmitglieder: Bayerische Vereinsbank, Merck, Finck & Co.) zum Emissionspreis von 460 DM je 50-DM-Aktie werden nominal 7 Mill. DM Vorzugsaktien der Krones AG, Neutraubling, vom 17. bis zum 23. Oktober zur Zeichnung angeboten. Die erste Notiz ist in München und Frankfurt für den 29. Oktober vorgesehen.

Die stimmrechtslosen Vorzugsaktien sind mit 4 Prozent Mindestdividende (Nachzahlungspflicht), gleichzeitig mit einer garantierten vierprozentigen Mehrdividende gegenüber den Namens-Stammaktien (16 Mill. DM, die voll bei der Familie Krones liegen) ausgestattet. Auf der Basis des für 1984 erwarteten Gewinns (nach DVEA) von rund 50 (1983: 36,13) DM je 50-DM-Aktie errechnet sich ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 9,2. Damit bietet der „Spezialtitel“ nach Ansicht von Commerzbank-Chef Walter Seipp noch ausreichend Kurspotential nach oben. Seipp, der die deutsche Aktienbörse derzeit in „grundsolider Verfassung“ sieht,

kündigt für sein Haus noch weitere Neuemissionen in diesem Jahr an.

Die Krones AG Hermann Krones der Maschinenfabrikate, Neutraubling bei Regensburg, ist einer der führenden Hersteller von Etikettiermaschinen. Der weltweite Marktanteil im Bereich von Hochleistungs-Etikettiermaschinen beträgt nach Unternehmensangaben 70 Prozent. Einschließlich Tochterunternehmen (darunter eine Produktionsgesellschaft in den USA) wurden 1983 mit rund 2400 Mitarbeitern 235 Mill. DM umgesetzt und ein Gewinn nach Steuern von 9,7 Mill. DM erzielt. In der AG wird in diesem Jahr ein Umsatzplus von 10 Prozent auf rund 190 Mill. DM bei gleichzeitig 15prozentiger Gewinnsteigerung erwartet. Vor diesem Hintergrund sei die in den Vorjahren gezahlte 16 Prozent Dividende für die Familieneigner (das bedeutet 20 Prozent für die Vorzugsaktien) auch für 1984 gesichert. In die Krones-Kasse werden aus dem Emissionsvolumen von 64,4 Mill. DM gut 9 Mill. DM fließen, der Rest geht an die Familie, die Aktien aus ihrem Besitz für die Emission abgibt.

ENKA / Bei technischen Garnen „mit Zuversicht und gestärkt in die Zukunft“ - Erträge steigen wieder

Zufrieden mit der Chemiefaser-Konjunktur

J. GEHLHOFF, Wuppertal
Im nächsten Jahr dürfte es zwar im allgemeinen Rhythmus des „Textilzyklus“ mal wieder abwärtsgehen. Aber 1984 liegt die westdeutsche Chemiefaserindustrie noch schön im nun zweijährigen Wiederaufschwung ihrer Produktionsmengen und Erträge. Sie dürfte ihren Gesamtumsatz in diesem Jahr um weitere 4 (3) Prozent auf 2,8 Mill. t steigern. Der Blick zurück auf die schon 1973 einmal erreichten 3,4 Mill. t lehrt freilich auch in dieser Erholungsphase, daß die mittlerweile zwei Brüsseler Abkommen zum Abbau von Überkapazitäten in dieser langen Jahre krisengequälten Branche ihren Sinn hatten und haben.

„Für uns sind die Probleme bei textilen Chemiefasern im wesentlichen überwunden“, resümiert nach der im eigenen Haus besonders radi-

kal betriebenen Roßkur der Kapazitätsabbau Hans Günther Zempelin, Vorstandsvorsitzender der Enka AG, Wuppertal, der großen Chemiefaser-Tochter des holländischen Alkoma-Konzerns. Einschließlich ihrer sonstigen Aktivitäten (Hervorzuheben dabei vor allem die Barnag-Maschinenherstellung und die Membranproduktion) hat die gesamte Enka-Gruppe ihren Umsatz in den ersten drei Quartalen von 1984 um 18 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gesteigert, wobei der Chemiefaserverband um 7 Prozent wuchs. „Notwendig“, bei textilen Fasern zum Teil aber noch auf der Wunschlinie stehende Preiserhöhungen und insbesondere eine verbesserte Produktstruktur trugen erheblich zum steilen Umsatzanstieg bei. Der Ertrag sei nach vielen Verlustjahren nun wieder „zufriedenstellend“.

Wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung hat bei diesem Chemiefaserproduzenten eine Besonderheit: Chemiefasern jenseits der textilen Einsatzzwecke, die beim Durchschneit aller Faserproduzenten der freien Welt nur 7,5 Prozent vom Umsatz ausmachen, stellen bei Enka, dem auf diesem Feld mit einem Jahresaufstieg von knapp 200 000 t weltgrößten Produzenten, die Hälfte des Chemiefasereinsatzes. Und bei diesen „technischen Garnen“ sei die Konjunktur derzeit „ausgezeichnet“.

Da zählt sich Enka eine lange Tradition offensichtlich aus, die die Produktinnovation auch in der Chemiefaser nicht aus Abstellgleis schob. Bei Beifangern beispielsweise, dem einst ersten großen Anwendungsgebiet für den nichttextilen Faserersatz, war die heutige Enka schon in den 30er Jahren als

Halbjahr um knapp 17 Prozent auf 5 Mrd. DM an, importiert wurden Geräte für 5,8 Mrd. DM (plus 25 Prozent).

Iveco-Neubeginn

Heilbronn (VWD) - Unter dem neuen Namen Iveco Dieselmotoren GmbH wird die bisherige Aifo Fiat Industrie- und Marinemotoren GmbH von Heilbronn aus künftig Dieselmotoren von 20 bis 500 kW aus der italienischen Iveco-Produktion auf dem deutschen und österreichischen Markt vertreiben. Iveco, ein Unternehmen der Fiat-Gruppe, ist mit einer Jahresproduktion von über 280 000 Einheiten zweitgrößter Hersteller von Dieselmotoren in der Welt.

Bußgeld gegen Stahl

Brüssel (dpa/VWD) - Gegen die Badische Stahlwerke, Kehl, frühere Tochter der in Konkurs gegangenen Korf-Gruppe, hat die EG-Kommission ein Bußgeld von umgerechnet 7,5 Mill. DM verhängt. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, im 1. Quartal 1983 bei Walzdraht und Betonstahl die ihm von Brüssel zugewiesenen Erzeugungs- und Lieferquoten überschritten zu haben.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Außer-Haus-Konsum Report 1984/85, Deutscher Fachverlag, Frankfurt, 418 S., Plastikeinband mit Ringbuchmechanik, 150 Mark plus Versandkosten und 7 Prozent Mehrwertsteuer.

Erstmals legt der Deutsche Fachverlag einen Tabellenband über einen Bereich vor, der unter dem Begriff „Außer-Haus-Konsum“ zu einem Markt herangewachsen ist, der von der Verpflegung in Betrieben und Anstalten über Imbiß und Schnellgastronomie bis zur traditionellen Nobelgastronomie reicht. Umfangreiches Zahlenmaterial informiert über die heterogenen Strukturen des Verpflegungsmarktes und des Beherbergungsgewerbes, über den Großverbrauchermarkt als Absatzkanal verschiedener Produktgruppen, über Leistungskennziffern einzelner Unternehmenseinheiten sowie über organisatorische und betriebswirtschaftliche Aspekte der einzelnen Verpflegungssysteme. Darüber hinaus wurden zahlreiche Daten aus der Zielgruppenforschung zum Verbraucher- und Konsumverhalten aufgenommen.

Kay Hafner: Die Möglichkeit des Home-Banking und sein Einfluß auf die Geschäftspolitik der Kreditinstitute, Fritz Knapp Verlag 1984, 176 S., 34,50 Mark.

Als personal- und kostenintensiver Dienstleistungsbereich hat das Kreditgewerbe zwar stets ein besonderes Verhältnis zu neuen Technologien gehabt, aber durch die stürmischen Fortschritte im Bereich der Mikroelektronik sieht man sich gegenwärtig einer neuen Herausforderung gegenüber, die bisherige Entwicklungen in Form der Daten- und Textverarbeitung bei weitem übertrifft. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Abwicklung von Bankgeschäften über kundenbediente, bankferne Terminals, die man unter dem Ausdruck „Home Banking“ zusammenfaßt. Das Buch gibt einen zusammenfassenden Ausblick über die Zukunft von „Home Banking“ und zeigt Grenzen, Probleme und Auswirkungen auf die verschiedenen Teilbereiche der Geschäftspolitik der Kreditinstitute.

Dankwart Guratitsch (Hrsg.): Baumbios in die Zukunft, Kinder Verlag 1984, 272 S., 19,90 Mark.

1982, so hatte die Internationale Union der Forstlichen Forschungsanstalten errechnet, war in Mitteleuropa mehr als eine Million Hektar Wald durch vorerst „rätselhafte“ Einflüsse geschädigt. Ein Jahr später hatte das Waldsterben in der Bundesrepublik ein solches Ausmaß erreicht, daß nunmehr allein hier eine ebenso große Waldfläche als „geschädigt“ gilt, wie 1982 noch in ganz Europa. Jeder dritte Baum, so heißt es, sei kranke oder krank. Dieses Buch will mit zwölf Beiträgen von Fachleuten aus Behörden und Universitäten, vom Bundesverband der Deutschen Industrie, vom Umweltbundesamt, vom Deutschen Forstwirtschaftsrat wie von Nationalparkverwaltungen den Weg dazu weisen, daß wir nicht „Baumbios in die Zukunft“ gehen.

Herbert Jacob (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung, Gabler Verlag, Wiesbaden 1984, 188 S., 32 Mark.

Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung verläuft kontrovers. Die Gewerkschaftsbewegung fordert eine Arbeitszeitverkürzung als Instrument für die Um- bzw. Neuverteilung eines geringer werdenden Arbeitsvolumens. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aber in erster Linie nicht ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenzfähigkeit im Kostenniveau, um nur zwei Beispiele zu nennen, können internationale Märkte und damit die Absatzmöglichkeiten hochwertiger Produkte sichern helfen. Neben diesem

volkswirtschaftlichen Aspekt behandeln die Beiträge der Schrift die betriebswirtschaftliche und personalwirtschaftliche Seite der Arbeitszeitverkürzung. Ein Fallbeispiel aus der betrieblichen Praxis verdeutlicht die Vielschichtigkeit des Problemfeldes.

Peter Oberender (Hrsg.): Marktstruktur und Wettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 694 S., 74 Mark.

Wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft vollziehen sich über Märkte bzw. in den Märkten einzelner Branchen. Die Kenntnis der branchenspezifischen Wettbewerbssituation, der jeweiligen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ist förderlich. Dadurch wird einerseits der Handlungsspielraum der Marktteilnehmer abgesteckt, andererseits die Grundlage für die Überprüfung und Weiterentwicklung der Markttheorie geschaffen. Ziel des Werkes ist es zu zeigen, was die moderne Wettbewerbstheorie mit ihren verschiedenen Konzepten und Leitbildern für die Diagnose wettbewerbspolitischer Probleme und deren Lösungen zu leisten vermag. Die Sammlung von 16 Branchenstudien über die Automobilindustrie bis zum Pressewesen und Sachverständigenmarkt sollen die komplexen Teststände der wirtschaftlichen Realität mit Hilfe wettbewerbstheoretischer Instrumente erklären helfen. Ein hochinteressantes Arbeitsbuch für Wissenschaft und Praxis.

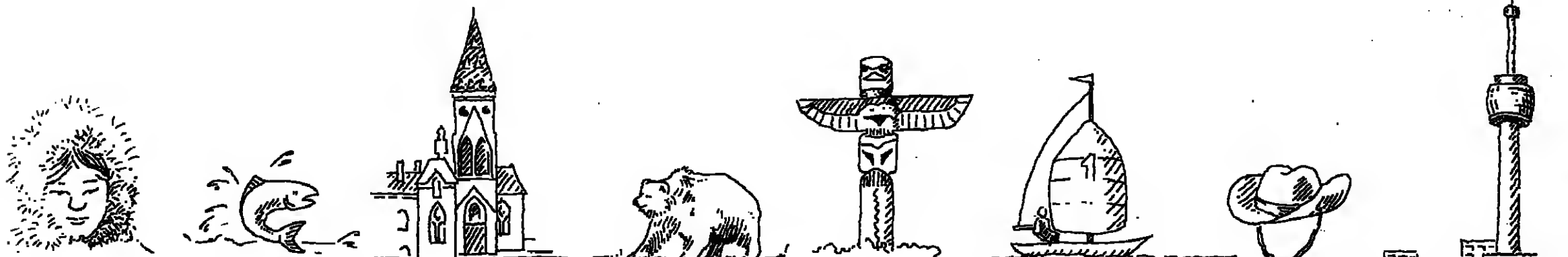
Bernhard Schirmers: Konditionenempfehlungen, kartellrechtliche Kontrolle und AGB-Gesetz, Carl Heymanns Verlag, Köln 1983, 189 S., (kart.), 53 Mark.

Der Autor ist der Frage nachgegangen, wie sich die kartellbehördliche Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen zu den später erlassenen Normen des AGB-Gesetzes verhält, die grundsätzlich für sämtliche Allgemeine Geschäftsbedingungen eine richterliche Kontrolle vorsehen. Wegen der weitgehend übereinstimmenden Ziele gelangt seine Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Prüfung der Kartellbehörde auch dem Schutz der Marktgegenseite vor unbilligen Geschäftsbedingungen verpflichtet ist.

Ingo Karsten: Internationale Bankkredite an Entwicklungsländer, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984, 203 S. (Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 19).

Die finanziellen Transaktionen internationaler Banken haben besonders in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an Entwicklungsländer erlangt. Internationale Bankkredite stellen daher eine bedeutende Komponente privatrechtlicher Transfers in die Länder der Dritten Welt dar und tragen zur Weiterentwicklung ihrer Volkswirtschaft bei. Mit den Zahlungsschwierigkeiten einzelner Entwicklungsländer (z. B. Argentinien und Mexiko) werden die Probleme der Verschuldung und die Risiken der Kreditgewährung auf den internationalen Finanzmärkten deutlich. Zahlreiche Tabellen und Schaubilder informieren über Auslandsverschuldung und die Kreditvergabe des IWF an die Entwicklungsländer. Ingo Karsten analysiert die Kreditbeziehungen zwischen internationalen Banken und Entwicklungsländern, er untersucht die Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems und bietet Lösungsansätze an, mit deren Hilfe diese dringenden ökonomischen Probleme in den Griff zu bekommen sind.

Wir bringen Sie in beinahe jeden Winkel Kanadas.



Bei anderen Airlines ist das anders. Die fliegen Sie oft nur in zwei oder drei Großstädte. Nicht so Air Canada. Denn keiner hat so viele Anschlüsse in Kanada zu bieten wie wir.

In 30 kanadische und 10 US-Städte. Mit uns landen Sie also da, wo Sie eigentlich hinwollen. Es gibt aber auch keine andere Airline, die so oft nach Kanada fliegt. Und das von Frankfurt, von Düs-

seldorf oder von München. Schließlich sind wir nicht umsonst die Nummer 1 in und nach Kanada. Wo es bei uns lang geht, zeigen Ihnen auch unsere vielgerühmte kanadische Gastfreunde-

schaft und der Intercontinental-Service. Wenn Sie also in Kanada nicht irgendwie und irgendwo ankommen wollen, gehen Sie am besten gleich in Ihr IATA-Reisebüro. Oder zu uns.

In: Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt oder München. Sie erreichen uns auch unter der Nummer 069/250131. Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.



SIEMENS



Orgatechnik '84, der nächste Anlaß mit Siemens über das Büro zu sprechen

Kommen Sie zu uns in die Halle 10. Wir zeigen Ihnen Neues und Bewährtes zur Kommunikations- und Datentechnik.

Im Mittelpunkt stehen die »Benutzerfreundlichen von Siemens«. Maria von Welser präsentiert Ihnen einige Highlights: das schnurlose Telefon, die Datenstation mit Farbbildschirm für Grafiken, die Siemens PC, die neuen Fernkopierer...

Das Ausstellungsprogramm bringt alles für Sprache, Text, Bild und Daten. Es reicht von komfortablen Kommunikationsterminals über PC und multifunktionale Arbeitsplätze bis zu umfassenden Branchenlösungen mit Computern. Dabei erfahren Sie auch, welche Systeme miteinander verknüpft werden können und was sich für welche Mitarbeiter besonders eignet.

Ich kann nicht zur Orgatechnik '84 kommen.

Möchte mich aber bei der
nächsten Siemens-Niederlassung informieren über:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Komfort-, Büro-, Cheftelefone | <input type="checkbox"/> Textsysteme, Drucker |
| <input type="checkbox"/> EMS-Vermittlungssysteme
für Sprache, Bild, Text, Daten | <input type="checkbox"/> Terminals für Bildschirmtext |
| <input type="checkbox"/> Fernschreiber, Fernkopierer | <input type="checkbox"/> Bürosysteme |
| <input type="checkbox"/> Bildschirmschreibmaschinen
und Speicherschreibmaschinen
mit Teletex | <input type="checkbox"/> Die Siemens PC |
| | <input type="checkbox"/> EDV-Branchenlösungen |

Name _____

Straße _____

Ort _____

Bitte abschicken an: Siemens AG, Infoservice, 132-56 W, Postfach 156, 8510 Fürth 2

Ermüdung bei den Aktien

Fehlende Auslandskäufe ließen die Kurse bröckeln

DW. - Der wieder steigende Dollar, die lassige Tendenz an der New Yorker Börse und die neuerdings lockere Haltung des Rentenmarktes blieben bei den Aktien die Unternehmungslust. Kaufaufträge aus dem Ausland, die noch am Freitag für Geschäft georgt hatten, blieben nahezu vollständig aus. Der Reaktionsmarkt versuchte in dieser Situation Kursgewinne zu realisieren, ging dabei aber so vorsichtig vor, daß größere Kursrückgänge überaus ausbleiben. Am empfindlichsten erwiesen sich wieder die Autokörner.

Großhandelswerte, die in den letzten Tagen als Renditepapier im Vordergrund gestellt worden waren, bröckelten bis zu einer DM ab. Gesamt wie Siemens konnten sich aber behaupten. Im Bereich der Technologiewerte wie PKI veränderten sich kaum, obwohl sich bei ihnen Glatteigenschaften scheinbar nicht unwesentlich. Mit Unbehagen verfolgt man in den Börsenkreisen den Niedrigpreis von SM Software, wo der Kurs abwärts tendiert. Zurückgenommen werden mußte.

Düsseldorf: Aigner erhöhten um 10 DM und Dab um 3 DM. Kochs Adler und Backum stiegen um 5 DM und Ver. Rumpus um 12 DM auf. Nachbörse müde Deutsche

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

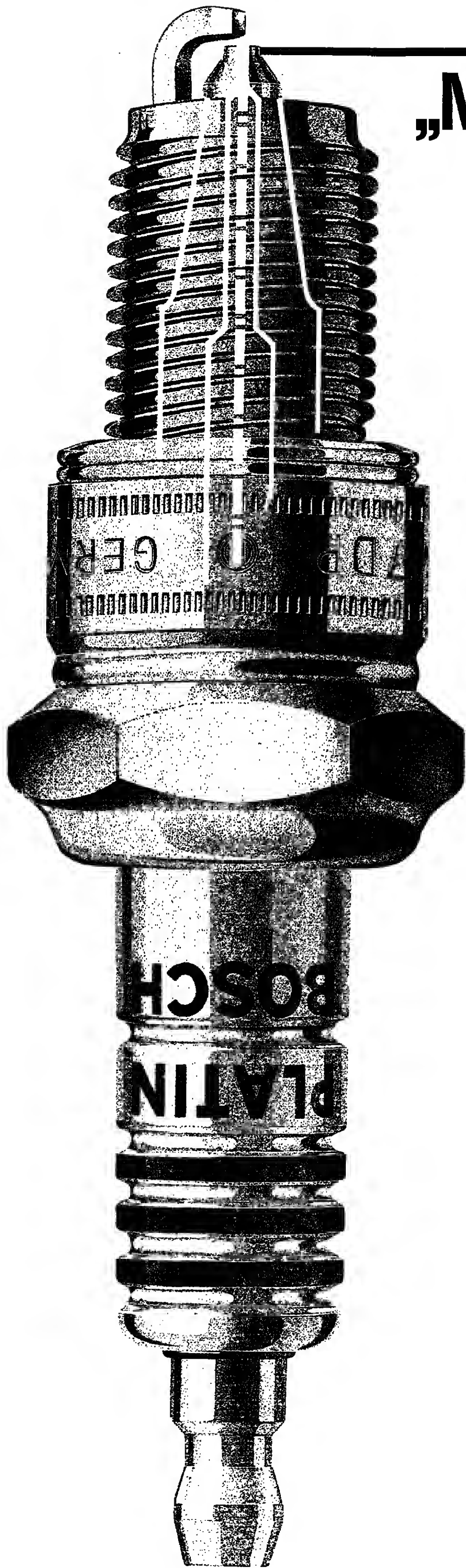
Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Stuttgart	Wien	Zürich	Paris	London	Brüssel	Köln	Aachen	Duisburg	Essen	Dortmund	Münster	Bielefeld	Osnabrück	Verden	Oldenburg	Wilhelmshaven	Emden	Leer	Stade	Verden	Oldenburg	Wilhelmshaven	Emden	Leer	Stade
10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984	10.10.1984
AGF	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2
AGF	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2
AGF	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2

Westfälische 154,1 (154,1) Westfälische 154,1 (154,1)

Aschm. Beck. 9-12	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	9170	97	M. E. Sch. 5b. 1	289	25208	F. Hokenauer	1
H. Aach. 10	7700	2400	Heilbrunn, N. 2	917						

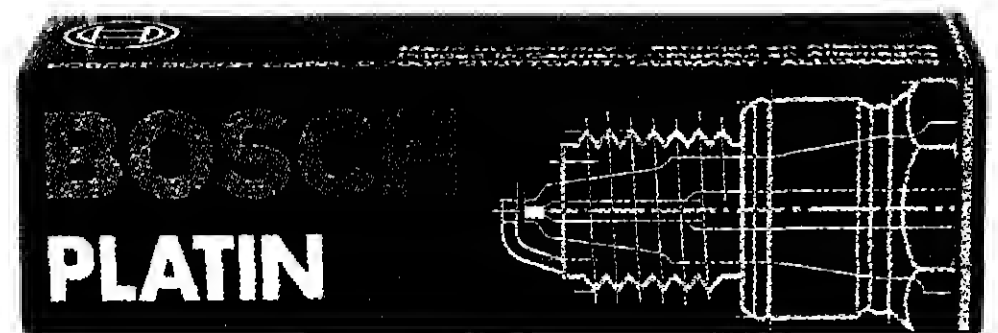
Stiftung Warentest:

„Mit Platin funkt's besser.“



Unter dieser zündenden Überschrift berichtet die Zeitschrift **test** in ihrer aktuellen Ausgabe über einen großangelegten Zündkerzentest.

Darin wird bescheinigt, daß Bosch mit der neuartigen Platin-Mittel-Elektrode ganz offensichtlich einen guten Griff getan hat. So nimmt die Bosch Platin bei der Resistenz gegen Ver-
rußung – lt. Stiftung Warentest von überragen-
der Bedeutung – eine Spitzenposition ein und empfiehlt sich insgesamt als die Nummer eins der Untersuchungen.



Wenn Sie's genauer wissen wollen, empfehlen wir Ihnen den ausführlichen Testbericht in „test“ 10/84. Wenn Sie's ganz genau wissen wollen: Fahren Sie die Bosch Platin selbst. Mit ihrer Mittel-Elektrode aus 99,9 % reinem Platin bringt sie eine Reihe bemerkenswerter Vorteile: zum Beispiel vom Start weg runden Motorlauf, auch im strapaziösen Stadt- und Kriechverkehr.

Daß sich die Bosch Platin so schnell freibrennt, hilft Ihnen übrigens besonders in der bevorstehenden kalten Jahreszeit: Sie können problemlos niedertourig fahren, also frühzeitig den höheren Gang einlegen.

Die Bosch Platin erhalten Sie in Werkstätten und im Fachhandel.



Eins ist sicher.
BOSCH

Zinn-Preis Penang				New Yorker Preise		8. 10.	0. 10.
Stark-Zinn				Gold H & H Amsterdam	341,00	341,00	geschmolzen
als West prompt	0. 10.	0. 10.		Silber H & H Amsterdam	71,00	71,00	geschmolzen
(Rising Ag.)	26.15	26.15		Zinn 1. Händlers	326,00-328,00	326,00-328,00	
				Platin-Preis	475,00	475,00	
				Platinbarren			
				9. Händlers	138,00-139,00	138,00-139,00	
				Platinbarren	150,00	150,00	
				Silber (Feinbarren)			
				Öst.	712,00	712,00	
				West.	712,00	712,00	
				Öst.	720,00	720,00	
				West.	720,00	720,00	
				Öst.	742,00	742,00	
				West.	742,00	742,00	
				Öst.	761,00	761,00	
				West.	761,00	761,00	
				Öst.	776,00	776,00	
				West.	776,00	776,00	
				Öst.	80,00	80,00	
				West.	80,00	80,00	
				Öst.	91,50	91,50	
				West.	91,50	91,50	
				Öst.	4000	4000	
				West.	4000	4000	
				Öst.	55,00	55,00	
				West.	55,00	55,00	
				Öst.	56,20	56,20	
				West.	56,20	56,20	
				Öst.	58,50	58,50	
				West.	58,50	58,50	
				Öst.	69,50	69,50	
				West.	69,50	69,50	
				Öst.	90,00	90,00	
				West.	90,00	90,00	
				Öst.	1022,50-1029,00	1022,50-1029,00	
				West.	1022,50-1029,00	1022,50-1029,00	
				Öst.	1045,50-1049,00	1045,50-1049,00	
				West.	1045,50-1049,00	1045,50-1049,00	
				Öst.	1062,50-1069,00	1062,50-1069,00	
				West.	1062,50-1069,00	1062,50-1069,00	
				Öst.	1080,00-1087,00	1080,00-1087,00	
				West.	1080,00-1087,00	1080,00-1087,00	
				Öst.	1095,00-1102,00	1095,00-1102,00	
				West.	1095,00-1102,00	1095,00-1102,00	
				Öst.	1110,00-1117,00	1110,00-1117,00	
				West.	1110,00-1117,00	1110,00-1117,00	
				Öst.	1125,00-1132,00	1125,00-1132,00	
				West.	1125,00-1132,00	1125,00-1132,00	
				Öst.	1140,00-1147,00	1140,00-1147,00	
				West.	1140,00-1147,00	1140,00-1147,00	
				Öst.	1155,00-1162,00	1155,00-1162,00	
				West.	1155,00-1162,00	1155,00-1162,00	
				Öst.	1170,00-1177,00	1170,00-1177,00	
				West.	1170,00-1177,00	1170,00-1177,00	
				Öst.	1185,00-1192,00	1185,00-1192,00	
				West.	1185,00-1192,00	1185,00-1192,00	
				Öst.	1200,00-1207,00	1200,00-1207,00	
				West.	1200,00-1207,00	1200,00-1207,00	
				Öst.	1215,00-1222,00	1215,00-1222,00	
				West.	1215,00-1222,00	1215,00-1222,00	
				Öst.	1230,00-1237,00	1230,00-1237,00	
				West.	1230,00-1237,00	1230,00-1237,00	
				Öst.	1245,00-1252,00	1245,00-1252,00	
				West.	1245,00-1252,00	1245,00-1252,00	
				Öst.	1260,00-1267,00	1260,00-1267,00	
				West.	1260,00-1267,00</		

nicht selbst ausüben." Er würde dem Mitteilungsnehmer oder einem von diesem benannten Dritten auf Verlangen eine Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechtes erteilen lassen. Die Erteilung der Vollmacht hat zur Voraussetzung, dass der Mitteilungner den entsprechenden Antrag bis spätestens 24. Oktober 1984 über seine Depotbank eingereicht hat und der jeweilige Mitteilungsanteil bis zum Ablauf der Hauptversammlung gesperrt wird.

Abdrucke der vollständigen Tagesordnung und eines Schreibens des Vorsitzenden des Board an die Aktionäre mit Erläuterungen zu den Tagesordnungspunkten sind kostenfrei bei der Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt/M. erhältlich.

THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.

Im Auftrag
Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Hamburg, im Oktober 1984

Die Contergan-Katastrophe war der Auslöser: 20 Jahre Aktion Sorgenkind

Unterhaltung mit gutem Gewissen

Sie kamen ohne Arme, ohne Beine auf die Welt, robbend, gehend, im Gesicht gelähmt. Vor zwanzig Jahren sprachen deutsche Wissenschaftler von der „schlimmsten Katastrophe in der Geschichte der modernen Arzneimitteltherapie“.

Contergan, das angeblich so harmlose Schlafmittel, brachte furchtbares Leid und Elend über zahlreiche Familien. Allein in der Bundesrepublik waren 5000 Kinder im Mutterleib deformiert. Viele starben im Säuglingsalter, heute leben in der Bundesrepublik noch rund 2700 Contergan-Geschädigte.

Ein Drittel dieser behinderten jungen Leute ist in der Ausbildung, die meisten in speziellen Lehrstätten. Daß sie trotz ihrer schweren und schwersten Behinderungen ihr Leben selber gestalten können, verdanken viele von ihnen der Spendenaktion „Sorgenkind“. Während in den 60er Jahren Väter und Mütter noch bei Behörden und Ministerien um Abfindungen rangelten, ergriff angesichts dieses schweren Schicksalschlags das ZDF die Initiative, versuchte in Verbindung mit Behindertenorganisationen und Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege schnelle und unbürokratische Hilfe für die leidgeprüften Eltern zu bringen.

Damals, am 9. Oktober 1964 – also vor 20 Jahren – forderte nämlich die Fernsehanstalt unter dem Namen „Aktion Sorgenkind“ zur Hilfe für körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche auf. Peter Frankenfeld mit dem Lotteriespiel



Von Anfang an dabei: Showmaster Wim Thoelke FOTO: ZDF

„Vergleichen“ und Hans Mohl als Initiator der Spenden- und Informationskampagne. Sechs Jahre später, 1970, wurde das Spiel durch die ZDF-Sendung „Drei mal Neun“ mit Wim Thoelke und der bekannten Trickfigur „Wum“ abgelöst, vier Jahre später setzte die Sendereihe „Der Große Preis“ die erfolgreiche Reihe der Lotteriespiele fort. Aufgeführt durch die Fernsehberichte, beteiligten sich Millionen von Fernsehschauern an diesen hilfreichen Aktionen.

Die Lotteriereinlöse und Spenden ermöglichen es seitdem, tausend-

fach Hilfe zu leisten. Wurden anfangs nur Einrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche gefördert, so kamen später gezielte Hilfsmaßnahmen bei der Vorsorge und Früherkennung von Behinderungen hinzu. Mit mehrsprachigen TV-Spots, Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft, wurden Eltern informiert und zur aktiven Vorsorge angeregt. Mit den Millionenbeträgen wurden freie gemeinnützige Einrichtungen unterstützt – sowie Bau und Ausbau von Sonderschulen, Sonderskindergärten, Tagesstätten, mit speziellen Fahrzeugen und Sportanlagen finanziert.

Heute, am 20. Jahrestag dieser Aktion, läßt sich eine erfolgreiche Bilanz über die bisher größte Bürgerinitiative für den behinderten Menschen ziehen: Der Reinerlös der Lotterien und Spenden ergab seit 1964 mehr als eine Milliarde Mark. Davon kamen rund 800 Millionen Mark aus den drei ZDF-Lotterien. Mit Hilfe dieser Milliarde konnten bisher mehr als 10 000 Anträge auf Zuschüsse positiv entschieden werden.

Mit neuen Schwerpunkten will die Aktion Sorgenkind als „Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind“ ihren Hilfskatalog erweitern: Sie steht nämlich künftig für alle Behinderten offen, ob alt oder jung. Hans Mohl, der Initiator: „Wir konnten Notstände in der Behindertenhilfe abbauen und die Lebenssituation der behinderten Kinder und Jugendlichen deutlich verbessern.“

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Mit Kleist auf der Suche nach sich selbst

Berlin, Savignyplatz. Ein Regisseur, getrieben von Obsessionen. Figuren des Stückes, das er inszenieren möchte, rasen schreiend über den maroden S-Bahnhof. Realität und Phantasie durchdringen einander: Jemand von heute sieht sich belagert durch ein Stück von gestern mit Helden von vorgestern.

Kurz: Hans Neuenfels, vielleicht der genialste Exzentriker des deutschen Gegenwartstheaters, inszeniert Heinrich von Kleist mordsendes Trauerspiel „Penthesilea“. Über diese Arbeit, die er 1981 für das Berliner

Schillertheater leistete, hat er einen Fernsehfilm gedreht, dessen Titel „Heinrich Penthesilea von Kleist“ (ZDF) schon so etwas wie ein Programm ist: Für Neuenfels sind Kleist und seine Titelheldin identisch. Kein Fernsehabend für Normalverbraucher.

Verwirrend, gräßlich, hinreißend schön und überkandidelt. Neuenfels erzählt fast soviel von sich selbst und seiner Theaterbesessenheit wie von Kleist und „Penthesilea“. Neuenfels erzählt von Leidenschaften in der Antike, zu Preußens Zeiten und heute.

Das Pathos und das Triviale. Das Edle und das Banale. Die Konvention und die Raserei. Der Alltag und der Tod.

Neuenfels sehnt sich nach der Leidenschaft des antiken Lebensgefühls und nach der romantischen Zärtlichkeit Kleists. Aber er arbeitet heute und in Berlin. Und darum erhöht er das Triviale durch Ritualisierung, wendet das Pathos ins Exzentrische. Das ist aufregend, schwierig und manchmal auch albern.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute 10.05 Fußball-Bundesliga 10.55 Mode, Mädchen, Männer 11.20 Kulturwettbewerb	12.10 Kennzeichen D Die Schönheiten an der Soale 12.55 Presseschau 13.00 heute
14.00 Tagesschau 14.10 Afrika Tiere Überwinden die Trockenheit Afrikanische Tiere haben sich durch zahlreiche Veränderungen am Körper und im Verhalten längst an die besonderen klimatischen Bedingungen in ihrem Lebensraum angepasst. Professor Grämek untersucht einige dieser hilfreichen Einflüsse der Natur und berichtet in der heutigen Sendung über Tricks, die selbst den größten Profifinder überraschen werden.	14.00 heute 14.05 Die Buchstaben Ein Radio auf zwölf Einwohner und nur eine Zeitung auf zirkel Tausend sorgen für die Information der afrikanischen Bevölkerung. Das ZDF beschäftigt sich nun mit der Bedeutung und der Entwicklung der Medien in Afrika, die sowohl zur Volksbildung als auch zur Propagierung von ideologischen Zielen genutzt werden.
14.55 Die Spielbox 17.50 Tagesschau Dozw. Regionalprogramme	14.55 Kleine Abenteuer Die streng geheime Joanne 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Elsterte Zu Gast: Bellamy Brothers, Tony Marshall
20.00 Tagesschau 20.15 Gott segne Amerika Reagan oder Mondale – die USA vor der Wahl Fritz Pfeiffen und Erhard Thomas berichten über die Wählergruppen der Demokratischen und Republikanischen Partei Amerikas und über deren Innen- und außenpolitische Positionen.	17.55 Zwei schwarze Schafe Letzte Folge: Die Heilquelle Zweiter Teil: 18.50 Uhr Dozw. heute-Schlagzeilen Ab nächsten Donnerstag: „Ein himmlisches Vergnügen“
21.00 ARD-Wunscheszenen Mit Dagmar Berghoff und Max Schautzer	19.00 heute 19.50 Laß den und den Tony machen Die Tony-Marshall-Show
22.00 Tagesschau 23.00 Unser Land Fernsehspiel von Dieter Meichner Mit Uwe Friedrichsen u. a. Regie: Dieter Wedel Schmidt hat einen raffinierten Plan ausgetüftelt, um die Mineralölsteuer zu umgehen und somit indirekt an der Ölkrise zu verdienen. Doch Zöllner Zolusowski hat sich sofort an seine Fersen...	21.00 Telemotor Vom Gelände der Automobilabstellung in Berlin aus beschäftigt sich Harry Valentin diesmal mit der Einführung des Katalysators, mit einem neuen Versicherungstarif für Frauen und im Rahmen des Autotests mit dem neuen Citroën BX 16 RS.
0.35 Tagesschau	21.45 heute-Journal 22.05 5 nach 10 Tempofazit: Sind die Deutschen zu langsam? Moderation: Klaus Bresser und Horst Wünsche Anschl. heute

III.

WEST 20.00 Tagesschau 20.15 Die Pariseria Französischer Spielfilm (1958) 21.45 Der rote Bär in Kuznetsk Die sowjetische Militärmission 22.15 Ein Pariser Boulevard aus Köln 23.00 Literatur im Review (2)	21.45 Die verrätene Revolution 22.50 Der Schrecken des Krieges (4) 23.50 Schach dem Weltmeister
NORD 19.15 El Paso – Perimeter beschreiben ihr Land (5) 20.00 Tagesschau 20.15 Nordville Lady 22.15 Buchstaben 23.05 Protokoll einer Unvollendung 0.05 Nachrichten	SÜDWEST 19.50 Wilmersbach 20.50 Literaturmagazin Frankfurter Buchmesse 21.45 Drehort: Mele Ort Club der Filmamateure
HESSSEN 19.00 Der Fischer von Luzern Amerikanischer Spielfilm (1950) 20.50 Bucher-Report	21.45 heute-Journal 22.05 5 nach 10 Tempofazit: Sind die Deutschen zu langsam? Moderation: Klaus Bresser und Horst Wünsche Anschl. heute

Die Triennale des Kunsthandwerks in Frankfurt

Schmuckes aus Draht

In Frankfurts ehemaligen Karmeliterkloster ist zu besichtigen, was eine Jury als beispielhaft für das deutsche Kunsthandwerk ansah. Von 419 Bewerbern wurden 170 mit 350 Beispielen für die dritte Triennale „Zeitgenössisches deutsches Kunsthandwerk“ ausgewählt. Diesmal blieb man – anders als 1978, als niederländische, und 1981, als britische Kollegen zu Gast geladen waren – ganz unter sich. Dafür ist diese Übersicht diesmal nicht nur in Frankfurt zu sehen, sondern wird anschließend auch im Kestner-Museum in Hannover gezeigt.

Beteiligt sind alle Zweige des Kunstgewerbes: Schmuck und Schmiedeweise, Keramik und Glas, Holz und Textilien, Korbflecht- und Buchbinderei sowie – zum ersten Mal – Photographien, die kunsthandwerkliche Arbeiten abbilden. Es ist wie immer eine Auswahl, die sich nicht auf einen Nenner bringen läßt. Und selbst beim „Entdecken“ von Trends muß man vorsichtig sein, weil für das Vorhersehen bestimmter Werkstoffe oder Stilformen leicht die Vorlieben der Jury entscheidend gewesen sein können.

Immerhin bestätigt sich hier, was sich bereits bei vorhergehenden Keramikausstellungen andeutete: Das nachlassende Interesse für plastische Arbeiten und das verstärkte Bemühen um schöne Gefäße sind nicht zu verkennen. Dabei treten erneut junge Töpfer hervor, die bereits bei anderen Gelegenheiten auftraten. So z.B. Thomas Naehle mit seinen ziegelsteinrauen Vasen und Flaschen oder Guido Sengle mit sehr schönen Glasuren.

Ein ungewöhnliches Stück ist die Kugelvase von Gabriele Koch mit ihrer glatten Oberfläche, die durch scheinbar zufällige Ritzungen Eigenleben gewinnt. Und als ein vielseitiger Keramiker erweist sich Horst Göbel mit seinen „Gefäßfragmenten“, Behältern, die seitlich durch ein fragiles Gitterwerk strukturiert sind.

Beim Schmuck gewinnen Broschen und Anstecknadeln aus dünnem Draht in phantasievollen Formen, wie sie Georg Dobler, Rita Grosse-Ruyken, Friedrich Knipper oder Horst Max Lebert entwerfen, offenbar an Beliebtheit. Nicht anders scheint es mit den Marmor- und Tonpapierarbeiten zu sein, die man lange Zeit nur noch als Vorsatzpapier in alten Büchern fand und die jetzt immer mehr Buchbinder – hier Julia Jonda – wiederentdecken. Die

Drechsler kehren dagegen zu den schlichten Formen zurück. Sie drehen Dosen, die vor allem durch die Holzmaserung Schönheit gewinnen.

Nach den allzu modischen Stuhlformen aus Rattan, die Friedrich Wilhelm Reese 1978 zeigte, stellt er diesmal, neben ausnehmend gelungenen Körben in alten einfachen Formen, auch eine Sitzbank aus Paddigrohr aus, die durch ihre Schönheit bei einer sehr schlichten Linienführung besticht. Zusammen mit Horst Döring verkörpert Reese die Kontinuität dieser Triennale, denn beide Korbflechter waren bei allen drei Veranstaltungen dabei.

Inzwischen gelangten auch zwei Pfaffenmacher – Bertram Safferting und Ingo Garbe – zu Triennale-Ehren, obgleich ihre Arbeiten wohl nur ein passionierter Pfaffenraucher so recht würdigen weiß. Ein neues, heiteres Element bringt Stefan Timpel durch seine geschnitzten Marionetten mit ihren erstaunten Gesichtern und den langfrigen Händen in die sonst recht ernsthafte Versammlung, die immerhin eines deutlich werden läßt: um die Zukunft des gediegenen Kunsthandwerks braucht man sich offenbar keine Sorgen zu machen. (Bis 28. Okt.; Hannover: 15. Nov. bis 13. Jan.; Katalog 25 Mark.)

PETER JOVISHOFF



Mann mit Weste: Marionette von Stefan Timpel FOTO: KATALOG

Ein Hauch von Paradies zu den Malediven.



Dreimal wöchentlich
über Colombo. Mit Airlanka,
die im Paradies zu Hause ist.

Unsere Mittwochs-, Freitags- und Sonntagsflüge nach Colombo bieten am Ankunftsabend direkten Anschluß nach Male. Oder bleiben Sie doch noch etwas länger und nehmen Sie einen späteren unserer beiden anderen wöchentlichen Flüge. Auf der Strecke bieten wir Ihnen den Service von einer so sanften Wärme, die nur von Menschen kommen kann, die im Paradies leben.



AIRLANKA
Ein Hauch von Paradies.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: Air Lanka, Bethmannstr. 58, 6000 Frankfurt/Main. Tel. 28 13 95.

Kundgebung römisch-katholischen Bekenntnisses

am Sonntag, dem 14. Oktober 1984, in Mainz

Konzerthaus Elzer Hof
Eingang Mittlere Bleiche:

„Spes-Unica-Sonntag“

11 Uhr: **Feierliches Hochamt**

mit kurzer Hinweispredigt auf die Rede um 14.30 Uhr

14.30 Uhr: **Rede**

16.00 – 17.00 Uhr: **Sühneanbetung**

Thema: **Wesen, Sinn und Siegeswirkung
des Rosenkranzes**

Wer den Rosenkranz richtig betet, läßt sich durchflammen von den gottmenschlichen Geheimnissen und gewinnt im gleichen Maße Lust und Wille zum Kampf, die Erkenntnis des Bösen und seiner Wucherungen. Er verliert Selbstbeschwichtigung und Verharmlosung.

Veranstalter: actio spes unica e.V.

Zeilebrant und Redner: Pfarrer Hans Milch

Eintritt freil

Dann lieber doch Karat

A.W. - Volle vierunddreißigmal erscheint das Porträt des „großen und geliebten Führers“ Erich Honecker in der sechzehnteiligen Festausgabe des „Neuen Deutschland“ vom 8. Oktober, in der über die Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der „DDR“ berichtet, nein, gelobt wird. Vergleichbaren Personenkult leistet sich zur Zeit im Ostblock nicht einmal mehr Ceausescu, höchstens noch Kim Il Sung von Nordkorea.

Bleibt daneben überhaupt noch Platz zum Lobpreis anderer „verdienter Werktätiger“? Nun, die zwei Tage vorher bekanntgegebene Liste der diesjährigen Nationalpreisträger tendiert in der Tat dazu, alle übrigen in der Anonymität der Masse zu rücken, auf daß der Stern des Großen Vorsitzenden besonders hell erstrahle. Die Zahl der pauschal dekorierten Kollektive ist ungewöhnlich groß, und bei den Einzelpersonen handelt es sich fast durchweg um „verdiente Veteranen“, deren Größtzeiten schon lange zurückliegen, bzw. sich durch maßvolle Konformität auszeichnen.

Nehmen wir nur die Schriftsteller. Den Nationalpreis erster Klasse erhielt der Dichtersänger Ruth und Max Seydewitz für ihre Memoiren und Erwin Strittmatter „für sein Gesamtwerk“; in der zweiten Klasse gab es keinen Schriftsteller, den Nationalpreis dritter Klasse erhielt der Feuilletonist Lutz Kusch, der NVA-Schreiber Günter Hofe und der FDJ-Schreiber Horst Bastian, alle drei notorische Konformisten, die in ihrer Karriere noch keinen einzigen eigenen Gedanken riskiert haben.

Das ist, mit Verlaub, eine sehr, sehr dünne Ausbeute. Aber was sollen die Preisrichter denn machen? Die Autoren von Rang sind entweder in den Westen abgeschoben oder sitzen im Schmollwinkel oder stehen auf der Ausreiseliste. Da hält man sich doch besser an die Musik, zum Beispiel an das Kollektiv der Rockgruppe „Karat“. Sie wurde ausgezeichnet für die „Maßstäbe“, die sie „international“ gesetzt hat.

Der „Cid“ in Vicenza

Ein Hamlet siegt über die Mohren

Das Teatro Olimpico ist ein Theater der Alten, im kleinen realisiert und unaussprechlich schön, schrieb Goethe nach dem Besuch von in dem von Palladio entworfenem Theater in Vicenza. Wie hätte er sich mit uns gegürtet, vor dem festen Bühnenbild der Straßen von Athen korinthische Säulen aus Polyester zu finden. Giorgio Albertazzi, einer der „Heiligen Monster“ der italienischen Bühne, hat zum 300. Todestag Corneilles hier den „Cid“ inszeniert. In den 50er Jahren hatte Jean Vilar mit Gérard Philipe als Cid im Olimpico gastiert. Wer das erlebt hat, hat es nie vergessen. Die Gruppe des Teatro Veneto mußte also gegen große Erinnerungen antreten.

Es geht um den Konflikt zwischen Ehre und Liebe. Er sitzt tief im Herzen der spanischen Grandetochter Ximene. Sie verlangt den Tod ihres geliebten Rodrigo, genannt der Cid, weil er ihren Vater im Duell getötet hat, um den eigenen gekränkten Vater zu rächen. Je verzweifelter sie darauf besteht, desto weniger kann sie ihre Liebe verbergen. Albertazzi, der selbst den Cid spielt, hat Ximene, nicht dem Cid, die wichtigste Rolle aufgetragen und damit das Stück verfremdet. Das erwies sich in der sonst eher blassen Inszenierung als die beste Idee. Denn die bisher wenig bekannte Benedetta Buccellati springt als Ximene die strenge aristokratische Einheit von Zeit, Ort und Handlung mit Herzblut zeitloser Gefühle.

Ihr bewegendes Spiel verwandelte das fast unerträgliche Pathos heroischer Szenen in Erschütterung. Wenn der Cid ihr knieend den blutigen Degen reicht und sie bittet, ihn zu töten, wenn sie ihn später anlehnt, den Rivalen zu besiegen, dem sie als Preis für seinen Sieg ihre Hand versprochen hat, realisiert sie nicht klassische Verse. Sie ist ein junges Mädchen, dem man seine Verzweiflung und seine Liebe abnimmt.

Giovanni Crippa, der Cid, der, schloßweiß gekleidet, mit dem Buch „El Cid“ in der Hand, zunächst mehr einem verträumten Hamlet als dem kühnen Mauren-Besieger ähnelt, hat zwar „le physique du rôle“, aber ihm fehlt die warme Leuchtkraft. Erst im letzten Bild wird er zu Corneilles Held. Mit dem Auftrag des Königs, die Ungläubigen in ihrem Land zu bekämpfen und – falls er lebendig heimkehrt – als Retter des Vaterlands Ximenes Vergebung und Hand zu verdienen, schreitet er, in einen schimmernden Panzer gehüllt, durch die Straße von Athen in die Ferne. Fort von uns und den Polyesteräulen.

MONIKA von ZITZEWITZ

Respekt vor Leistungen: Interview mit Berlins Kultursenator V. Hassemer

Ohne Risiko kein Wandel

WELT: Sie sind jetzt etwas mehr als ein Jahr im Amt und haben in dieser kurzen Zeit eine ganze Menge Kritik auf Ihr Haupt gehäuft. War die Berufung von Herrn Sasse zum Nachfolger von Herrn Goherts nicht eine zu kurzfristige Entscheidung?

Hassemer: Viel Zeit hatte ich für meine Entscheidung in der Tat nicht, zumal ich ja davor noch andere wichtige Berufungsvorgänge klären mußte, wie etwa die Intendanz im Theater des Westens, die Leitung der Filmfestspiele und die Leitung der Berliner Festspiele. Dennoch glaube ich, so zahlreiche Informationen gesammelt zu haben, wie das kaum jemals bei der Berufung eines Theaterleiters geschehen ist. Ich stehe nach wie vor zu meiner Entscheidung, obwohl ich nicht verkenne, daß man dagegen Argumente finden kann.

Ich habe nicht von dem normalen Spitzenangebot, das in der Szene gehandelt wird, den Obersten weggenommen, sondern ich wollte einen Generalintendanten berufen, der den besonderen Verhältnissen Berlins und der Staatlichen Bühnen gerecht wird. Bei der Größe des Hauses brauchen wir in Berlin einen Mann, der bereit ist, sich diesem gewaltigen Apparat zu stellen. Dieser Mann muß die Größe und die Selbstverleugung besitzen, seine künstlerischen Ambitionen als Regisseur und Schauspieler zugunsten seiner Führungsaufgaben hintanzustellen. Das ist durchaus nicht jedermanns Sache.

Herr Sasse legte ein Strukturkonzept vor, das meiner Auffassung nach eine zutreffende Antwort auf diese Problematik ist. Er will sich nicht nur selbst künstlerisch verwirklichen, sondern er will unter seiner Leitung ein Ensemble aufbauen, das die Kontinuität des Hauses mitbringt. Die Verantwortung bleibt dabei bei ihm, so daß ich hierin eine Weiterentwicklung des gescheiterten Direktorsmodells sehen kann. Außerdem hat Herr Sasse am Renaissance-Theater, das weitgehend sein Gesicht verloren hatte, künstlerisch, organisatorisch und in der Kunst des Publikums einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Auch das hatte ihm vorher niemand zugezählt.

WELT: Sind nicht die Namen, die von Herrn Sasse ursprünglich genannt wurden, doch ein wenig enttäuschend. Muß das ein Kultursenator nicht unruhig werden?

Hassemer: Solche Enttäuschungen haben auch andere Intendanten erlebt. Der kleine Unterschied: Sie werden nicht publizistisch behandelt. Der Druck von außen, der ein bißchen darauf hinausläuft, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, macht die Vorbereitungen von Herrn Sasse nicht gerade leichter. Ich bin aber überzeugt davon, Herr Sasse wird seine Mannschaft finden. Ich stehe dazu, daß es ohne Risiko keine Veränderung gibt.

WELT: Auch bei den Auseinandersetzungen zwischen Karajan und den Berliner Philharmonikern haben Sie Kritik herausgefordert. Selbst wenn es jetzt so scheint, als sei der Konflikt ausgestanden, muß man doch die Frage stellen, ob nicht die Art von Mitbestimmung, die in Berlin praktiziert wird, künstlerisch schädlich ist.

Hassemer: Ich bin nach wie vor ein Verfechter des Modells, daß das Orchester auch selbst für seine künstlerische Weiterentwicklung verantwortlich ist. Ich finde, das hat nichts mit Mitbestimmung zu tun. Das hat ja auch lange gut funktioniert. Aber dieses Modell traf nun auf einen Chefintendanten, der die großen späten Jahre seiner Arbeit selbst bestimmen wollte und will. Das ist natürlich auch legitim. Und ich wollte mich nicht damit abfinden, daß diese beiden Dinge nicht zusammenpassen sollten, weil aus beiden Ressourcen doch jene Funken geschlagen werden könnten, die das Außergewöhnliche hervorbringen.

WELT: Aber die Spannungen und Auseinandersetzungen haben doch gezeigt, daß die Mitbestimmungsstrukturen durchaus kunstfeindlich sein können.

Hassemer: Ich meine für diesen Fall ganz das Gegenteil. Es sind vielmehr solche Modelle erforderlich, damit etwas Außergewöhnliches zustande kommt. Gerade die Diskussionen im Orchester haben zu einer neuen Souveränität geführt. Die Anspruchsvollheit, die die Musiker nach außen vertreten, haben sie auch nach innen. Und hier geht es nicht um Mitbestimmung, sondern um die Mitverantwortung des einzelnen Orchestermusikers an der eigenen künstlerischen Entwicklung. Insofern hat die Auseinandersetzung auch positive Seiten gehabt. Die geistige Erregung erzeugt jenes Vibrieren, das eine Triebfeder zu besonderer Leistung ist. Und nun stehen sich zwei Partner gegenüber, die ihre Position durchdacht

und geklärt haben, auf einer völlig neuen Ebene. Ich glaube, wir können für die Zukunft viel von dieser Zusammenarbeit erwarten.

WELT: Ein drittes Problem sind die Vorbereitungen auf die 750-Jahr-Feier in Berlin. Haben Sie nicht auch hier Fehler gemacht, was die Berufung der Führungsspitze bei den Vorbereitungsgruppen angeht?

Hassemer: Die 750-Jahr-Feier besteht aus einem Bündel von Ereignissen. Wir müssen und wollen die Stadt nicht nur herausputzen, sondern auch das Ereignis zum Anlaß nehmen, historische Teile wiederherzustellen. Grundsätzlich muß man bei der Vorbereitung der Feiern davon ausgehen, daß es sich hier nicht um ein Ereignis handelt, das von einer Partei bestimmt wird. Es muß vielmehr von der ganzen Stadt, von allen Bürgern mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Positionen, getragen werden. Die zentrale Berlin-Ausstellung zum Beispiel im Gropiusbau muß in der Vorbereitung darauf Rücksicht nehmen, daß wir Verantwortung für alle Berliner haben, für die allgemeine Akzeptanz dessen, was dort gezeigt wird. Darin sind auch unsere Personalentscheidungen begründet. Außerdem sind hier noch nicht alle Würfel gefallen.

WELT: Dass führt uns zu einer grundsätzlichen Frage: Ist es ein Prinzip der Berliner CDU-Kulturpolitik, einem Pluralismusdenken zu folgen, das es jedem recht machen will?

Hassemer: Keineswegs. Kulturpolitik bedeutet nicht Parteilichkeit im Sinne einer regierenden Partei. Dieses eher liberale Element zeichnet uns gegenüber der SPD-Kulturpolitik aus. Diese Liberalität hat weniger mit Pluralismus zu tun als vielmehr mit Respekt und Achtung vor der künstlerischen und wissenschaftlichen Leistung. Wir haben lange genug die Politisierung der Wissenschaft und Kunst von links beklagt.

Ich halte allerdings eine Denkwende für fatal, die Kunst als Widerstandsfeld gegen die Regierung und den Staat begreift. Wir wollen den Raum für die Kultur erweitern und die Entwicklungschancen der Künstler verbessern. Ich sage dafür, daß der kulturelle Anspruch nicht vergessen wird. Ich habe zum Beispiel überhaupt keine Hemmungen, auch in der Kunst den Leistungsbegriff zu verteidigen. Ich bestaune auf Leistung, schon im Interesse der Künstler selbst. Ich nehme mir zwar nicht das Urteil heraus zu sagen, was Kunst ist, aber ich nehme mir die Frage heraus und besorge mir, wenn Sie so wollen, die Antwort. Kulturpolitik verlangt Sensibilität für sich entwickelnde Kräfte und Leistungen, und sie verlangt die Bereitschaft, darauf unvoreingenommen einzugehen.

LOTAR SCHMIDT-MÜLLISCH



Kulturpolitik verlangt Sensibilität: Berlins Kultursenator V. Hassemer. FOTO: KLAUS MEHNERT

Uraufführung in Stockholm: Sandströms Oper „Kaiser Jones“ nach O'Neill

Großes Solo im tiefen Dschungel

Was sind unsere Widersacher? Fettschrott! Nur gradverschieden. Nicht arvenschieden. Nigger sind wir – alle“, schrieb Alfred Kerr 1924 nach der deutschen Uraufführung von Eugene O'Neills „Kaiser Jones“. Der Einakter hatte sich bei der New Yorker Uraufführung als so erfolgreich erwiesen, daß es wenig später von einem Broadway-Theater übernommen wurde. Besondere Faszination übte der Text auf Komponisten aus. Bereits 1933 wurde an der Metropolitan Oper in New York herausgebracht eine erste Operfassung des russisch-amerikanischen Komponisten Louis Gruenberg aufgeführt. Nun hat sich der 1942 geborene Sven-David Sandström, vermutlich der bekannteste moderne schwedische Komponist außerhalb seiner Heimat, des Einakters angenommen. Seine Oper „Kaiser Jones“ wurde jetzt von der Königlich-schwedischen Oper in Stockholm uraufgeführt.

Sandström hat bisher neben Orchester-, Kammer- und Chormusik auch szenische Werke geschrieben. In Schweden kennt man vor allem sein Requiem aus dem Jahr 1979. „Kaiser Jones“ ist jedoch seine erste Oper. Sie ist, was die Orchestrierung betrifft, ungewöhnlich. Nur vier Musiker sind vorgesehen. Sie bedienen lediglich das Schlagzeug. Der Librettist, der schwedisch-finnische Regisseur Lars G. Thelemann, hat sich eng an O'Neill angelehnt. Das bedeutet, daß die Oper zu einem großen Solo für den Kaiser selbst wird. Andere Rollen und der Chor fallen demgegenüber ab.

Die Hauptfigur ist der Neger Jones, ehemals Schlafwagenschaffner, der zwei Morde begangen hat und deswegen in die Tropen geflohen ist. Durch dunkle Machenschaften hat er die Macht in einem Negerstaat an sich gerissen und sich zum Kaiser machen lassen. Als Usurpator herrscht er mit Frunk und Pomp. Das Volk aber überfordert, so daß der Tyrann Hals über Kopf in den Dschungel fliehen muß. Während der Flucht – und das ist die Haupthandlung der Oper – begegnet er abscheulichen Episoden der eige-

nen Vergangenheit. Der der Natur entfremdete Zivilisationsmensch erlebt durch die Geräusche des Dschungels und die Trommelsignale seiner Verfolger in angstschweißenden Visionen das Gefegene. Sein schlechtes Gewissen überwältigt ihn, bis schließlich sein Untergang besiegelt ist.

Der Kaiser wird von dem Tenor Kolbjörn Höiseht gesungen. Sein rauher Stimmklang und der kräftige Körperbau könnten kaum angemessener für die Rolle sein. Dank seiner großen Bühnenerfahrung, seiner Phantasie und szenischen Intelligenz gibt er dem Tyrannen eine lebendige Gestalt. Die Entwicklung vom Macht-rausch über die sich verstärkende Angst bis hin zum endgültigen Zusammenbruch gestaltet er mit musikalischen Mitteln auf höchstem Niveau.

Die zweite Hauptrolle ist die des kaum verurteilten gewissenlosen Geschäftsmanns Henry Smithers. Anfangs war er Partner von Jones; als er aber die Revolution kommen sieht, zieht er sich schlaue und schadenfrohe zurück. Staffan Sandlund läßt ihn mit einem wohlklingenden und prägnanten Bariton lebendig werden.

O'Neill hat für sein Drama Trommeln als Hintergrundgeräusch vorgeschrieben. Es lag nahe, daß Sandström diese Regieanweisung aufgriff. Mehr noch: Die vier Schlagzeuger erzeugen die ganze Musik für die Oper. So entstand eine geschickte Kombination aus herbem Sologesang, fast belcantischem Chorgesang und ausgeprägter rhythmischer Orchestermusik. Björn Hallman am Pult hat all das einfallsam zusammenfließen lassen.

Das Bühnenbild ist karg: drei Kreise, magische Symbole. Sie deuten den heiligen Platz im Wald an, den man nicht betreten, sondern nur hohleisig umkreisen darf. Jones aber trampelt mit seinen Stiefeln darüber weg – und vernichtet seine eigene Herkunft.

„Kaiser Jones“ wird auf der zweiten Bühne des Opernhauses gespielt, der sogenannten „Rotunda“, einem verstellbaren Zuschauerraum, der diesmal als Arena aufgebaut ist. Die Geschlossenheit dieses Rahmens trug erheblich zum erschütternden Eindruck bei, den dieses Werk und seine Ausführung hinterließ. Großer Jubel beim Premierenpublikum.

LARS HOLMERT

KULTURNOTIZEN

Die Zahl der Habilitationen ist zurückgegangen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren es 1983 953 abgeschlossene Verfahren und damit 63 weniger als im Jahr zuvor.

Einen Telefonservice für Architekten wurde mit „Architel“ jetzt in Frankfurt eingeführt. Dieser Telefonservice gibt Auskunft über neue Bauvorhaben, Wettbewerbe und Fachpublikationen.

Kreuzberger Tage finden bis zum 28. Oktober in Ingelheim am Rhein statt. Gezeigt werden u.a. Bilder von Zille bis zu den „Berliner Malerposten“ sowie KPM-Porzellan des 18. bis 20. Jahrhunderts.

Orientalische Stickereien werden in einer Sonderausstellung des

Orientteppich-Museums in Hannover bis zum 30. November gezeigt.

Günther Sydow stellt zehn Doppelteppich-Arbeiten aus seinem Venedig-Zyklus in Neapel aus.

„Momo“ von Michael Ende ist jetzt vom Kinderbuchverlag in Ost-Berlin für die „DDR“ übernommen worden.

Das Serkin-Konzert zur Eröffnung der Bonner Kammermusikwoche muß wegen Erkrankung von Rudolf Serkin verschoben werden. Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

Carl Joachim Friedrich, einer der Begründer der Politikwissenschaft in den Nachkriegsjahren, ist 83-jährig in Lexington (Massachusetts), wo er zuletzt lehrte, gestorben. Friedrich wurde vor allem durch seine Totalitarismustheorien bekannt.



Auf der photokina dokumentiert: Photo von Heinz von Perckhammer aus dem Jahrbuch „Das deutsche Lichtbild“ von 1936. FOTO: PHOTOKINA

photokina-Bilderschaue: „Das gedruckte Photo“

Reigen des Zufälligen

Die Bilderschaue der photokina in Köln sind in die Messehallen zurückgekehrt. Aber die Heimkehr des verlorenen Sohnes, der sich viele Jahre lang in der Sonne des eigenen Kunstwerkes in der Kunststube sonnte, wurde nicht mit einem Fest für die Augen belohnt. Eher gleicht das, was da im Rheinsaal und den beiden Glaspavillons am Auen- und am Uferplatz als „photokina 84“ aufgebaut wurde, einem verlegenen Alibi.

Am Thema liegt das gewiß nicht. „Das gedruckte Photo“ könnte ein wesentliches Kriterium der Photographie bewußt machen: die Reproduzierbarkeit. Denn die Photographie muß nicht an Ausdruckskraft und Gewicht verlieren, nur weil sie in einer Zeitschrift oder in einem Buch vervielfältigt wird. Doch solche grundsätzlichen Betrachtungen hat die Ausstellung nicht im Sinn. Sie begnügt sich damit, mit meist dürtigen Beispielen zu belegen, daß es seit der Erfindung der Autotypie möglich wurde, Photographien als Druckvorlagen zu benutzen.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn das sozusagen nur die Präliminarien wären. Doch was sich daran anschließt, ist ein zufälliges Sammel-surium. Da hängen Filmplakate, die von Photos ausgehen, ohne erkennbare Ordnung, da sieht man Anzeigen mit Photos, eine Handvoll Modeaufnahmen, fünf Photokalender und Briefmarken zum Thema Photographie oder nach photographischen Vorlagen. Warum diese Beispiele ausgewählt wurden, wird nicht deutlich. Und vollends schlägt das Ausstellungsprinzip ins Groteske um, wenn unter der großspürigen Überschrift „Photokunst“ lediglich sechs Polaroids von Kishin Shinoyama, Neal Slavin, Jeanpaul Sieff, Monique Jacot, John Thornton und Helmut Newton hängen.

PETER DITTMAR

Film: „Mann ohne Gedächtnis“ von Kurt Gloor

Das Sprechen verweigert

Hier hat noch jeder geredet“, sagen sie auf der Polizeiwache, im Gefängnis und in der Klinik. Doch jener Unbekannte, der sich auf einem Rasplatz fast widerstandslos festnehmen ließ, bleibt stumm. Damit fordert er die schweizerische Staatsgewalt heraus. Kein Ausweis, keine Identität, gar keine Augen und ein sensibler Gesicht. Dieser Niemand könnte alles mögliche sein, das Opfer eines Verbrechen, aber auch ein gesuchter Terrorist oder ein trickreicher Reporter, der sich unter der Tarnkappe des Sprachverlustes ins psychiatrische Krankenhaus schleichen will.

Regisseur Kurt Gloor vertraut zunächst der gewöhnlichen Dramaturgie des Kriminalfilms und läßt den Zuschauer wie die Behörden im dunkeln tappen. Doch wenn der Stummie in seiner Zelle allein ist, schießen schreckliche Assoziationsblitze durch sein Hirn. Sie lassen jenseits Grauen ahnen, das ihn zwang, sein Gedächtnis abzuschalten und die Vergangenheit zu löschen. Auf diese Weise wird das Publikum plötzlich zum Komplizen des gequälten Titelhelden.

Überhaupt hat Gloor, der mit Werken wie „Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner“ oder „Der Erfinder“ sein Scherflein zum eigenständigen Kinowunder beitrug, diesen Film mit überraschenden Widerhaken gespickt. Zu Beginn wird die Geschichte wie ein freundliches Geschehnis zu harten Psychiatrie-Thrillern, wie Samuel Fullers „Shock Corridor“. Der bullige Pfleger offenbart

ein sanftes Gemüt, die aparte Oberärztin (Hannelore Elser) lehnt die Wahrheitssuche per Elektrochock resolut ab.

Doch man atmet zu früh auf. Denn je länger der Patient wortlos den Wissenschaftlerstolz der Ärzte verletzt, desto schneller wachsen ihre Aggressionen. Bis sie ihm dann doch die Wahrheitsdroge spritzen. Solche Schocks gehen unter die Haut, weil sie seltene Strudel in einem bedächtig Erzählfluß bleiben. Doch Gloor vermeidet nicht nur die inflationären Effekte moderner Horrorfilme, er sperrt sich auch gegen plumpe Propaganda. Er blickt zwar in die Schreckenskammer des seelischen Terrors, entwirft jedoch zugleich mit der Figur der behutsamen Ärztin Lisa die Utopie einer menschenwürdigen Psychiatrie.

Dieser Regisseur weiß, daß schon Werner Herzogs „Kaspar Hauser“ die Hilflosigkeit des Sprachlosen erfahren hat. Statt dies nun mit akademischem Ernst zu widerholen, flirrt er gekonnt mit der Satire. Da wird das klein karierte Kästchen denken der Bürokraten entlarvt, während die Fluchtversuche des Eingesperrten für freche Situationskomik sorgen. Diese facettenreiche Regie funktioniert nur, weil Hauptdarsteller Michael König nie der Versuchung erliegt, den Titelhelden als apathischen Zombie zu spielen. Indem er mit feiner abgestufter Mimik Schmerz, Angst und Hoffnung spiegelt, plädiert er eindringlicher für Toleranz, als es je de wortreiche Resolution könnte.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Langfristige Projekte der Forschungsgemeinschaft

DW. München
27 geisteswissenschaftliche Langfristprojekte stellt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Ausstellung „Geschichte, Kunst und Altertum“ in der Bayerischen Staatsbibliothek in München vor. Dazu gehören z.B. Ausgrabungen antiker Stätten, die Edition der Werke Luthers, historisch-kritische Ausgaben von Heine und Klopstock, ein schlesisches Urkundenbuch oder der Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Die DFG, die jährlich rund 150 Millionen Mark allein für geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte ausgibt, will damit ein Arbeitsgebiet vorstellen, das im Schatten der naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenforschung steht.

Handbuch: Wer forscht über die „DDR“?

DW. Bonn
Einen Überblick über die Universitäten, Stiftungen und Gesellschaften, die sich ganz oder in Teilbereichen wissenschaftlich mit der „DDR“ beschäftigen, hat jetzt das Gesamtdeutsche Institut in Bonn erarbeitet. Der Band „DDR- und Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West)“, herausgegeben von Ernst Lange, führt nicht nur die einzelnen Forschungsinstitute auf, sondern erschließt deren wissenschaftliches Potential zusätzlich durch Register der Sachgebiete und der Forscher. Zugleich enthält der Band in den Selbstdarstellungen der Institutionen wissenschaftlicher Forschung und Kommunikation reichhaltige bibliographische Angaben von Publikationen über die „DDR“.

Kompositionswettbewerb für geistliche Musik

DW. Genf
Ein „Internationaler Kompositionswettbewerb geistlicher Musik“ wurde für das „Festival geistlicher Musik“ 1986 im schweizerischen Freiburg ausgeschrieben. Für ein A-cappella-Werk sind drei Preise in Höhe von 5000, 2000 und 1000 CHF ausgesetzt. Die Partituren sollen sich an sakralen Texten der christlichen Tradition orientieren. Einsendeschluß an die Maison de la Radio, Case postale 233 in CH-1211 Genève 8, ist der 1. August 1985.

Was der Historische Verein für Ermland plant

ma. Münster
Eine umfassende Geschichte des Ermlandes plant, wie bei der Jahrestagung in Münster bekanntgegeben wurde, der „Historische Verein für Ermland“. Außerdem wurde angeregt, eine handliche Broschüre zu publizieren, in der Touristen auf abweichende Punkte zur polnischen Geschichtsschreibung hingewiesen werden. Noch in diesem Jahr erscheint ein Lebensbild von Eduard Gehrman, der als Privatsekretär der Nuntien Pacelli und Orsenigo über intime Kenntnisse der vatikanischen Diplomatie gegenüber dem heraufziehenden Nazregime verfügte.

Kunst aus Polen in der Stadtparkasse

wm. Marburg
Einen Einblick in die vielfältigen Strömungen des gegenwärtigen künstlerischen Schaffens in Polen vermittelt eine Ausstellung, die der Marburger Kunstverein in der Galerie der Stadtparkasse bis 16. Nov. zeigt. Es handelt sich vor allem um handwerklich hervorragende, thematisch sehr heterogene Arbeiten von zeitgenössischen polnischen Künstlern, die außerhalb des offiziellen Künstlerbundes „ars Polonia“ arbeiten. Die meisten Aussteller sind Absolventen der Warschauer Kunstakademie, die wiederholt an nationalen und internationalen Ausstellungen beteiligt waren und zum Teil mit bedeutenden Preisen ausgezeichnet worden sind. Der Erlös der Ausstellung wird einem Hilfsfonds für polnische Künstler zugute kommen.

Hugo Kükelhaus †

Mit seinen „Geschichten vom Träumen“ schuf er eine lebenswerte Gestalt, die die Freuden des Lebens im Umgang mit der Natur entdeckte. Der Träumling war sozusagen das Alter ego des Malers Hugo Kükelhaus, der schon lange bevor es grüne Mode wurde, für eine natürliche „organfreundliche Technik“ eintrat. Bei Kükelhaus geschah das in einer freundlichen Art ohne jeden sektiererischen Eifer. Dabei stand für den vielseitigen Mann die handwerkliche Praxis immer oben. Er selbst arbeitete auch als Schreiner, Zimmermann und Kunsthandwerker. Und immer wieder hielt er Vorträge, lehrte Kinder den Umgang mit natürlichen Materialien. Zuletzt realisierte er das zusammen mit einem Freund in Herrschried, wo mit dem „Haus Graubner“ eine Lehrstätte für die Ideen Kükelhausens entstand. Dort ist er nun 84-jährig gestorben. P.D.

